



Plenarprotokoll

100. Sitzung

Donnerstag, 11. Dezember 2008

Förderpolitik in der Tourismuswirtschaft	7405	Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.....	7420
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2246		Investitionspaket zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	7420
Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	7406	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2342	
Jürgen Feddersen [CDU].....	7408	Dr. Heiner Garg [FDP].....	7420
Regina Poersch [SPD].....	7410, 7419	Johannes Callsen [CDU].....	7423
Dr. Heiner Garg [FDP].....	7413	Bernd Schröder [SPD].....	7425
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7415	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7426, 7434
Lars Harms [SSW].....	7417	Lars Harms [SSW].....	7428
Dr. Henning Höppner [SPD].....	7419		

Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	7430	Entschießung zum Jugendstraf- recht	7466
Wolfgang Kubicki [FDP].....	7432	Antrag der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Anke Spoorendonk [SSW].....	7433	Drucksache 16/1816 (neu)	
Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss.....	7435	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses	
Bericht zum PISA-Ländervergleich	7435	Drucksache 16/2356	
Antrag der Fraktion der FDP		Werner Kalinka [CDU], Bericht- ersteller.....	7466
Drucksache 16/2341		Peter Lehnert [CDU].....	7466
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen.....	7435	Anna Schlosser-Keichel [SPD].....	7468, 7473
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	7437	Wolfgang Kubicki [FDP].....	7469, 7474
Sylvia Eisenberg [CDU].....	7440	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7470
Dr. Henning Höppner [SPD].....	7442	Anke Spoorendonk [SSW].....	7472
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7444	Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa.....	7474
Anke Spoorendonk [SSW].....	7446	Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 16/1816 (neu) in der Fassung der Drucksache 16/2356..	7476
Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 16/2341 und der Tagesord- nungspunkt insgesamt mit der Be- richterstattung der Landesregie- rung erledigt.....	7449	EU-Kompromiss zum Umbau der Agrarsubventionen	7476
Unwirtschaftlichkeit von Kohle- kraftwerken	7449	Antrag der Abgeordneten des SSW	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Drucksache 16/2333	
Drucksache 16/2351		Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7449, 7458, 7464	Drucksache 16/2373	
Manfred Ritzek [CDU].....	7450, 7462	Lars Harms [SSW].....	7476
Olaf Schulze [SPD].....	7452	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7477
Dr. Heiner Garg [FDP].....	7453, 7460	Claus Ehlers [CDU].....	7478
Lars Harms [SSW].....	7455	Dr. Henning Höppner [SPD].....	7479
Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	7456	Günther Hildebrand [FDP].....	7480
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7458	Dr. Christian von Boetticher, Mi- nister für Landwirtschaft, Um- welt und ländliche Räume.....	7481
Thomas Stritzl [CDU].....	7461	Beschluss: Überweisung an den Um- welt- und Agrarausschuss und den Europaausschuss.....	7483
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7462		
Konrad Nabel [SPD].....	7464		
Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss und den Um- welt- und Agrarausschuss.....	7466		

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Lothar Hay, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich bitte, Platz zu nehmen. Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie sehr herzlich. Ich will zunächst bekannt geben, dass von der CDU-Fraktion die Abgeordneten Susanne Herold und Tobias Koch sowie von der SPD-Fraktion die Abgeordnete Anette Langner und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Karl-Martin Hentschel erkrankt sind. - Allen wünsche ich von hier aus gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt sind Frau Abgeordnete Ulrike Rodust von der SPD-Fraktion ab 12 Uhr und Herr Finanzminister Wiegard von der Landesregierung.

Ich darf auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler von der Hauptschule in Nortorf und von der Humboldt-Schule in Kiel mit ihren begleitenden Lehrkräften begrüßen. - Seien Sie uns sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, teile ich Ihnen mit, dass heute Morgen der Raum der Stille seiner Bestimmung zugeführt wurde und jetzt sowohl allen Abgeordneten als auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung steht, die danach ein Bedürfnis haben. Ich finde, das ist eine gute Nachricht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann kann ich ja hier etwas lauter sein!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 44 auf:

Förderpolitik in der Tourismuswirtschaft

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 16/2246](#)

Ich erteile dazu dem Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr, Herrn Dr. Marnette, das Wort.

(Unruhe)

Der Raum der Stille sollte nicht zu Geschwätz führen!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hier ist nicht der Raum der Stille! - Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schleswig-Holstein ist ein schönes Land. Deshalb bin ich nach Schleswig-Holstein gekommen.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der **Tourismus ist in Schleswig-Holstein** ein ganz herausragender **Wirtschaftszweig**. Ich glaube sogar sagen zu dürfen, eine Leitökonomie. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies:

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Der Tourismus erwirtschaftet zurzeit rund 5 Milliarden € im Jahr. Er beschäftigt mehr als 130.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hinzu kommen noch die zahlreichen Saisonkräfte in mindestens der gleichen Größenordnung. Der Übernachtungstourismus verzeichnet 2007 ein Plus von 2,4 % im Vergleich zum Vorjahr 2006.

Die rund 23,6 Millionen Übernachtungen beziehen sich allerdings nur auf die statistisch erfassten gewerblichen Bettenbetriebe ab acht Betten. Da 80 % der Beherbergungsbetriebe in privater Hand liegen und nicht statistisch erfasst werden, können wir die Übernachtungszahlen in unserem Land mindestens doppelt so hoch ansetzen.

Das Jahr 2008 hatte bis April und Mai sehr gut begonnen, es gab dann allerdings witterungsbedingt einen Knick. Die aktuellen Zahlen des Jahres liegen uns noch nicht vor, aber wir werden darüber berichten.

Auch bei unseren Konkurrenten steigen die Übernachtungszahlen. So verzeichnet **Mecklenburg-Vorpommern** beispielsweise im Jahr 2007 ein Plus von 7,4 % gegenüber dem Vorjahr. Es besteht also weiterhin Handlungsbedarf, damit Schleswig-Holstein ein noch attraktiveres Urlaubsland mit Qualitätstourismus für ökonomisch relevante Zielgruppen wird.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Detlef Buder [SPD])

Dies ist unsere Zielrichtung. Das muss sich auch auszahlen.

Wir wollen ferner die **Wertschöpfung** im Tourismus um 500 Millionen € pro Jahr erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die **Neuausrichtung**

des Tourismus mit der Abkehr von unspezifischen Themen hin zum **Zielgruppenmarketing** eingeleitet. Verschiedene **Programme** und Fördermöglichkeiten stehen uns zur Verfügung, um den Tourismus nach vorn zu bringen: Zunächst einmal natürlich aus meinem Ministerium, das für den Tourismus zuständig ist, über das Zukunftsprogramm Wirtschaft mit der Maßnahme Entwicklung der Tourismuswirtschaft mit 44,9 Millionen €, durch Förderung des Marketings der Tourismusagentur Schleswig-Holstein mit rund 1,6 Millionen €, dann durch institutionelle Förderung des Ostsee-Holstein-Tourismus und des Nordsee-Tourismus auch mit nennenswerten Jahresbeiträgen, weiterhin durch Förderung der Leitprojekte für die Umsetzung der Neuausrichtung des Tourismus im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds und durch Fördermöglichkeiten für einzelbetriebliche Investitionsprojekte im Rahmen des ZPW und des Schleswig-Holstein-Fonds mit insgesamt rund 97 Millionen €.

Zusätzlich werden wir durch andere Ministerien und durch die Staatskanzlei unterstützt. Das Umweltministerium unterstützt uns mit dem Förderprogramm „Zukunft auf dem Land“ unter anderem auch durch die Förderung des ländlichen Tourismus. Im Zuständigkeitsbereich der Staatskanzlei bestehen Fördermöglichkeiten für kulturhistorische Maßnahmen innerhalb des Schleswig-Holstein-Fonds im Bereich kulturelles Erbe.

Daneben verwalten einige Ministerien im Rahmen ihrer fachlichen Zuständigkeiten Förderprogramme, die zum Teil auch der Tourismuswirtschaft zugute kommen, wie zum Beispiel aus dem Bereich Städtebauförderung des Innenministeriums oder aus dem Bereich Gesundheit des Sozialministeriums.

Sie sehen: Im Tourismus ziehen wir alle am selben Strang.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Im Mittelpunkt der **Förderung durch das Wirtschaftsministerium** stehen sowohl investive als auch nicht investive Maßnahmen, die der Neuausrichtung des Tourismus Rechnung tragen. Ausgangspunkt sind dabei die drei bekannten Zielgruppen: Familien mit kleinen Kindern und relativ hohem Einkommen, die Best Ager und die anspruchsvollen Genießer. Jeder von Ihnen möge sich selbst in diese Kategorien einordnen.

Insbesondere die Zielgruppe Best Ager ist aufgrund ihres stetig wachsenden Anteils an der Gesamtbevölkerung und ihres noch hohen Einkommens eine wichtige Zielgruppe. Es gilt, die Förderpolitik auf diese Zielgruppen auszurichten.

(Minister Dr. Werner Marnette)

Der Tourismus ist ein ganz besonderer Wirtschaftszweig. In kaum einer anderen Branche hängt der Erfolg so sehr davon ab, dass öffentliche und private Akteure zusammenspielen und sich ihre Leistungen auch ergänzen. Vor diesem Hintergrund spielt die Förderpolitik des Landes für die Tourismuswirtschaft eine ganz besondere Rolle.

(Beifall bei der CDU)

Zunächst zum **Volumen**: Aus dem Ihnen vorliegenden Bericht geht hervor, dass das Land in den Jahren 2005 bis 2007 die Tourismuswirtschaft mit rund 127 Millionen € unterstützt hat. Mit der Förderung sind **Gesamtinvestitionen** von mehr als 315 Millionen € in der schleswig-holsteinischen Tourismuswirtschaft ermöglicht worden. 1 € aus unseren Töpfen bewirkt mehr als das doppelte an Investitionen und ist damit sehr gut angelegtes Geld.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Diese Mittel sind vor allem verwendet worden für die Förderung touristischer **Infrastrukturmaßnahmen**. So haben wir aus dem ZPW gerade die Strandpromenade in Timmendorfer Strand und die Erlebnisausstellung in der Seehundstation Friedrichskoog gefördert. Viele weitere Projekte stehen vor der Förderentscheidung. Hier ist sehr viel Potential vorhanden.

Außerdem sind verschiedene Vorhaben im **ländlichen Raum** gefördert worden. Hierzu zählen beispielsweise das Wellcome-Center in Plön, Reise-mobilstellplätze, Tourismusinformationen und die Beschilderung von Wasserwanderwegen.

Bei allen Bemühungen ist eines ganz besonders wichtig: Die Orte müssen die neue Philosophie mit Leben füllen. Die Orte und Gemeinden sind es, die es letztlich in der Hand haben, wie attraktiv unser Land bleibt und wie es noch attraktiver, insbesondere für neue Gäste, werden kann. Solange Orte nicht über die Gemeindegrenze hinaus denken und ihre Infrastruktur unabgestimmt mit den Nachbargemeinden ausbauen, werden wir es mit Kannibalismus im wahrsten Sinne des Wortes zu tun haben.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir sind hier in unserer Überzeugungsarbeit auf einem guten Weg. Durch gezielte Förderpolitik des Landes kann viel Wachstum erreicht werden. Derzeit steht das Land Schleswig-Holstein auf Platz 3 der touristischen Beliebtheitsskala, gemessen an den Urlaubsreisen der Deutschen ab fünf Tagen Dauer. Ich bin sicher, dass wir diese Position noch ausbauen können und werden. Um dies zu erreichen, brauchen wir Investitionen in die Infra-

struktur, überregionale Marketingmaßnahmen, Förderung von Beherbergungsbetrieben.

Bei allem Erfolg müssen wir regelmäßig unsere Strategie anhand der tatsächlichen **Marktentwicklung** überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Dies war der Grund für die Neuausrichtung des Tourismus im November 2006. Die **neue Tourismusstrategie** ist seither die verbindliche Grundlage für die touristische Förderung in allen Resorts. In neun **Leitprojekten** wird seither mit Hochdruck daran gearbeitet, die Infrastruktur, das landesweite Marketing der Tourismuswirtschaft, die Gastronomieangebote, vor allen Dingen die Qualitätsverbesserung, die Ansiedlung neuer Hotelprojekte, die Modernisierung bestehender Beherbergungsbetriebe auf die bereits genannten drei Zielgruppen auszurichten.

Meine Damen und Herren, wir brauchen aber in Schleswig-Holstein auch qualitativ hochwertige Hotels. Ich finde es einfach unverständlich, dass aus politisch-ideologischen Gründen wichtige Hotelvorhaben wie beispielsweise in Scharbeutz zu nichte gemacht worden sind.

(Beifall bei CDU und SPD)

Zwei Leitprojekte möchte ich besonders erwähnen: Erstens. Optimierung der **kommunalen touristischen Infrastruktur**. Dazu hat der Tourismusverband Schleswig-Holstein mit unserer Förderung und in enger Zusammenarbeit das bestehende touristische Infrastrukturangebot in quantitativer und qualitativer Hinsicht begutachten lassen. Der Gutachter sollte Bewertungen vornehmen und Ausbauvorschläge auch nach Prioritäten sortieren. Bereits jetzt ist absehbar, dass die Ergebnisse Auswirkungen auf unsere Förderpolitik haben werden. Auch die Förderpolitik muss noch deutlicher an die neue Tourismusstrategie angepasst werden. Die Bedürfnisse der Zielgruppen müssen im Mittelpunkt stehen.

Nicht jeder Ort muss jede Infrastruktur vorhalten. Entscheidend für den Erfolg ist, dass eine Basisinfrastruktur vorhanden ist, die hohe Qualität hat und die authentisch ist, das heißt zum Ort passt und für den Ort auch typisch ist. Für eine Förderung mit Landesmitteln müssen wir deshalb verlangen, dass es eine verbindliche **Abstimmung in der Region** gibt.

In diese Richtung zielt auch das zweite Leitprojekt, das ich nennen möchte, nämlich Optimierung der **lokalen Strukturen**. Ziel dieses Leitprojektes ist es, die vorhandenen Ressourcen durch eine **interkommunale Zusammenarbeit** zu bündeln, die

(Minister Dr. Werner Marnette)

Schlagkraft für Vermarktung und Vertrieb zu erhöhen und so die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen des ganzen Landes zu stärken. Daher werden wir Tourismuskonzepte zukünftig nicht mehr auf Ortsebene, sondern auf Ebene der lokalen Tourismusorganisationen fördern.

Wir fordern für die Förderungsmöglichkeiten von den Tourismusorganisationen drei klare Dinge: Erstens eine Entwicklungsstrategie für die Region, zweitens ein Marketingkonzept und drittens, ganz besonders wichtig, ein auf die Region bezogenes Infrastrukturkonzept, das von den politischen Gremien der Region verbindlich beschlossen wird.

Die Ergebnisse der Leitprojekte einschließlich des Gutachtens zur Optimierung der Infrastruktur werden zu einer weiteren Überprüfung führen, welche touristischen Maßnahmen wir zukünftig fördern und welche nicht. Das heißt harte Maßstäbe! Nach der Entscheidung darüber sollen dann die **Förderrichtlinien** entsprechend angepasst werden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass ich damit aufzeigen konnte, dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten der großen Herausforderung und der Bedeutung des Tourismus für unser Land gerecht werden und dass wir hier auf einem sehr guten Weg sind, den Tourismusstandort Schleswig-Holstein auch in der Bundesrepublik Deutschland noch einen Riesenschritt nach vorn zu bringen.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister Marnette. - Es sind zusätzliche Redezeiten pro Fraktion von zwei Minuten entstanden. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Jürgen Feddersen das Wort.

Jürgen Feddersen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Auf Initiative der Koalitionsfraktionen von CDU und SPD hat die Landesregierung dem Parlament einen Bericht zur Förderpolitik der Tourismuswirtschaft vorgelegt. Ich möchte dem Minister, aber insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich für die geleistete Arbeit danken.

(Beifall bei CDU und SPD)

Der Tourismusbericht zeigt, dass die Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein auf einem guten Weg ist. Darüber hinaus stellt der Bericht gute An-

sätze für die weiteren Diskussionen bereit. Die Forscher sagen uns voraus, wie wir alle wissen, dass im kommenden Jahr eine Abkühlung der Konjunktur eintreten könnte. Wir müssen mal gucken, wie sich das auf unsere Tourismuswirtschaft auswirkt. Bezogen auf unser Land wird aber prognostiziert, dass Schleswig-Holstein mit einem blauen Auge davonkommen könnte. Das hängt vor allem von der robusten Wirtschaftsstruktur unserer Heimat, unseres Landes ab. Ich denke da insbesondere an das Handwerk und die Agrarwirtschaft, lieber Klaus Ehlers, aber nicht zuletzt auch an die Tourismuswirtschaft. Ich meine, da sind wir in Schleswig-Holstein ganz gut aufgestellt.

(Beifall bei der CDU)

Auch in schwierigen Zeiten stellt die **Tourismuswirtschaft** einen stabilen **Wachstumsträger** dar. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres konnte in Schleswig-Holstein bei den Gästeankünften ein Plus von 4,7 % verzeichnet werden. Wir haben damit den Höchststand von 4,7 Millionen Ankünften allein zwischen Januar und September erreichen können. Im selben Zeitraum stiegen die **Übernachtungszahlen** auf nunmehr insgesamt 20,2 Millionen Übernachtungen in den ersten drei Quartalen. Das ist der höchste Stand, den wir je hatten.

(Beifall bei der CDU)

Die Erwartung in der heimischen Tourismuswirtschaft ist nach wie vor optimistisch. Auch für das kommende Jahr werden gute Ergebnisse vorausgesagt. Ich glaube auch, dass wir diesbezüglich recht gut aufgestellt sind. Man erwartet einen Anstieg der Übernachtungszahlen um 1,5 % bis 2 %.

Tourismusförderung, so lehren diese Zahlen, ist für Schleswig-Holstein kein Orchideenthema, nichts, was man nebenbei machen kann, wenn noch Geld übrig ist. Nein, Tourismus ist eine tragende Säule der **wirtschaftlichen Entwicklung** in unserem Land. Insofern bin ich dankbar, dass wir heute an dieser Stelle über den Förderbericht und über den Tourismus diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der uns vorliegende Bericht macht eines deutlich: Die **Neuausrichtung** der Tourismusförderung in Schleswig-Holstein, um die wir uns viele Jahre lang bemüht haben, ist bereits nach kurzer Zeit zu einer Erfolgsgeschichte geworden, wie dies der Herr Minister auch berichtet hat. Konzentration von Mitteln und konzeptionelle Klarheit und Ideen sind die Schlag-

(Jürgen Feddersen)

worte für die Neuausrichtung. Wir kommen im Tourismus nicht weiter, wenn verschiedene Gemeinden und Regionen, verschiedene Sektoren und Agenturen nebeneinander her wirtschaften. Ich bin überzeugt davon, dass es ganz wichtig ist, zusammenzustehen und dies alles gemeinsam zu entwickeln. Nur so sind wir erfolgreich.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Es bringt uns nichts, wenn wir uns in Schleswig-Holstein gegenseitig das Wasser abgraben und einen künstlichen Gegensatz zwischen Nord- und Ostseetourismus aufbauen, wenn wir Debatten führen und Schlagworte hierzu austauschen. Vielmehr ist es wichtig, dass wir zusammenstehen. Beide Schwerpunkte, **Nord- und Ostsee**, sind für uns sehr wertvoll und sind Bestandteile unserer Werbung, auch im Tourismus.

(Werner Kalinka [CDU]: Gemeinsam sind wir stark!)

Die Konzentration von Strukturen der Tourismuswirtschaft und auch die Bündelung von Fördermaßnahmen machen sich bezahlt. Dies hat der Herr Minister ebenfalls ausgeführt. Die neue Tourismusstrategie hat klare **Zielgruppen** definiert, denen unsere Ansprache gelten soll. Sie bietet Leitlinien für die Entwicklung von Tourismusregionen, an denen sich die vor Ort Verantwortlichen orientieren können und auch müssen, um in den Genuss einer Förderung zu kommen.

Das hat nichts mit einer vermeintlichen Bevormundung der Entscheidungsträger zu tun. Vielmehr gilt es, gemeinsam an einem Strang zu ziehen und vor allem den Strang in dieselbe Richtung zu ziehen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das Entscheidende. An einem Strang ziehen viele, aber oft in unterschiedliche Richtungen.

Die Förderprogramme der Landesregierung leisten in diesem Sinn einen wertvollen Beitrag. Sämtliche Projekte der **Tourismusförderung** wurden in vier Programmen zusammengefasst, dem Schleswig-Holstein-Fonds, dem Zukunftsprogramm Wirtschaft, dem Zukunftsprogramm ländlicher Raum und der Marketingförderung zugunsten unserer Tourismusagenturen. Als Touristiker würde ich mir natürlich wünschen, dass alle Fördermittel in einem Ministerium gebündelt wären. Dann könnte man noch attraktiver und konstruktiver fördern. Ich weiß, dies ist ein schwerer Weg. Aber vielleicht können wir daran noch arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Allein über den **Schleswig-Holstein-Fonds** investieren wir über seine gesamte Laufzeit hinweg Mittel in Höhe von 9,3 Millionen € in den Bereich Tourismus. Hinzu kommt noch einmal mehr als dieselbe Summe für **einzelbetriebliche Investitionsförderung** und für den **Bereich „kulturelles Erbe“**. Auch diese Mittel kommen unmittelbar der Stärkung der Attraktivität Schleswig-Holsteins als Tourismusstandort zugute.

Das Zukunftsprogramm Wirtschaft setzt die angestoßenen Initiativen bis 2013 mit einem Gesamtfördervolumen von mehr als 140 Millionen € fort. Das **Zukunftsprogramm** ist so gestaltet, dass wir auch Mittel des Bundes und der Europäischen Union einwerben können, die dann ebenfalls unserem Land zugute kommen.

In ihrem gemeinsamen Antrag zum gestern verabschiedeten Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 haben die Koalitionsfraktionen miteinander verabredet, die Modalitäten der Beteiligung des Landtages bei der Gewährung von Mitteln für die einzelbetriebliche Förderung zu verändern. Künftig wird neben dem Wirtschaftsausschuss auch der Finanzausschuss des Parlaments bei der Gewährung von Landesfördermitteln für die einzelbetriebliche Förderung noch früher und noch intensiver informiert. Dies bedeutet mehr Transparenz. Ich bin dankbar, dass wir uns hierauf verständigt haben.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal eine Lanze für die **einzelbetriebliche Förderung** brechen, die sich gerade im Bereich der Tourismuswirtschaft bewährt hat: So lösten die zwischen 2005 und 2007 bereitgestellten Landesmittel im Umfang von rund 16 Millionen € allein im Bereich Tourismus Gesamtinvestitionen von mehr als 127 Millionen € aus. Dies ist eine gewaltige Summe. Hierdurch haben wir 906 Arbeitsplätze gesichert und 376 neue geschaffen. Dies ist ein großer Erfolg.

(Beifall bei der CDU)

Durch einzelbetriebliche Förderung kommt es keineswegs nur zu Mitnahmeeffekten, wie oft behauptet wird. Vielmehr bewirkt unsere Förderpolitik Investitionen, die ansonsten eben nicht getätigt würden. Ob jemand, der investiert, für den Kredit 4 %, 6 % oder 8 % Zinsen zahlt, ist kurzfristig vielleicht egal. Aber der Investor überlegt durchaus, wie er investieren kann. Daher ist es auch ganz wichtig, wie die **Förderbedingungen** gestaltet sind. Genau so verhält es sich mit der einzelbetrieblichen Förderung. Gäbe es sie nicht, so würden auch viele Inves-

(Jürgen Feddersen)

tionen ganz einfach nicht getätigt, sehr zum Schaden unseres Landes und unserer Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Gegenteil ist der Fall!)

- Herr Matthiessen, Sie kommen gleich an die Reihe. Ein wenig müssen Sie noch warten.

Kürzlich haben die Tourismus-Arbeitskreise von CDU und SPD eine Klausurtagung mit den Verbänden der Tourismuswirtschaft durchgeführt und haben eine erste **Zwischenbilanz der Neuausrichtung** des Tourismuskonzepts gezogen. Bei dieser Konferenz ist mir insbesondere aufgefallen ist - ich bin lange genug selbst im Geschäft, dass ich dies beurteilen kann -: Die im Grunde schon vorhandene gute Zusammenarbeit wird immer besser. Das war allerdings nicht immer so. Früher war es manchmal schwierig, mit den einzelnen Tourismusverbänden zusammenzuarbeiten. Ich bin wirklich froh, dass das jetzt anders ist. Das hilft uns natürlich auch in der Tourismuspolitik.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wichtig ist, dass sich auch kleinere Tourismusorte zusammenschließen. Im neuen Amt Südtondern ist dies gerade der Fall. Dort schließen sich sämtliche Gemeinde zu einer Tourismusorganisation zusammen. Ich denke, dies ist ein großer Vorteil, auch dann, wenn sie Fördermittel erhalten wollen.

Tourismuspolitik kann nur effektiv sein, wenn sie öffentliche Gelder nicht mit der Gießkanne verteilt. Diese zu konzentrieren und konzentriert zu fördern, ist auch unsere Absicht.

Tourismusförderung ist effektiv, wenn **lokale und regionale Tourismuskonzepte** in dieselbe Richtung weisen wie die **Konzeption des Landes**. Dass das zusammenpasst, ist für uns ganz selbstverständlich.

Noch einmal einen herzlichen Dank an die Landesregierung für den Bericht; er ist eine gute Grundlage für die Diskussion. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Feddersen. - Für die SPD-Fraktion hat nun die Frau Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Urlaub in Schleswig-Holstein, so weit das Auge reicht und nicht nur an Nord- und Ostsee, dazu eine zielgerichtete, konzentrierte Förderung durch das Land - das ist für mich die Quintessenz dieses Berichts.

Stolze 173 Millionen €, davon 23,6 Millionen € Landesmittel, beträgt das **Fördervolumen** in den Jahren 2007 und 2008. Insgesamt 3,5 Millionen € sind es allein für das Marketing in den Organisationen.

Das ist zunächst einmal eine ganz ansehnliche Summe, aber verglichen mit der Förderung à la Mecklenburg-Vorpommern ist das nicht gerade viel. Dort spendiert man der Marina Boltenhagen allein stolze 46 Millionen €.

Nun ist Schleswig-Holstein ein armes Land. Die gestrige Verabschiedung des Haushalts für die nächsten beiden Jahre hat dies gezeigt. Sie war alles andere als ein Kinderspiel. Ich möchte nicht den Ausspruch von Berlins Regierendem Bürgermeister dahin gehend abwandeln, dass Schleswig-Holstein arm, aber sexy sei; dennoch gilt für unser Land: Wer wenig Geld hat, muss besonders pfiffig sein.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn es sich bei einem solchen Zahlenbericht nicht auf den ersten Blick aufdrängt: Genau davon, nämlich vom Pfiffigsein, handelt der vorliegende Bericht über die Förderpolitik in der Tourismuswirtschaft.

Herzlichen Dank an Sie, Herr Minister Dr. Marnette, an Sie, Frau Staatssekretärin Wiedemann, und an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diesen detaillierten Bericht.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir haben der **TASH** für die Neuausrichtung des Tourismus in einem finanziellen Kraftakt mehr Haushaltsmittel als bislang zur Verfügung gestellt. Jetzt kommt es entscheidend darauf an, dass diese Mittel nach 2009 nicht verpuffen.

Das Engagement lohnt sich. In den Beherbergungsbetrieben mit mehr als acht Betten waren im Jahr 2007 23,6 Millionen **Übernachtungen** zu verzeichnen. Ich komme, bezogen auf das ganze Land, inzwischen nicht nur auf eine Verdoppelung, sondern auf mehr als eine Verdreifachung, nämlich auf stolze 75 Millionen Übernachtungen. Hinzu kommen 100 Millionen Tagesausflüge im ganzen Land. Die berühmten 5,4 Milliarden € Umsatz jedes Jahr, die

(Regina Poersch)

130.000 Beschäftigten, die mit und im Tourismus das Geld für sich und ihre Familien verdienen, das sind zusammen die beeindruckenden Zahlen, die die Bedeutung des Wirtschaftszweiges Tourismus für unser Land einmal mehr unterstreichen.

Seit 2006 diskutieren wir auf allen Ebenen die **Neu- ausrichtung des Tourismus**, und im kommenden Jahr werden erstmals alle drei Zielgruppen-Konzepte greifen. Bundesweit wird neugierig beobachtet, wie wir die Zielgruppenausrichtung fördern und vor Ort nur noch das unterstützen, was sich unter das landespolitische Dach fügt. Ich spreche bewusst von einem Dach. Denn unsere Ostsee wie auch unsere Nordsee sind die tragenden Säulen dieses Hauses Tourismus Schleswig-Holstein.

Unsere **Förderpolitik** zeigt Wirkung. Das bestätigen uns das Sparkassen-Tourismusbarometer genauso wie der **Tourismusverband**. Apropos Tourismusverband: Es ist auch hier einmal an der Zeit, denen zu danken, die mit viel Mühe, Zeit und Aufwand den Weg der Landesregierung mitgegangen sind und sich in mancher Diskussion auch einmal eine blutige Nase geholt haben. Die Rede ist von den Akteuren der Landesebene im Tourismusverband und in der Tourismus-Agentur. Mein Dank gilt an dieser Stelle Volker Popp und Armin Dellnitz, die für uns Politikerinnen und Politiker immer ansprechbar waren und sind und auf deren Urteil Verlass ist.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir sollten gemeinsam konsequent den **Weg der Neuausrichtung** weitergehen und die Zeit nach 2009 im Blick haben. Wenn wir das nicht tun, haben wir uns vergeblich bemüht. Der frische Wind, der durch die neue Tourismuskonzeption in Schleswig-Holstein durchs Land weht, darf nicht abflauen und dazu führen, dass die Tourismusakteure wieder ohne Ziel, unabgestimmt, nebeneinander vor sich hinwurschteln.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich freue mich, dass aus dem Bericht klar hervorgeht, was wir Tourismuspolitiker von Anfang an - auch hier im Landtag - immer wieder betont haben: Wir tun das eine, ohne das andere zu lassen. **Jugend und Natur, Gesundheits- und Kulturtourismus sowie der ländliche Raum** haben nach wie vor ihren Platz im Schleswig-Holstein-Tourismus, und das soll auch so bleiben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Der Schwerpunkt liegt aber, wie immer wieder erklärt, mit der neu ausgerichteten Tourismuspolitik

auf den drei bekannten **Zielgruppen**. An den Bedürfnissen und Urlaubserwartungen von Familien mit kleinen Kindern, von Menschen in den besten Jahren und von anspruchsvollen Genießern richten unsere Destinationen ihre Angebote erfolgreich aus. Wir hören grundsätzliche Zustimmung in Gesprächen mit Touristikern aller Ebenen. Dies erfuhr auch mein Fraktionsvorsitzender Dr. Stegner auf unserer Bereisung der Nordfriesischen Inseln im Spätsommer dieses Jahres.

Wir haben Anerkennung für die mit allen Beteiligten abgestimmte und zielgerichtete Förderpolitik des Landes gehört. Zudem hören wir auch manche konstruktive Anregung, und davon möchte ich hier zwei aufgreifen und in die Debatte einspeisen. Das sind zum einen der **Geschäftsreisetourismus** und zum anderen Möglichkeiten der **Förderung jenseits des Geldes**.

Zum **Geschäftsreisetourismus**! Dieser findet vorwiegend in den Städten statt. Das ist eine Tatsache. Die **Städte** weisen zusammen mit dem Campingtourismus die größten Zuwachsraten aus, sie sind der Motor für den gesamten Tourismus in Schleswig-Holstein, und ohne sie sähe - das müssen wir ehrlicherweise sagen - unsere Statistik, was die Zahl der Übernachtungen und Ankünfte angeht, ganz anders aus.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Frau Kollegin, darf ich Sie mal unterbrechen? - Meine Damen und Herren, ich sehe nicht gut, aber ich höre alles, auch was um mich herum passiert. Deshalb höre ich sehr viel mehr als nur Frau Poersch, aber sie hat das Wort.

(Beifall)

Regina Poersch [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - So mancher, der sich in den Sitzungswochen im Landtag aufhält, gehört zu den Geschäftsreisenden und sollte sich an dieser Stelle bewusst machen, dass auch er einen Beitrag zum Schleswig-Holstein-Tourismus leistet, wenn er hier in Kiel in einem Hotel absteigt.

(Zurufe)

Der Geschäftsreisetourismus findet, wie ich gesagt habe, in den Städten statt. Wenn ich sage, die Städte sind zusammen mit den Campingplätzen der Motor für den Tourismus, dann muss uns einfach klar sein, dass nicht ausschließlich die Erholungsreisen-

(Regina Poersch)

den hier für gute Zuwachsraten bei Übernachtung und Ankünften sorgen, sondern eben ganz speziell auch die Geschäftsreisenden.

Schleswig-Holstein muss ganzjährig **Saison** haben, und der eben genannte Geschäftsreiseturismus kann uns dabei unterstützen. Es geht mir dabei nicht um große Kongresse. Es geht mehr um kleine Tagungen, Incentives oder auch das verlängerte Wochenende mit Partner oder Partnerin im Anschluss an eine Geschäftsreise. Hier können wir einen ganz wichtigen Beitrag leisten. Wir dürfen den Bereich Städte weder vernachlässigen noch ignorieren.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch wenn es schon gut läuft, steht es uns gut an, diese Stärke durchaus zu stärken.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das kann man so sagen!)

Was wir außerdem in unseren Gesprächen zu hören bekommen, ist die Förderung und Unterstützung jenseits des Geldes. Das beginnt mit dem Wunsch nach erreichbaren **Ansprechpartnern**, die in Zweifelsfällen in der Lage sind zu erklären, unter welchen Voraussetzungen eine Maßnahme förderfähig sein könnte. Es ist einfach, einen ablehnenden Bescheid zu schreiben. Das kann jeder. Ich wünsche mir aber, dass auch das Tourismusreferat wie in der Vergangenheit gut aufgestellt bleibt und sich als Teil des Tourismus versteht.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Wir müssen unsere **Tourismusorte** so unterstützen und beraten, dass geplante Maßnahmen auf die **neuen Förderrichtlinien** ausgerichtet werden können. Konzentration heißt dann auch, gegebenenfalls einmal Nein zu sagen, wenn wir zwischen den Orten Kannibalismus vermeiden müssen. Ich sage nur: Keitum-Therme. Auch darüber haben wir hier gesprochen.

Für mich bedeutet Unterstützung aber auch, in anderen Politikfeldern darauf zu achten, dem Tourismus nicht nur keine Steine in den Weg zu legen, sondern alle politischen Entscheidungen im Hinblick auf die touristischen Folgen zu treffen. **Tourismuspolitik** ist Querschnittspolitik. Als Beispiele will ich die Verkehrs- und vor allem die **Bahnpolitik** nennen.

Die **Erreichbarkeit** unserer **Urlaubsziele** an Nord- und Ostsee ist von entscheidender Bedeutung in der nationalen und zunehmend auch internationalen

Konkurrenz. Der Entwurf des Landesnahverkehrsplans liegt vor, wir sollten auch darauf einmal einen touristischen Blick werfen; er wird Auswirkungen haben.

Weitere Beispiele sind der **Küstenschutz**, der **Lärmschutz** in Kurgebieten. Wir geben mit dem **Landes-Immissionsschutzgesetz** den Tourismusorten ein neues Instrument in ihre eigene Verantwortung. Weitere Stichworte sind natürlich Nichtraucherschutz, hier müssen wir Wettbewerbsverzerrungen vermeiden, oder auch die Inhalte des Landesentwicklungsplans, die sich auf den Tourismus auswirken werden.

Wir sollten Tourismusorte weiter nicht nur vorrangig in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung entlang der Küsten fördern, sondern bei Erfüllung der Förderkriterien auch im Binnenland. Tourismus ist da, wo Gäste sind. Für mich sind deshalb auch die Holsteinische Schweiz in Gänze und die Schlei Schwerpunkträume für den Tourismus.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Hier muss natürlich die Weiterentwicklung touristischer Angebote genauso möglich sein wie die **Ansiedlung von Hotels** im Vier-Sterne-Segment, bei der wir im Lande noch immer Nachholbedarf haben. Dr. Marnette, wenn hier aufgrund des Hinweises auf die kommunalpolitischen Entscheidungen der Zuruf Scharbeutz im Raum steht, lassen Sie mich betonen: Es gibt in Haffkrug/Scharbeutz gültiges Baurecht. Da könnte sofort ein Hotel entstehen. Vielleicht muss man sich einmal, bevor man eine Blase in den Raum stellt, über die Hintergründe informieren.

(Vereinzelter Beifall)

Förderpolitik soll bewirken, dass bei Tourismusorten, die es vielleicht noch nicht wissen, endlich ankommt, dass sie mit ihren täglichen Beschlüssen und Arbeiten ihren Beitrag leisten können, um den Tourismus zu fördern. Dazu gehören natürlich die **lokalen Tourismusorganisationen**. Dieses **Leitprojekt**, das gerade läuft, findet meine ausdrückliche Zustimmung. Wenn wir einerseits die Förderung des Landes zusammen mit dem andererseits entschlossenen Handeln der Tourismusorte zusammenfassen, ziehen wir irgendwann auch **Beherbergungsbetriebe** mit, die sich bislang noch vor einer **Zertifizierung** drücken, die sich vor Qualitätsmanagement drücken, vor Servicequalität herumdrücken. Es gibt schon positive Beispiele, und da wird sich sicherlich noch einiges tun, wenn wir den Impuls geben.

(Regina Poersch)

Mein Fazit zum vorgelegten Bericht lautet: Wir müssen den Kurs der Kooperation und der Konzentration halten. Das heißt Konzentration der Mittel, **Konzentration auf das Wesentliche**, und sich nicht ablenken lassen, sondern den eingeschlagenen Weg nach 2009 konsequent weitergehen.

Wir sollten den Bericht im Wirtschaftsausschuss weiter beraten und ihn deshalb dorthin überweisen. Ich habe von den Grünen das Thema „Fehmarn statt Fuerteventura“ aufgenommen. Das muss unser Ziel bleiben, Urlaub im Urlaubsland Schleswig-Holstein zu machen. Davon profitieren Gäste, Einheimische und die Wirtschaft insgesamt. Das tut unserem Land gut, und das sollten wir im Wirtschaftsausschuss weiter vertiefen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Regina Poersch. - Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Kollege Nabel, ich freue mich immer, dass Sie sich so freuen, wenn Sie mich am frühen Morgen hören.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Liebe Kollegin Poersch, ich würde es bevorzugen, wenn Sie davon sprechen würden, wer wenig Geld hat, der muss preiswert sein, statt davon, dass er billig sein muss.

Mit unzähligen Maßnahmen und Programmen aus einer ganzen Reihe von unterschiedlichen **Fördertöpfen** fördert die Landesregierung den Tourismus. Das haben die Vorrednerinnen und der Vorredner hier schon dargestellt. Ginge es also nach der Devise: Viel hilft viel, dann könnte man in der Tat sagen, die Landesregierung betreibt eine erfolgreiche Förderpolitik im Bereich Tourismus.

(Johannes Callsen [CDU]: Das kann man aber wirklich!)

- Das ist die Frage, lieber Kollege Callsen, nämlich, was eigentlich das Ziel von Tourismuspolitik sein soll. Ich dachte immer, das Ziel müsse letztlich sein, dass mehr Gäste, dass mehr Touristen nach Schleswig-Holstein kommen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Da wollen wir doch mal schauen, wie erfolgreich die Landesregierung hier ist.

Die spannende Frage ist doch - um den Ball noch einmal aufzugreifen -: Was haben diese ganzen Ausgaben in den vergangenen Jahren bewirkt, und was werden sie im Zweifel auch vor dem Hintergrund der bevorstehenden Krise bewirken?

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Betrachten wir dann einfach mal die Frage, die die Koalitionsfraktionen in ihrem ursprünglichen Berichtsantrag gestellt haben. Da ging es um die Zahl der **Arbeitsplätze**, der neu geschaffenen und der erhaltenen Arbeitsplätze. Der Kollege Feddersen hat hier ganz fröhlich und sehr engagiert eine Lanze für die einzelbetriebliche Förderung gebrochen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich sage Ihnen klipp und klar: Ich halte die **einzelbetriebliche Förderung** für schlichten Unsinn.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist Chefdiplomatie für Minister und Ministerpräsidenten, die keine Arbeitsplätze schafft und auch keine Arbeitsplätze sichert. Das Geld wäre in Infrastrukturmaßnahmen deutlich sinnvoller ausgegeben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Möglicherweise hat die ganze Förderung dazu geführt, dass mehr Gäste nach Schleswig-Holstein kommen - möglicherweise. Hierzu liefert zwar der Bericht keine Zahlen - es hat mich gewundert, dass Sie das gar nicht interessiert -, aber es gibt diese Zahlen zum Beispiel im aktuellen Tourismusbarometer des Sparkassen- und Giroverbandes. Mit einem Plus - das finde ich eher dürftig - von gerade einmal 3 % bei den touristischen **Übernachtungen** erreichte Schleswig-Holstein 2007 bei den Zuwachsraten den zehnten Platz aller Bundesländer. Das finde ich nicht ganz so ambitioniert, Herr Kollege Feddersen. Zum Vergleich: Mecklenburg-Vorpommern erreichte einen Zuwachs von 7,4 %.

Ein ganz besonderer Problemfall ist offensichtlich die schleswig-holsteinische Ostseeküste. Denn hier lag die Zuwachsrate 2007 bei gerade noch 1,4 %.

(Zurufe von der CDU)

Herr Minister, mich hat die Euphorie, mit der Sie die **Förderpolitik** des Landes hier vertreten haben,

(Dr. Heiner Garg)

nicht so ganz überzeugt. Die touristischen Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein - das sagen die Kernzahlen - sind derzeit nicht die besten. Sie wollen das jetzt verbessern, die Förderung des Tourismus in Schleswig-Holstein soll sich zukünftig auf drei Zielgruppen konzentrieren: die Familien, die Best Ager und die „anspruchsvollen Genießer“ - wer immer das auch sein soll. Das sind die - so haben drei Gutachten, die rund 250.000 € gekostet haben, herausgefunden - für Schleswig-Holstein angeblich am besten geeigneten Zielgruppen. Folglich muss man sich jetzt also darauf konzentrieren. Wie, das sagt der gestern beschlossene Haushaltsplan für die Jahre 2009 und 2010: Schleswig-Holstein soll sich zur weiteren Profilierung verstärkt mit den Handlungsfeldern Werte, Identität und Markeninhalte beschäftigen.

Aha, kann ich da nur sagen. Das geht offensichtlich auch nur im Kollektiv - so zwei Förderrichtlinien des Landes, die nämlich Folgendes festlegen: Zukünftig bekommen Gemeinden nur noch dann Fördergelder, wenn sie Mitglied beziehungsweise Gesellschafter einer touristischen Marketingorganisation, so zum Beispiel der Ostseefjord Schlei GmbH, sind. Diese wiederum müssen zwangsläufig Mitglieder beziehungsweise Gesellschafter der landesweiten Tourismus-Marketingorganisation TASH sein.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Ich hoffe sehr, dass genau dieses Konstrukt aufgeht und dass die angestrebten **Ziele** im schleswig-holsteinischen Tourismus auch wirklich erreicht werden können. Ich glaube, an einem Punkt sind wir uns hier im Haus wenigstens einig: Tourismus ist in Schleswig-Holstein keine Nische, sondern Tourismus ist ein Riesensmarkt. Es bestehen eine ganze Reihe von Chancen, diesen Markt mit Leben zu füllen.

(Beifall bei der CDU)

Aus unserer Sicht würden diese Chancen aber eher in Erfolge umgemünzt werden können, wenn ein bisschen weniger Bürokratie herrschen würde, ein bisschen mehr Wagnis und auch ein bisschen mehr den einzelnen Gemeinden vor Ort zugebilligt und dieses Engagement gewürdigt würde. Was nicht passieren darf, ist, dass die tatsächlichen zukünftigen touristischen Leuchttürme, die zu einer enormen Entwicklung des Landes beitragen könnten, aus den Augen verloren gehen.

Herr Minister, ich frage Sie: Wo bleibt Ihr, wo bleibt das klare Bekenntnis der Landesregierung zum Ausbau des ehemaligen Marinestützpunktes

Olpenitz zur geplanten Marina mit Hotel und Shopping-Mall? Das wäre ein solcher Leuchtturm. Und - das wird den Kollegen Astrup besonders freuen -: Wo bleibt das klare Bekenntnis der Landesregierung, wo bleibt Ihr klares Bekenntnis zur zivilen Nutzung des Flughafens **Jagel**?

(Zurufe von der CDU)

Um beide touristischen Megaprojekte ist es verärgert ruhig geworden in Schleswig-Holstein. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, dazwischenrufen „Das tut er doch!“, frage ich Sie: Warum haben Sie das in Ihrem Redebeitrag nicht getan, warum hat es der Minister in seinem Redebeitrag nicht getan? Ich stelle fest, um beide Leuchtturmprojekte ist es absolut still in Schleswig-Holstein geworden.

(Zurufe von der CDU)

Warum stehen eigentlich Besatzung und Passagiere der vielen Kreuzfahrtschiffe jedes Jahr regelmäßig - außer an Adventssonntagen - vor verschlossenen Läden, wenn sie sonntags zu uns kommen?

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das wäre auch eine Möglichkeit, den Tourismus anzukurbeln.

Es bleibt nach wie vor viel zu tun, denn im Tourismus liegt in der Tat **Wachstumspotenzial**. Das sage ich nicht zuletzt vor dem Hintergrund der sich aktuell dramatisch verschlechternden konjunkturellen Situation.

Ein Urlaub oder ein Wellness-Wochenende wird in schwierigen wirtschaftlichen Lagen am ehesten mal eben schnell gestrichen, und das wird nicht spurlos an Schleswig-Holstein vorbeigehen. Da nutzt auch alles Lächeln und Schönreden nichts. Das wird nicht spurlos an Schleswig-Holstein vorbeigehen.

Das Jahr 2009 wird ein schwieriges Jahr für den schleswig-holsteinischen Tourismus. Die **Zahlen** des **ersten Halbjahres 2008** lassen bereits Schlimmes vermuten.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Nein!)

- Also, lieber Kollege Feddersen, die Zahlen im ersten Halbjahr 2008 sind deutlich hinter den Zahlen aus 2007 zurückgeblieben. Wie Sie hier das Gegenteil behaupten können, weiß ich nicht. Dazu brauchen Sie bloß die Statistik aufschlagen und nachzulesen. Das würde manchmal auch helfen.

(Zurufe von FDP und CDU)

(Dr. Heiner Garg)

Ich verstehe Ihren Optimismus und Ihren Zwischenruf auch nicht. Die **durchschnittliche Aufenthaltsdauer** im ersten Halbjahr 2008 betrug 3,8 Tage, 2007 waren es noch 4,6 Tage. Ist das jetzt eine Verbesserung oder eine Verschlechterung? Über PISA reden wir erst zwei Tagesordnungspunkte weiter, das weiß ich wohl. Trotzdem ist das eine Verschlechterung gegenüber dem Zustand in 2007.

Es zeichnet sich bereits ein **Trend** dahin gehend ab, dass die Gäste merklich sparsamer werden. Darunter leidet insbesondere die Außengastronomie. Ich will nicht hoffen, dass sich die Konzentration auf anspruchsvolle Genießer, die ein bestimmtes Nettohaushaltseinkommen von über 2.500 € zur Verfügung haben und einen hohen Standard erwarten, dass sich diese Strategie am Ende als falsche Strategie herausstellt.

Wenn die Landtagsfraktionen von CDU und SPD schon diese **Konzentration** auf **hochwertigen Tourismus** beschließen, dann muss auch so gehandelt werden.

Liebe Frau Kollegin Poersch, das ist keine Blase. Sie haben sich - wie ich gesehen habe - noch einmal zu einem Dreiminutenbeitrag gemeldet. Erklären Sie mir bitte Folgendes: Ich bin der Auffassung, dass auf keinen Fall passieren darf, dass der Beschluss des Bauausschusses der **Gemeinde Scharbeutz** hier Geschichte schreibt und Nachahmer im Land findet. Die Mehrheit von SPD und Wählergemeinschaft hat dort gegen die Stimmen von CDU und FDP Anfang Oktober 2008 den Bau eines 20-Millionen-€-Luxushotels in Haffkrug und damit die Schaffung von 70 Arbeitsplätzen verhindert.

(Sandra Redmann [SPD]: Zu Recht!)

- Nein, Frau Kollegin Redmann, nicht zu Recht. Wenn Sie sich hier auf die Gruppe anspruchsvolle Genießer konzentrieren wollen und das zu einer Hauptzielgruppe machen, dann müssen Sie Unterkünfte für genau diese anspruchsvollen Genießer bereitstellen, sonst können Sie sich das Bekenntnis schlicht sparen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Zweitens. Frau Kollegin Poersch, Sie führen hier aus, es gebe die Möglichkeit, dieses Projekt zu bauen. Dann verstehe ich nicht, warum Ihre Fraktion vor Ort genau von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch macht. Das müssen Sie erklären.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich stelle für meine Fraktion fest, dass die beste Förderung des Tourismus darin besteht, erstens den

Menschen das Reisen zu erleichtern und zweitens den Unternehmen und Organisationen der Tourismuswirtschaft zu helfen, noch erfolgreicher zusammenzuarbeiten. Dazu zählt, das **Verkehrsnetz** in Schleswig-Holstein zügig auszubauen, damit Menschen einfacher, schneller, preiswerter und sicherer nach Schleswig-Holstein kommen und sich in Schleswig-Holstein bewegen können. Dazu zählt, dass Gäste den **öffentlichen Personennahverkehr** und den **Schienenpersonennahverkehr** im ganzen Land einfacher nutzen können. Und dazu zählt, dass die Gemeinden Schleswig-Holsteins wieder mehr Geld bekommen, um ihre **Infrastruktur** auszubauen und an die Bedürfnisse ihrer Gäste tatsächlich passgenau anpassen zu können.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Tourismuswirtschaft hat für unser Land eine herausragende Bedeutung. Es ist nicht verwunderlich, dass hohe Summen investiert werden. Ich komme in der Summe für 2005 bis 2007 auf 315,7 Millionen € mit einer Zuschusssumme von 127,5 Millionen €; dabei war 2006 das Jahr mit den höchsten Ausgaben.

Die Landesregierung, meine Damen und Herren, hat ein **Handlungskonzept zur Neuausrichtung** des Tourismus in Schleswig-Holstein entwickeln lassen. Die darin propagierte Konzentration der Tourismuspolitik des Landes auf **drei Zielgruppen** - Familien mit Kindern, die Best Ager und die anspruchsvollen Genießer - ist grundsätzlich richtig, um die jetzige Verzettelung zu überwinden. Ich kann einen Erfolg dieses Konzeptes allerdings noch nicht erkennen. Im Umkehrschluss heißt das aber, dass andere Zielgruppen und Themen vorläufig zurückgestellt werden.

Der **Städtetourismus** - das haben zwei Vorredner inzwischen richtigerweise festgestellt - ist der Wachstumsbereich, der dabei hinten herunterfällt. Er ist aber zugleich der Bereich mit dem höchstem Wachstum im Tourismus von Schleswig-Holstein. In den letzten fünf Jahren gingen die **Übernachtungszahlen** landesweit um 3,1 % zurück, im Städtetourismus stiegen sie aber um 8,3 %. Die gleiche

(Detlef Matthiessen)

Tendenz gibt es im Bereich der **Tagesreisen**. Nach den Zahlen der Marketingkooperation Städte in Schleswig-Holstein gab es 2004 für das Tourismusziel Lübeck 13 Millionen Tagesausflüge und 2,3 Millionen Tagesgeschäftsreisen, also insgesamt 15,3 Millionen Tagesreisen.

Für Kiel sind die Zahlen noch etwas besser: Es gab 13,6 Millionen Tagesausflüge und 3 Millionen Tagesgeschäftsreisen, in der Summe also 16,6 Millionen Tagesreisen. Das ist ein enormes Potenzial an Gästen, die zu einer oder zwei Übernachtungen animiert und verführt werden wollen.

(Heiterkeit)

Denn der Städtetourismus ist das Pfund, mit dem wir wuchern können. Im Städtetourismus haben wir die Gäste, die zahlungskräftig und qualitätsbewusst sind, Herr Minister.

Gleiches gilt für den Fahrradtourismus. Der **Fahrradtourismus** steht nicht mehr nur für Schüler, die einen Campingplatz nutzen, sondern für eine anspruchsvolle und zahlungskräftige Klientel. Die Landeshauptstadt Kiel ist gleich hinter Münster zur fahrradfreundlichsten Stadt Deutschlands gewählt worden. Durch die Landeshauptstadt Kiel führt seit Jahren der Ostseeküstenradweg, einer der ersten und schönsten **Fernradwanderwege**. Im letzten Frühjahr wurde der Nord-Ostsee-Kanal-Radweg eröffnet. Die Anzahl der Rad fahrenden Urlaubsgäste ist in ganz Deutschland - hören Sie zu - im letzten Jahr um 4,7 % gestiegen. Das ist ein großes Potenzial für Schleswig-Holstein, das nicht genügend ausgeschöpft wird.

(Claus Ehlers [CDU]: Ein Erfolg der Landesregierung!)

- Eben nicht, Herr Ehlers. Ich versuche gerade, auszuführen, dass Schleswig-Holstein hier zwei wesentliche Sektoren in der Tourismusbranche vernachlässigt

(Claus Ehlers [CDU]: Das hast du nicht verstanden!)

und andere im Gegenzug vorbeiziehen lässt.

Der touristische Fahrradverkehr sollte durch den Ausbau des Fahrradwegenetzes, ein landesweites touristisches **Wegweisungssystem**, das Angebot der **Bike-&-Bed-Hotels** und -Unterkünfte und vor allem durch gezielte Werbung gestärkt werden.

Nehmen Sie sich einmal die ADFC-Zeitung - das ist wohl nicht Ihre tägliche Lektüre -,

(Johannes Callsen [CDU]: Das „Bauernblatt“! - Heiterkeit)

und lesen Sie sich die Beiträge der letzten Jahre, in denen die CDU die Tourismuspolitik hier in Schleswig-Holstein geprägt und verantwortet hat, zum Fahrradtourismus durch.

(Claus Ehlers [CDU]: Die ADAC-Zeitung steht auch Grünen sehr nah!)

Sie finden Schleswig-Holstein in diesem Blatt so gut wie gar nicht, sehr wohl aber Österreich, Dänemark, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, es muss ein verbindliches Tourismuskonzept für eine touristische Region erstellt werden, das wichtige touristische Sektoren nicht ausschließt. Das Land lässt mit dem verengten Konzept wichtige Potenziale brachliegen.

Meine Damen und Herren, ich komme zu dem Thema, das Herr Dr. Garg richtigerweise angesprochen hat: einzelbetriebliche Förderung. **Einzelbetriebliche Förderung** führt im Wettbewerb zu Verzerrungen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Aufgabe einer fortschrittlichen Tourismusförderpolitik liegt allerdings in der **Infrastrukturförderung**. Ich unterhielt mich mit einem Unternehmer am Timmendorfer Strand. Dort war ja geplant, eine große Marina und ein großes Hotel zu bauen. Der Unternehmer steckte erst vor Kurzem 3,2 Millionen € in sein eigenes Hotel. Er sagte: Herr Matthiessen, soll ich jetzt auf die Hütte eines Mitbewerbers gucken, die mir mit derselben Summe, die ich privat in die Hand genommen habe, vor die Tür gesetzt wird? - Das sind die Folgen.

Im Bericht kommt immer wieder die Formulierung „Modernisierung einer Betriebsstätte“ vor. Es kann nicht Aufgabe staatlicher Mittel sein, einige Privatunternehmer im Wettbewerb gegenüber anderen zu stärken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Im Gegenteil: Es muss ganz klare Leitplanken geben, die das einschränken.

Meine Damen und Herren, ich komme zu einem anderen Thema. Die Tourismusbranche muss auch als **Energieverbraucher** betrachtet werden. Schauen Sie sich einmal den Hansa-Park unter dem Gesichtspunkt Energieverbrauch an. Der Energiever-

(Detlef Matthiessen)

brauch ist gigantisch, und der Hansa-Park ist in dem Bereich sehr aktiv. Ich könnte mir vorstellen, dass man diese Bemühungen unterstützt. Aufgrund einer konstruktiven Firmenpolitik im Energiebereich ist der Hansa-Park mittlerweile so weit, dass er nur noch halb so viel Energie verbraucht wie der Heide-Park Soltau. Das sind ganz entscheidende betriebswirtschaftliche Vorteile. Wenn wir schon diese Formulierung „Modernisierung einer Betriebsstätte“ aufnehmen, dann sollte diese mit Themen wie Nachhaltigkeit, energetische Ertüchtigung und so weiter einhergehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Förderung der Infrastruktur sogenannter **Spaßbäder** ist eine grenzwertige Angelegenheit. Ich könnte mir allerdings vorstellen, dass man solche „Spaßbäder“ zugunsten einer Tourismusgemeinde fördert.

Meine Damen und Herren, wir als Grüne vertreten die Parole: Fehmarn statt Fuerteventura! - Der Auslandstourismus, für den die Deutschen immer noch den Löwenanteil ihres Geldes für Urlaub ausgeben, ist ein Steinbruch ohne Ende. Daher sollten wir für den Inlandstourismus werben.

Dazu gehören aber auch die Punkte, die Herr Dr. Garg nannte, nämlich Anreiseerleichterungen und Buchungsbequemlichkeit. Diese Dinge sollten Gegenstand einer Förderpolitik sein. Es sollte nicht sein, dass ein Hotel zufällig ausgewählt wird, weil die Betreiber sich vielleicht schneller gemeldet haben als andere. Es kann nicht sein, dass dann von einem strahlenden Minister ein Scheck überwiesen wird und dass das möglicherweise noch im Regionalblatt abgebildet wird.

Herr Minister, Sie redeten von Kannibalismus in der Tourismuswirtschaft. Ich kann das nicht beobachten. Ich beobachte das Gegenteil in Schleswig-Holstein. Vor einem Jahrzehnt mag das anders gewesen sein, aber das ist längst überwunden.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Vegetarier!)

- Danke, Herr Stegner. Man sieht, Qualität hat keine Grenzen, auch nicht in den Zwischenrufen des Herrn Fraktionsvorsitzenden.

Sie erwähnten das, was wir früher beklagen mussten. Das war die Kirchturmpolitik, die mit sich brachte, dass wir in Eckernförde keinen Hinweis darauf bekommen haben, dass im Nachbardorf auch ein sehr gutes Restaurant zu finden ist. Mittlerweile gibt es aber ein Konzept rund um die Eckernförder Bucht, mit dem bewusst Politik gemacht wird, um Gäste an eine Region zu binden. Das Stichwort ist

schon gefallen, Herr Callsen hat geklatscht. Das Stichwort heißt Tourismusregion Schlei. Dort werden moderne und **raumgreifende touristische Konzepte** verfolgt. In Büsum finden Sie Hinweise auf das Multimar Wattforum oder auf das Landesmuseum Schloss Gottorf. Ich glaube, diese Befürchtung, die Sie hier skizziert haben, ist längst überwunden. Die Tourismuspolitik in Schleswig-Holstein hat diesen Kannibalismus längst überwunden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen. - Für den SSW im Landtag hat nun Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach unserer Auffassung war es richtig, durch ein Gutachten zu ermitteln, welche Kundengruppen für uns als Tourismusland besonders interessant sind.

(Beifall der Abgeordneten Karsten Jasper [CDU] und Regina Poersch [SPD])

Natürlich wird jeder aus seinem eigenen Umfeld heraus auch andere regional oder örtlich interessante touristische Angebote kennen. Wir alle haben immer das Bestreben, in uns selbst hineinzuhorchen, um dann die eigenen Erwartungen an einen Urlaub in eine solche Strategie einbringen zu wollen. Das ist aber genau der Fehler, den wir früher gemacht haben. Es kommt nicht darauf an, ob wir selbst einer gewissen Altersgruppe angehören, ob wir selbst kulturell interessiert sind oder ob wir selbst die Natur lieben. Es kommt auch nicht darauf an, welches andere Freizeitverhalten wir präferieren. Vielmehr kommt es darauf an, was der **potenzielle Gast** will und erwartet. Es kommt darauf an, wie wir möglichst viele Umsätze mit diesen Gästewünschen erreichen können. Der Tourismus ist ein genauso knallhartes Geschäft wie jeder andere Wirtschaftszweig auch. Deshalb müssen wir hier professionell handeln und unsere Kräfte und unsere finanzielle Mittel bündeln.

Daher sind die Ergebnisse und die Schlussfolgerungen, die das Berger-Gutachten für unser Land zieht, richtig. Wir müssen uns um die Best Ager, um die anspruchsvollen Genießer und um die Familien mit Kindern kümmern. Das sind unsere **Hauptzielgruppen**. Das schließt andere Gruppen nicht aus.

(Lars Harms)

So fördert das Sozialministerium den **Jugendtourismus**, und die Staatskanzlei hat innerhalb von fünf Jahren den Bereich „**kulturelles Erbe**“ mit 7,5 Millionen € gefördert, um hier auch den Tourismus zu stützen. Es geht bei der **Konzentration der Mittel** im Tourismus um die Mittel aus dem Wirtschaftsministerium und aus dem Landwirtschaftsministerium. Hier müssen Schwerpunkte gesetzt werden, weil wir nicht unendlich viel Geld zur Verfügung haben. In den vergangenen drei Jahren waren dies unter anderem rund 7 Millionen € an institutionellen Zuschüssen für Tourismusorganisationen. Für einen Wirtschaftszweig, von dem in unserem Land circa 130.000 Arbeitsplätze abhängig sind, ist dies wahrlich nicht viel. Deshalb gilt es, diese und andere Mittel möglichst effektiv und zielorientiert auszugeben.

Es ist daher richtig, dass wir **Projekte** nur noch dann fördern können, wenn sie in die **Tourismusstrategie** des Landes passen. Damit ist keine Bevormundung der regionalen Ebene verbunden. Vielmehr versuchen wir, Marketing und Angebot vor Ort miteinander in Einklang zu bringen. Es geht also nicht nur um Werbemittel, sondern auch darum, dass wir **Bauvorhaben** nur noch dann fördern, wenn sie ebenfalls in die Konzeption des Landes passen. Ansonsten würden wir überregional für etwas werben, was wir im Lande gar nicht anbieten können. Ein solches Auseinanderfallen von Produktwerbung und Angebot vor Ort hat es in der Vergangenheit durchaus gegeben. Wir haben für touristische Produkte geworben, weil sich diese gut vermarkten ließen. Wir stießen aber dort an unsere Grenzen, wo das Angebot einfach zu klein war. Wir wurden von der **Nachfrage** überrollt, konnten die vielen Reisewilligen aber nicht mit entsprechenden Angeboten bedienen. Genau das musste jetzt ein Ende haben. Deshalb war es notwendig, sich jetzt auf einige wenige relevante Gruppen potenzieller Gäste zu beschränken.

Selbstverständlich können wir bestimmte einzelne Faktoren berücksichtigen. So können wir zum Beispiel die Anforderungen umsetzen, die uns durch die Eurac-Studie empfohlen werden. Hier wird ganz deutlich gesagt, dass die **Minderheiten** auch **im Tourismus** einen Mehrwert darstellen. Es gilt, diesen Mehrwert auch zu nutzen.

(Beifall beim SSW)

Neben den allgemeinen Marketingbemühungen müssen deshalb gerade auch Maßnahmen zur Förderung der Minderheiten einbezogen werden. So können zum Beispiel in Nordfriesland zweisprachige Radwegbeschilderungen dafür sorgen, dass die

friesische Minderheit zu ihrem Recht kommt und dass gleichzeitig auch der Tourismus gefördert wird, indem **zweisprachig beschilderte Radwege** auch für die anspruchsvollen Touristen auf eine einmalige sprachliche Besonderheit aufmerksam machen. Somit nutzt man ein Alleinstellungsmerkmal, und dieses Alleinstellungsmerkmal widerspricht nicht der allgemeinen Tourismusstrategie, die im Berger-Gutachten niedergelegt worden ist.

Wenn wir unsere Potenziale aber richtig ausschöpfen wollen, dann ist es ebenso notwendig, dass die von uns steuerbaren **Rahmenbedingungen** angepasst werden. Die **Ferienregelungen** für die Jahre 2011 bis 2017 sind eine solche steuerbare Rahmenbedingung. Wenn wir die mögliche Gesamtferiendauer in Deutschland von 90 Tage auf durchschnittlich 81 Tage begrenzen, so führt dies zu einer Ballung der Nachfrage, die im Land nicht mehr bedient werden kann, weil die Kapazitäten ausgelastet sind. Wir müssen also dafür sorgen, dass die 90 Tage voll ausgeschöpft werden.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Regina Poersch [SPD])

Das heißt nicht, dass pädagogische Gesichtspunkte keine Rolle mehr spielen sollen. Es heißt aber, dass auch die **wirtschaftlichen Interessen** einer Branche angemessen berücksichtigt werden müssen. Insbesondere für unser Land ist dies in der jetzigen wirtschaftlichen Rezession von entscheidender Bedeutung. Wir leben in Schleswig-Holstein von der Binnenkonjunktur und insbesondere vom Tourismus. Daher muss die Landesregierung auf Bundesebene diejenigen Kräfte unterstützen, die eine **Ausweitung der Gesamtferiendauer** fordern. Dies muss nicht zwangsläufig auf Kosten der Pädagogik geschehen.

Ebenso lässt sich feststellen, dass man es in der Vergangenheit nicht gewohnt war, im Tourismus eng zusammenzuarbeiten. Das soll nicht als Vorwurf verstanden werden, sondern als allgemeine Zustandsbeschreibung. Genauso wie man durch Angebote versucht, die Kommunen in anderen Bereichen zu einer noch engeren **Zusammenarbeit** zu bewegen, so muss dies auch im touristischen Bereich geschehen. Dabei macht es Sinn, dass man die Förderung insbesondere auf die landesplanerischen **Schwerpunkträume** und **Entwicklungsgebiete für Tourismus** konzentriert. Das schließt eine gut begründete Einzelförderung außerhalb dieser Räume nicht aus; das sieht die Landesplanung auch so vor. Diese **Konzentration** der Förderung auf bestimmte Räume führt aber dazu, dass man vom Angebot her wirklich adäquate Produkte anbieten kann

(Lars Harms)

und dass man auch vor Ort noch mehr in Regionen denkt. Es führt dazu, dass nicht das Kirchturmsdenken weiterhin das Handeln bestimmt. Wenn also in Zukunft Konzepte zur Entwicklung des Tourismus erstellt werden sollen, dann muss dies nach unserer Auffassung überregional geschehen. Die Festlegungen in der Tourismusstrategie müssen eine entscheidende Rolle spielen.

Dabei müssen wir uns vor allem der Professionalität der **TASH** bedienen. Die TASH ist nicht nur eine Buchungsplattform oder eine Organisation, bei der man Informationen über Schleswig-Holstein erhalten kann. Sie ist mehr. Sie ist die wichtigste Tourismusmarketingorganisation, die wir haben. Natürlich muss es auf örtlicher und auf subregionaler Ebene Werbung und Quartiervermittlung geben. Wenn wir aber wirklich überregional und womöglich im Ausland mitreden wollen, dann müssen wir die TASH stärken. Hier haben wir das Know-how, um dort Erfolg zu haben, wo örtliche und subregionale Werbung nichts bewirken kann. Wir brauchen in der Zukunft eine klare Aufgabenteilung im Tourismus. Es ist aber auch wichtig, dass alle Beteiligten an der schleswig-holsteinischen Tourismuswirtschaft am gleichen Strang ziehen.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Niemand will einen Angebotseinheitsbrei. Alle aber profitieren von einem einheitlichen guten Erscheinungsbild Schleswig-Holsteins und von einem **Wiedererkennungswert**, der sich auch in einem gemeinsamen Marketing mit gemeinsamen Zielgruppen ausdrückt. In dieser Vorgehensweise unterstützen wir als SSW auch den Wirtschaftsminister.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Es liegen Wortmeldungen für Dreiminutenbeiträge vor. Ich erteile der Frau Abgeordneten Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich hatte mich zu einem Dreiminutenbeitrag gemeldet, weil es mir wichtig ist, dass - zumindest was das Wort angeht - klar ist, was ich gemeint habe. Lieber Kollege Dr. Garg, ich habe nicht billig gesagt, ich habe pfiffig gesagt. Mir ist in keiner Weise an Billigtouris-

mus gelegen, sondern es ging mir um pfiffige Ideen. Als mir der Kollege Harms erklärte, Herr Dr. Garg kann nichts dafür, er habe das auch falsch verstanden, habe ich mir gedacht, ich stelle das lieber noch einmal klar. Dann sind wir uns auch einig.

(Beifall bei SPD und FDP)

Worin wir uns nicht einig sind, ahnen Sie vermutlich schon. Das ist Ihr wirklich polemischer Vorwurf, SPD habe mit Freien Wählern - der Angriff ist aber gegen die SPD gerichtet - eine 20 Millionen-€-Investition verhindert. Das kann ich einfach nicht stehen lassen, weil es nicht stimmt. Ich habe in meiner Rede schon gesagt: Es gibt gültiges **Bau-recht** für ein Hotel in **Haffkrug**. Da kann sofort losgelegt werden. Der Bebauungsplan ist sogar mit den Stimmen der SPD zweimal verändert worden, um auf Investorenwünsche einzugehen. So läuft das vor Ort nun einmal. Wenn jetzt jemand kommt, der noch ein ganzes Vollgeschoss oben draufsatteln will, der überhaupt keine Rücksicht auf **Orts-gestal-tung**, auf das Ortsbild nimmt, was uns in den Tourismusorten auch wichtig ist, muss man irgendwann auch mal sagen: Nein, so geht das nicht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein Ort muss eine Idee haben, wie er gestaltet sein soll, dass er ansprechend ist für Einheimische genauso wie für Gäste. Es geht um das zusätzliche Vollgeschoss. Es geht um die gesamte Masse dieses Baukörpers, der entstehen soll. Das ist verhindert worden. Ich bin keine Scharbeutzerin. Nach dem, was ich verfolge, kann ich die Gründe durchaus nachvollziehen. Es geht darum, gemeinsam mit Investoren Dinge zu entwickeln. Ein Ort, eine Gemeinde, eine Stadt hat das Recht und - wie ich finde - auch die Pflicht, auf die eigene Ortsgestaltung zu achten. Es gibt ein gültiges Baurecht in Scharbeutz. Da könnte sofort ein Hotel an diesem Standort gebaut werden. Es war mir wichtig, das hier klarzustellen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Henning Höppner.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich habe mich aufgrund der Äußerung von Herrn Kollegen Dr. Garg über das Hotelprojekt in

(Dr. Henning Höppner)

Haffkrug gemeldet und will daran erinnern, dass es nicht immer sinnvoll ist, jedes Projekt in jeder Gemeinde wirklich durchzuführen. Es gibt durchaus Regionen, in denen die **Entwicklung des Tourismus** eine gewisse Überhitzung erfahren hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich denke insbesondere an die **Insel Sylt**. Eine Entwicklung, die dort vielleicht begrüßt werden mag, führt zu Situationen, die für die Gemeinden dort kaum noch zu verkraften sind und die viele Gemeindevertreter zu Höhenflügen veranlassen, wobei solche Situationen wie in List auf Sylt entstehen, nämlich genau das, was die Kollegin Poersch beschrieben hat. Man einigt sich zwischen Gemeinde und Investor auf ein Hotel mit zwölf Modulen und dann werden 18 herausgehandelt. Da hat eine Gemeindevertretung das Geschäft eigentlich nicht mehr in den Händen.

Ich denke an das Projekt in der **Gemeinde Wenningstedt-Braderup**, wo man ein großes Kurhaus bauen will, zuerst selbst plant, mit der eigenen Planung aufhört, 1 Million € Planungskosten in den Sand setzt, dann einen Investor findet, das Projekt sehr viel zu groß plant, dann Probleme mit dem Baurecht bekommt und letztlich die Baugrube wieder zuschüttet, wahrscheinlich mit einem weiteren Verlust für die Gemeinde in Höhe von 4 Millionen €.

Ich denke auch immer mit Bedauern an das, was im Ortsteil **Keitum** der Gemeinde Sylt-Ost passiert, insbesondere dann, wenn ich an einem Bauschild vorbeigehe, auf dem dargestellt wird, dass eine Therme gebaut werden soll. Seit mehr als einem Jahr gibt es keine Bewegung bei diesem 20-Millionen-€-Projekt. Ich bin auch immer sehr traurig darüber, dass auf diesem Bauschild dargestellt wird: „Hier fördern die Europäische Union und das Land Schleswig-Holstein“, und nichts kommt voran.

(Zuruf des Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

- Doch, doch. Guckt euch das Bauschild einmal an.
- Man muss vor Ort durchaus sehr kritisch prüfen, ob das, was geplant ist oder was Investoren wollen, für eine Gemeinde vertretbar und verkraftbar ist. Auf Sylt sehe ich die Situation so, dass man am Ende ist, dass diese Insel wahrscheinlich nicht mehr verkraften kann.

Ich habe sehr viel Verständnis dafür, dass man in der **Gemeinde Haffkrug** darauf besteht, dass die Regeln von der Gemeinde festgesetzt werden und

nicht von den Investoren. Nur so kommen wir weiter. Ansonsten verlieren wir das Heft des Handelns in den Gemeinden über die Entwicklung des Tourismus in Schleswig-Holstein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/2246, dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Investitionspaket zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2342

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann hat für die Fraktion der FDP der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Präsident, ich erinnere daran, dass meine Fraktion zehn Minuten für diesen Tagesordnungspunkt angemeldet hat!)

- Die sind auch programmiert.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich sehe hier vier-einhalb Minuten!)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es ist mir eine ganz besondere Freude, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD anwesend ist. Ich habe ihm nämlich etwas mitgebracht. In der gestrigen Auseinandersetzung um den Landeshaushalt ist - wie das in diesen Zeiten so üblich ist - ständig der Kampfbegriff des Neoliberalismus gebraucht worden. Ich will festhalten, lieber Kollege Stegner: Neoliberalismus hat mit Turbokapitalismus genauso viel zu tun wie Sozialdemokratie mit Postkommunismus, nämlich gar nichts. Ich habe Ihnen deswegen eine Definition des Neoliberalismus aus der Bundeszentrale für politische Bildung mitgebracht. Vor Ihnen steht ein bekennender Ordoliberaler. Ordoliberalismus ist die deutsche Form des Neoliberalismus.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

(Dr. Heiner Garg)

- Lieber Herr Kollege Astrup, es wäre vielleicht auch für Sie ganz clever, zuzuhören, da auch Sie gern diesen Kampfbegriff benutzen. - Ich zitiere:

„Ausgangspunkt waren die schlechten Erfahrungen mit dem ungebremsen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, was in der Praxis zu großer Marktmacht einzelner Unternehmen, verbunden mit einer Einschränkung des Wettbewerbs und negativen Folgen für weite Teile der Gesellschaft führte.

Nach Auffassung des Ordoliberalismus soll der Staat nicht nur die notwendigen Voraussetzungen für eine freiheitliche und marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit Wettbewerb schaffen, sondern diesen auch erhalten. Der Erhaltung und Sicherung des freien Wettbewerbs dient im Ordoliberalismus die Schaffung eines rechtlichen Rahmens durch den Staat. Dieser ordnungspolitische Rahmen stellt die freie wirtschaftliche Betätigung von Unternehmen und Haushalten sicher und soll die Entstehung von Marktmacht (zum Beispiel durch Kartell- oder Monopolbildung) verhindern. Die staatliche Wirtschaftspolitik als Ordnungspolitik ist deshalb darauf ausgerichtet, die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu sichern und gleichzeitig die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu verbessern.“

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Lieber Kollege Neugebauer, die Väter der sozialen Marktwirtschaft, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard, waren Ordoliberale und sind mitnichten und sicherlich keine Turbokapitalisten.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Niclas Herbst [CDU])

Es täte manchmal ganz gut, wenn Sie sich, wenn Sie solchen Kampfbegriffen um sich werfen, einfach einmal darüber informieren, was Sie da in den Mund nehmen, mit welchen Begriffen Sie um sich werfen. Ich weiß, was Sie meinen. Aber Sie treffen genau - -

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Neoliberalismus hat einen Bedeutungswandel erfahren!)

- Ach, Frau Birk. Darauf habe ich gewartet, dass Sie hier dazwischenrufen.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Neoliberalismus war vor 30 Jahren etwas anderes als heute!)

Herr Neugebauer, Neoliberale sind genau das Gegenteil derer, die Sie eigentlich beschimpfen wollen. Das wollte ich Ihnen von dieser Stelle aus einfach einmal deutlich machen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Nein, nein!)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Dr. Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Matthiessen, der Herr Abgeordnete Dr. Stegner hat jetzt das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Selbstverständlich.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Kollege Garg, vielen Dank für die Lesestunde. Ich möchte Sie fragen, ob Sie wissen und dann auch so nett wären, das dem Hohen Haus zu verraten, von wem die Einschätzung im Deutschen Bundestag stammt, dass der Versuch, die Finanzmärkte durch den Staat zu kontrollieren, das gleiche sei wie DDR ohne Zäune. Wären Sie so nett, das zu sagen? Kennen Sie das Zitat, und wissen Sie, von es stammt?

- Lieber Herr Kollege Stegner, da Sie ständig irgendwelche FDP-Politiker hier zitieren, um Ihr breit gefächert angelesenes Wissen zu verbreiten, kann ich Ihnen nur sagen: Erstens. Ja, mir ist das bekannt. Zweitens haben Sie ganz offensichtlich den tieferen Sinn meines vorweihnachtlichen Mitbringsels für Sie überhaupt nicht verstanden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deswegen kann ich nur bedauernd sagen: Hören Sie doch einfach einmal weiter zu. Dass Sie es nicht verstanden haben, zeigt auch Ihr gestriger Zwischenruf, als Sie auf das Investitionspaket, das wir Ihnen vorschlagen, mal eben „Keynes“ gerufen haben. Es ist schön, dass Sie einen Nachfragetheoretiker kennen, allerdings basiert unser Investitionspaket auf der Weiterentwicklung nachfragetheoretischer Ansätze, und zwar auf der

(Zuruf des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

(Dr. Heiner Garg)

- lieber Kollege Eichstädt - sogenannten kaldorianischen Verteilungstheorie

(Peter Eichstädt [SPD]: Das sagte ich gerade zu meinem Nachbarn!)

Sie können selbstverständlich die Einschätzungen sämtlicher ökonomischer Institute ignorieren. Das können Sie machen. Sie können ignorieren, dass die Weltbank vor der schwersten Rezession seit den 30er-Jahren warnt. Sie können ignorieren, dass das RWI Essen in seiner Prognose das BIP für 2009 senkt und eine tiefe Rezession erwartet. Man kann das alles schönreden, man kann sich das auch alles wegdenken. Das Problem ist nur, dass es nicht hilft, die Augen zu verschließen, es hilft nicht, es schönzureden.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was raten Sie uns denn nun?)

- Das können Sie doch dem Antrag entnehmen. Warten Sie doch einfach, Frau Birk, was ich Ihnen vorschlage. Ich wundere mich, dass Sie hier die Frage stellen, was ich Ihnen vorstellen will, wenn wir genau zu diesem Tagesordnungspunkt einen Antrag gestellt haben. Also irgendwie sind Sie manchmal ein bisschen merkwürdig.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP] - Lachen bei der CDU)

Was hier auf Schleswig-Holstein zuläuft, lässt sich mit Sicherheit durch Aussitzen nicht abwenden. Die Situation ist dramatisch, und wir müssen aus unserer Sicht dort, wo wir es können, zielgerichtet **öffentliche Investitionen** vorziehen, um die Krise und die Auswirkungen der Krise wenigstens teilweise abzuschwächen.

Ich will an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Es helfen keine partiellen Steuergeschenke, die nicht verkonsumiert werden, sondern aufs Sparbuch wandern. Es helfen auch nicht irgendwelche Weihnachtsgeschenke in Form von wie auch immer garteten Konsumgutscheinen. Stellen Sie sich vor, es werden Konsumgutscheine ausgegeben, und damit werden dann italienische Markenschuhe oder chinesisches Billigspielzeug gekauft. Davon wird die deutsche Wirtschaft mit Sicherheit nicht stabilisiert.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP] und Lars Harms [SSW])

Was wir brauchen, sind öffentliche Investitionen, und zwar zügig umgesetzt, zielgenau eingesetzt und zeitlich befristet.

Genau aus diesem Grund, liebe Frau Kollegin Birk, hat der böse ordoliberal Garg Ihnen heute den

Vorschlag gemacht, ein **Investitions- und Wachstumspaket** zu beschließen - zur Belebung der Wirtschaftskraft in Schleswig-Holstein. Zur Abfederung der negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Beschäftigung und auch die Steuereinnahmen sollen öffentliche Investitionen vorgezogen werden und als **Sofortmaßnahme** ein entsprechendes **landeseigenes Investitionsprogramm** aufgelegt werden. Diese öffentlichen Investitionen sollen für den Abbau des Sanierungsstaus und die Instandhaltung der Straßeninfrastruktur von Kommunal- und Landesstraßen eingesetzt werden, zur Unterstützung der Kommunen bei dringend notwendigen Maßnahmen zur Schulsanierung und zum Schulneubau. Das können Sie problemlos auch auf Kindertageseinrichtungen oder beispielsweise Krankenhäuser ausdehnen, wo es auch einen erheblichen Investitionsstau gibt.

Des Weiteren wollen wir ein **Programm zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude** und zur Ausstattung des **ländlichen Raumes mit Breitband-Internetkabel** auflegen. In allen vier Feldern sehen wir für Schleswig-Holstein einen erheblichen Nachholbedarf. Der vorhandene Sanierungsstau kann mit einem solchen Investitionspaket - zum Teil jedenfalls - abgearbeitet werden.

Durch eine entsprechende Ausschreibung in kleinen Teillosen kann dafür gesorgt werden, dass die **Aufträge** zum großen Teil in der **Region** bleiben, und durch den Abbau von bürokratischen Schranken könnte - wenn man wollte und alle an einem Strang zögen - eine zügige Auftragsvergabe erfolgen. Dann kommen die Investitionen genau dort an, wo sie tatsächlich etwas bringen. Die Aufträge würden dem heimischen Handwerk und der Bauwirtschaft helfen. Der Arbeitsmarkt würde stabilisiert, und damit könnte Beschäftigung gesichert werden.

Das würde sich in der Krise positiv auf Steuereinnahmen und auf die zu zahlenden Sozialabgaben auswirken.

Der große Vorteil dieses Infrastrukturprogramms, wie wir es Ihnen heute vorlegen, ist, dass eine doppelte Dividende erzielt werden könnte. Zum einen stimuliert es durch erhebliche Investitionen kurzfristige **Nachfrageimpulse**, und zugleich verbessern wir langfristig unsere Wachstumsbedingungen in Schleswig-Holstein, weil wir **Sanierungsstau abbauen**.

(Beifall bei der FDP)

Mit Investitionen in die **Verkehrswege** würden wir dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein weniger dramatisch von internationalen Warenströmen abge-

(Dr. Heiner Garg)

koppelt wird. Mit Investitionen in den Schulbau und in die **Schulsanierung** investieren wir in die Zukunft dieses Landes.

Mit der Förderung energetischer Sanierung der öffentlichen Gebäude wird ein Beitrag zum **Umweltschutz** und zur **Reduzierung der CO₂-Emissionen** geleistet, und wir werten gleichzeitig diese Gebäude auf. Und schließlich sorgen wir mit dem Ausbau des Breitbandinternets im ländlichen Raum für eine sofortige Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft, indem wir ihr die Möglichkeit geben, am **weltweiten Datenaustausch** teilzuhaben.

Eigentlich müssten wir diese Debatte heute gar nicht so führen, wie wir sie führen. Denn in den vergangenen Tagen ist mehr als deutlich geworden, dass eine breite Mehrheit für unseren Antrag vorhanden sein müsste. Überall um uns herum werden Investitionspakete geschnürt oder zumindest massiv gefordert. Es kann doch nicht ernsthaft sein, dass die Bundeskanzlerin sich darüber freut, dass das Bundesverfassungsgericht ihre Regierungspolitik zur Pendlerpauschale als verfassungswidrig anprangert, den alten Zustand wiederherstellt und sie dann sagt, dass sie das sehr begrüße und dass es ein Konjunkturprogramm für Deutschland sei. Das finde ich schon mehr als merkwürdig, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten
Lars Harms [SSW])

Rund um uns herum werden Investitionspakete geschnürt, die CDU-Fraktion in Hessen will mit 100 Millionen € zusätzlich das Landesstraßennetz sanieren. Die CDU-Bildungsministerin Annette Schavan fordert die Länder auf, den Kommunen mehr Gelder für ein umfassendes Sanierungsprogramm der Schulen bereitzustellen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Oettinger will zeitnah ein Infrastrukturprogramm auflegen. Die SPD-Fraktion in Niedersachsen fordert in ihren Haushaltsanträgen ein 427 Millionen € schweres Investitionspaket, der Kanzlerkandidat der SPD, Frank-Walter Steinmeier, fordert einen umfassenden kommunalen Investitionspakt, um die lahrende Konjunktur auf Trab zu bringen. Und selbst Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Marnette sagte am 18. Oktober im „sh:z“, dass er mit Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur verhindern will, dass Schleswig-Holstein in den Strudel der Rezession gerät.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Guter Mann!)

Am 31. Oktober sagte der Ministerpräsident in seiner Rede auf dem CDU-Parteitag:

„Die CDU ist die Partei, die auch in der Krise für Verantwortung und Verlässlichkeit steht.“

Und weiter:

„Mit pragmatischen Lösungen zum Wohle unseres Landes werden wir gemeinsam auch die noch vor uns liegenden Herausforderungen meistern.“

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wohlan, Herr Peter Harry Carstensen! Der Vorschlag der FDP-Fraktion für einen Investitions- und Wachstumspakt ist genau die pragmatische Lösung, die Sie Ihren Parteimitgliedern angekündigt und versprochen haben. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie für unseren Vorschlag stimmen, um genau das einzulösen, was Sie den Menschen im Land versprochen haben.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Tribüne begrüßen wir ganz herzlich Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Nortorf und der Kooperativen Gesamtschule Elmshorn mit ihren Lehrkräften. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein hat in den letzten drei Jahren eine gute Entwicklung durchgemacht. Der Mittelstand wurde gestärkt und die Arbeitslosigkeit von 160.000 auf gut 100.000 deutlich reduziert.

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Detlef Buder [SPD] und Bernd Schröder [SPD])

Wir haben damit - und ich sage „zum Glück“ - weitaus bessere Voraussetzungen, der **Wirtschaftskrise** zu begegnen, als noch im April 2005. Man stelle sich vor, Schleswig-Holstein hätte heute noch diesen historischen Höchststand von damals noch 160.000 Arbeitslosen wie vor drei Jahren. Die **Ausgangsvoraussetzungen** wären ungleich schlechter und dramatischer. Und heute sagt selbst die Landesagentur für Arbeit, dass der **Arbeitsmarkt** in Schleswig-Holstein robust und gut gerüstet für die Zukunft sei.

(Johannes Callsen)

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Warte mal die nächsten paar Monate ab!)

Herr Kollege Dr. Garg, natürlich stellt uns die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise vor ungeahnte und völlig neue Herausforderungen. Die Bundesregierung hat mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket dafür Sorge getragen, dass zunächst das Vertrauen auf den Finanzmärkten wiederhergestellt wird, aber auch dass die Bürger entlastet werden, um zusätzlichen Spielraum für Konsum zur Belebung der Wirtschaft zu schaffen.

Ich nenne hierzu die erneute Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung, die höhere Absatzbarkeit von Handwerkerleistungen von der Steuer - übrigens eine Forderung der CDU -, verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen, die Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms oder die Erweiterung von Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen.

(Beifall bei der CDU)

All dieses, Herr Kollege Dr. Garg, schafft wichtige Anreize auch für Aufträge an die regionale Wirtschaft in Schleswig-Holstein.

Auch die CDU-geführte Landesregierung - wir haben gestern bereits darüber diskutiert - hat sich diesen Aufgaben verantwortungsvoll gestellt und ihre Schwerpunkte für **Wirtschaftswachstum** und **Beschäftigung** noch einmal verstärkt. Übrigens gehören beide Bereiche bereits seit Beginn unserer Regierungszeit zu den Schwerpunkten.

So wurden die Ausgaben für den **Bundesfernstraßenbau** in Schleswig-Holstein seit 2005 kontinuierlich gesteigert. Sie erreichten 2007 ein Niveau von fast 212 Millionen €. Dieser Rekord dürfte in diesem Jahr mit rund 217 Millionen € noch einmal gesteigert werden.

(Beifall bei der CDU)

Zur Erinnerung: Wir liegen damit bei den Ausgaben im Bundesfernstraßenbau erstmals wieder auf einem Niveau wie Anfang der 80er-Jahre. Vor zehn Jahren waren es fast 100 Millionen € weniger. Auch das ist ein Beitrag für die Konjunktur. Wir schaffen damit wichtige Voraussetzungen für die Infrastruktur und haben in der Nachschiebeliste für wichtige Projekte auf Landesstraßen noch einmal 14 Millionen € zusätzlich bereitgestellt und damit Investitionen vorgezogen.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Investitionen in die Infrastruktur** haben für uns ei-

ne hohe Priorität, weil wir damit den Wirtschaftsstandort voranbringen und Aufträge für die regionale Bauwirtschaft sichern, gerade auch vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise.

(Beifall bei der CDU)

Neben den Schülerinnen und Schülern wird auch die Wirtschaft von den zusätzlichen 42 Millionen € profitieren, die die Landesregierung im Doppelhaushalt für Sanierung, Modernisierung und Einrichtung von Schulen zur Verfügung stellt. Und wir investieren 6 Millionen € zusätzlich in das kulturelle Erbe und die Bewahrung unserer kulturellen Schätze. Auch dies sichert Arbeit im Handwerk.

Ebenso wichtig wie die Straßeninfrastruktur ist der Ausbau der **technologischen Infrastruktur**, insbesondere die Erschließung des ländlichen Raumes mit Breitband-Internet. Ich freue mich, dass gerade die FDP dies in ihren Forderungskatalog aufgenommen hat, gibt mir das doch die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass es CDU und SPD waren, die dieses Thema **DSL** im Jahre 2005 auf die Tagesordnung dieses Hauses gesetzt haben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Schleswig-Holstein war damals das erste Bundesland in Deutschland, das ein mit 6,5 Millionen € ausgestattetes Förderprogramm zum Ausbau des DSL-Netzes aufgelegt hat. Wir waren bundesweit wegweisend.

(Beifall bei der CDU)

Inzwischen haben das auch die Bundesregierung und die Europäische Kommission erkannt und nachgezogen.

Mit dem jetzt vom Wirtschaftsministerium angekündigten Masterplan Breitband wird der DSL-Ausbau in Schleswig-Holstein weiter intensiviert. Unser Ziel ist es, bis Ende 2010 eine flächendeckende **Breitband-Grundversorgung** hier im Land zu erreichen. Hierfür stehen bis 2010 noch einmal 3 Millionen € bereit, die wir bei entsprechendem Bedarf um zusätzliche Mittel ergänzen wollen.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, Breitband ist auch in Schleswig-Holstein **Chefsache**, weil es eine wichtige Voraussetzung für die technologische Entwicklung im Land ist und den mittelständischen Betrieben auch im ländlichen Raum Anschluss an moderne Vertriebs- und Kommunikationswege sichert.

(Beifall bei der CDU)

(Johannes Callsen)

Die auf den Mittelstand zugeschnittene Wirtschaftsförderung des Landes hat durch Förderung zahlreicher technologischer Projekte, aber auch Maßnahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur und einzelbetrieblicher Förderung einen großen Anteil an der Stärkung des Wirtschaftsstandortes. Mit diesen Finanzhilfen - daran will ich gern erinnern - wurden hier 2007 mehr als 23.000 Arbeitsplätze geschaffen - ein Rekordergebnis, das den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein ein Stück krisenfester gemacht hat. Diese Förderpolitik ist richtig und wichtig. Gerade in konjunkturell schwieriger Zeit wollen wir sie fortsetzen.

Wenn ich den FDP-Antrag nicht nur als reinen Aktionismus werte - ich tue es ausdrücklich nicht, sondern ich werte ihn als ernst gemeinten Beitrag für die wichtige Diskussion, wie auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zu reagieren ist -, so kann ich nur abschließend sagen: Sie, liebe Kollegen von der FDP, rennen bei uns offene Türen ein. Wir werden die weitere Entwicklung auf den Finanzmärkten aufmerksam beobachten und verantwortungsvoll handeln. - Ich bitte um Überweisung des Antrages in den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Herrn Abgeordneten Bernd Schröder das Wort.

Bernd Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen:

„Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen.“

Dieser Satz stammt vom britischen **Ökonomen Keynes**, der die These vertrat, der Staat solle den Mangel an privater Nachfrage durch eigene Ausgabenprogramme ausgleichen. Als Instrumente hierfür empfahl er Investitionen des Staates selbst, indem dieser Aufträge zum Bau von Straßen, Krankenhäusern oder Schulen vergibt.

Ich finde es bemerkenswert, dass ausgerechnet die FDP, die sich die Losung „mehr Markt, weniger Staat“ auf die Fahnen geschrieben hat, jetzt diesen Antrag hier einbringt. Und ich finde es sympathisch, dass sich die FDP jetzt durchaus lernfähig zeigt und nach dem Staat ruft. Also: Willkommen im Club der „Keynesianer“!

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, nach Ihren Beiträgen gestern und heute stelle ich mir eher die Frage, wie das der Wunschkoalitionspartner der CDU sein kann. Das müssen Sie mir einmal erklären.

(Zurufe von der CDU)

- Ach so, das wird inzwischen infrage gestellt, Kollege Arp?

Wenn der Markt oder genauer die auf dem Markt agierenden Teilnehmer versagen und Habgier zum Prinzip erheben, muss der Staat es richten. Diese Erkenntnis können wir alle aus der größten **Finanzmarktkrise** der letzten hundert Jahre ziehen.

Zum Glück sind die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die knapp 115.000 kleinen und mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein nach Einschätzung von Finanz- und Wirtschaftsfachleuten weniger gravierend als im internationalen Vergleich. Unser **Drei-Säulen-System** der Geldinstitute - Geschäftsbanken, Sparkassen, Genossenschaftsbanken - mit seiner Ausrichtung auf Schleswig-Holstein hat sich als stabilisierender Faktor erwiesen. Genossenschaftsbanken und Sparkassen sind regional aufgestellt, sie beziehen ihr Kapital aus der Region und geben es an die Region zurück.

Was kann der Staat nun tun, um die Konjunktur anzukurbeln, um mehr Wirtschaftswachstum zu generieren? Ideen und Vorschläge hat es in den letzten Wochen zuhauf gegeben. Zum Beispiel den **500-€-Konsumscheck**. Ich frage ernsthaft, ob sich der Staat tatsächlich neu verschulden soll, damit sich Gutsituierte den dritten Flachbildfernseher kaufen können. Man könnte natürlich Besserverdienende ausschließen, aber der bürokratische Aufwand wäre wieder enorm, und es kann passieren, dass aus einem solchen Konsumscheck schnell ein Armengutschein wird. Im Übrigen sind wir doch sicherlich der Meinung, dass dies bestenfalls für ein mediales und konjunkturelles Strohfeuer taugt.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die **Mehrwertsteuer senken**, wie jetzt die Briten zu Weihnachten? Damit das wirkt, müssen die Läden dann auch ihre Preise tatsächlich senken. Außerdem merken die Menschen beim Kauf von gewissen Lebensmitteln gar nicht, dass überhaupt etwas getan wurde. Dieses Geld, das dann in öffentlichen Kassen fehlt, ist das Geld, das lieber anders verwendet werden sollte, zum Beispiel indem man darüber nachdenkt, den ermäßigten Steuersatz von

(Bernd Schröder)

7 % auf bestimmte Produkte auszudehnen und dies gleich mit dem Klimaschutz zu verbinden, etwa für nachhaltige Produkte und Investitionen in Zukunftsenergien, womit man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen würde.

Niedrigere Einkommensteuertarife? Ein erheblicher Teil der Haushalte bezahlt überhaupt keine Einkommensteuer. Somit käme die Steuersenkung vor allem höheren Einkommensgruppen mit einer hohen Sparquote zugute.

Staatliche Investitionsprogramme? Damit sie wirken können, müssen sie zügig umgesetzt werden, damit die Krise nicht vorbei ist, bis die Planungen abgeschlossen sind.

Flächendeckende Einführung eines **Mindestlohns** und den **Hartz-IV-Empfängern** die **Einkünfte** auf 400 € aufstocken? Ich bin der Meinung, hier liegt tatsächlich Konsumbedarf, der etwas bewirken könnte. Viele Menschen in unserem Land wollen kaufen, können es aber nicht. Deshalb werden wir uns auch weiterhin für die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Und wir werden uns dafür einsetzen, dass Menschen von der Arbeit, die sie leisten, auch ihre Familien ernähren können und dass nicht die Zahl der Aufstocker, wie jetzt wieder geschehen, erheblich ansteigt. Wir brauchen also ein intelligentes und miteinander abgestimmtes Bündel an Maßnahmen.

Die vom Bundestag vorgeschlagenen Maßnahmen sind ein Schritt in die richtige Richtung und werden am 19. Dezember 2008 sicherlich im Bundesrat beschlossen werden. Wir haben eine ganze Reihe von Maßnahmen; der Kollege Callsen hat das eben aufgezählt: Absetzung von Handwerkerleistungen, Sanierung der Infrastruktur von den strukturschwachen Kommunen, bessere Kreditversorgung des Mittelstandes und weitere Maßnahmen. Die EU hat 30 Milliarden € Kreditmittel für die mittelständische Wirtschaft bereitgestellt. Und wir begrüßen ausdrücklich die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, was die Pendlerpauschale angeht. Hier werden bei 20 Millionen Betroffenen Anfang 2009 3 Milliarden € frei. Auch sie werden die Binnenanfrage ankurbeln und die Konsumbereitschaft erhöhen.

Wir haben in unserem Land - auch gestern mit Beschluss des Haushalts - eine ganze Reihe von Investitionsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Auch diese Dinge hat der Kollege Callsen bereits aufgezählt. Wir haben 310 Millionen € für die Infrastruk-

tur bereitgestellt, wir bringen in den nächsten Jahren 42 Millionen € in den Schulbau, und weitere Maßnahmen für Sportanlagen für den Schulsport sowie für die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden folgen.

Wir sind der Meinung, das sind die Schritte in die richtige Richtung. Wir sind durchaus bereit, im Ausschuss über Inhalte weiter zu diskutieren. Dass Schleswig-Holstein über das, was ein Investitionsprogramm ausmacht, hinaus zusätzliche Mittel bereitstellt, können wir uns bei der Finanzlage des Landes beim allerbesten Willen nicht leisten.

(Beifall bei SPD und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP nimmt für sich in Anspruch, beim Thema Wirtschaft die Kompetenz überhaupt darzustellen. Das bekommen wir immer eindrucksvoll geboten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ihnen gegenüber stimmt das auch!)

Sie steht nun in Zeiten der weltweiten Finanzkrise und der aufziehenden Wirtschaftskrise ziemlich dumm da.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Lachen bei der FDP)

So sagte Guido Westerwelle beim Dreikönigstreffen der FDP, Deutschland brauche eine grundlegende Kurskorrektur in Richtung weniger Steuern, weniger Staat und Deregulierung.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja, da hat er auch recht!)

Jetzt wird aber klar: Im Gegensatz zu Ihren Ausführungen zum **Ordoliberalismus** - vielen Dank; das wussten wir ja noch gar nicht; davon haben wir noch nie gehört -

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Deswegen erzählen Sie auch immer Mist!)

sage ich Ihnen, Herr Dr. Garg, um es einmal auf einen anderen Punkt zu bringen - vielleicht war **Neoliberalismus** auch nicht der ganz richtige Be-

(Detlef Matthiessen)

griff -: Die Deregulierungsextremisten à la FDP haben ausgedient.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das unregulierte Geschehen auf den Finanzmärkten hat dazu geführt, dass sogenannte **innovative Finanzprodukte** massenhaft erfunden, gehandelt und gekauft wurden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Sie eingeführt haben, Herr Matthiessen! - Zuruf des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Für diese Finanzprodukte, die sogenannten Transaktionen, gibt es keinen Markt mehr.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie haben sie eingeführt!)

Das Kettenbriefsystem ist zusammengebrochen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie haben sie eingeführt, nicht die FDP!)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Abgeordneter Matthiessen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Immer gern. Von Ihren klugen Zwischenfragen profitieren wir ja alle, Herr Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich will hier nichts erklären, sondern nur fragen. - Herr Kollege Matthiessen, würden Sie mir freundlicherweise sagen, was **Deregulierung** mit der Frage der **Marktteilnahme** des Staats zu tun hat?

(Heiterkeit bei der CDU)

- Herr Kubicki, ich zitiere einmal Ihren Kollegen, den Bundestagsabgeordneten Solms. Er fordert zurzeit eine Teilverstaatlichung aller Banken und spricht sich sogar bei der Beanspruchung des Rettungspakets gegen das Freiwilligenprinzip aus. Ich kann mir keinen größeren Schwenk in der ideologischen Aufstellung einer Partei vorstellen als das, was die FDP im Moment angesichts dieses weltweiten Desasters zelebriert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Wenn einerseits Ihr Parteivorsitzender der Deregulierung jeden Tag den roten Teppich auslegt, und

wenn andererseits wenig später plötzlich die Rede von einer Teilverstaatlichung der Banken ist, so haben Sie jedenfalls größere Probleme, Antworten zu finden, als ich auf Ihre Frage eben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wegen der Bankenkrise öffnen Bund und Länder die Kassen. **500 Milliarden €** werden innerhalb von zwei Wochen bereitgestellt, um den Markt der Kreditvergabe innerhalb der **Banken** wiederzubeleben und Insolvenzen zu verhindern.

Was ist das für ein wirtschafts- und finanzpolitisches Signal, meine Damen und Herren! „Wieso soll denn gespart werden?“, fragen völlig zu Recht die Bürgerinnen und Bürger. Ohne mit der Wimper zu zucken, werden aus Sicht der Bevölkerung 500 Milliarden € für Zocker bereitgestellt, und der Regelsatz für Hartz IV wird gerade einmal um 4 € pro Monat auf 351 € erhöht.

Hier stimmen die **Verhältnisse** aus Sicht vieler Bürger nicht, und ich kann diese Sichtweise sehr gut nachvollziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Nahverkehrsmittel werden gekürzt, die Krankenkassenbeiträge werden erhöht, das Pflegesystem bringt regelmäßig Skandalmeldungen hervor, aber für die Zocker im Finanzsystem ist Kohle ohne Ende da.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich bin dafür, wir lassen alle Banken flöten gehen! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dafür bin ich auch! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Vor allem die Landesbanken einfach flöten gehen lassen!)

Die Lohnforderungen der Gewerkschaften werden als utopisch diffamiert, es wird gegen einen Mindestlohn gestritten, als ob damit das Wirtschaftssystem gefährdet würde.

Der Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus hat in einem Interview erklärt, der heutige **Kapitalismus** sei zu einem **Spielcasino** verkommen, der Finanzmarkt sei getrieben von Gier. - Kaufmännisches Denken und hanseatische Solidität sind von gestern. Offensichtlich hat man sich in 20-%-Steigerungen bei Gewinn und Umsatz verguckt. Daher ist die Forderung von attac völlig richtig: Die Politik muss dieses Casino schließen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Detlef Matthiessen)

Sogenannte **Steueroasen** müssen ausgetrocknet werden. Das ist auch möglich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Einmarschieren!)

Alle großen Banken haben dort Filialen. Wenn sie so vorgehen, kann man diesen Banken die Zulassung bei uns entziehen. Es ist möglich, das Casino zu schließen; man muss es nur wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann schließen Sie erst einmal alle Landesbanken! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Luxemburg!)

Die FDP fordert in ihrem Antrag nun, **öffentliche Investitionen** vorzuziehen. Die CDU kontert - aus meiner Sicht zu Recht -: Das machen wir doch schon. Es wird auf den Doppelhaushalt und auf die Nachschiebeliste verwiesen. Allerdings erfolgt keine Gegenfinanzierung - das kritisieren wir sehr -, sondern nur eine Schuldenerhöhung.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Aber die dort aufgeführten Maßnahmen sind jedenfalls im Landshaushalt alle zu finden. Ich freue mich auf die Ausschussberatung, in der wir das noch einmal im Einzelnen klären wollen.

Aus grüner Sicht sollten **Investitionen** drei Kriterien erfüllen. Erstens sollte es sich um ökologisch und ökonomisch sinnvolle Zukunftsinvestitionen handeln. Zweitens müssen auch Privathaushalte von den Fördermitteln profitieren können, um sogenannte Multiplikatoreneffekte zu erreichen, und drittens sollten die Investitionen so getätigt werden, dass vorrangig die regionale Wirtschaft in Schleswig-Holstein davon profitiert und der lokale Arbeitsmarkt gestärkt wird.

Ich bin mir mit Bernd Schröder nicht immer einig, aber mit dem, was er soeben ausgeführt hat, sind wir sehr nah beieinander.

(Zuruf von der CDU: Ist das ein Koalitionsangebot?)

Die Große Koalition in Berlin jedoch **befreit** schnell einmal Autos von der **Kfz-Steuer**. Der BMW-X5-Fahrer lässt grüßen, der VW-Touareg-Fahrer lächelt, und der Porsche-Cayenne-Fahrer lädt seine Freundin zum Essen ein und erhebt das Glas auf Frau Merkel. - Das ist jedenfalls das Gegenteil einer zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Es war

schlicht und ergreifend eine Forderung der Grünen, dass Porsche in Baden-Württemberg stillgelegt wird!)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle ernstzunehmenden Wirtschaftsexperten sind sich einig, dass uns eine ernste **globale Krise** ins Haus steht. Nicht nur der amerikanische Immobiliensektor ist zusammengebrochen, sondern das gesamte globale Finanzsystem ist betroffen. Langsam tröpfeln die Schreckensmeldungen einzelner Branchen auch bei uns über den Preeticker.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Langsam?)

Werden diese noch nach den Weihnachtsferien zusammengefügt, so wird sich erst das wahre Ausmaß der Krise zeigen.

Der Staat muss gegensteuern, fordert inzwischen auch schon die FDP, indem **Investitionen ausgelöst** werden. Erfahrungen aus den 70er-Jahren zeigen, dass finanziell gut ausgestattete Konjunkturprogramme Krisenphänomenen durchaus entgegenwirken können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Können Sie denn sagen, wer in den 70er-Jahren in Deutschland regiert hat?)

Voraussetzung ist allerdings, dass weder zaghaft herumgedoktert noch zögerlich agiert wird, sondern dass Mittel in bedeutender Größe **unverzüglich bereitgestellt** werden. Wenn man die Krise effektiv abfedern will, muss man das im Jahr 2009 tun; ansonsten verpuffen die Mittel.

Es hat den Anschein, dass die Bundesregierung genau das begriffen hat. Die Landesregierung muss dafür Sorge tragen, dass unser Land seinen Anteil an diesen Investitionen bekommt.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Lieber Herr Kollege Harms, da Sie so erstaunt sind, dass die

(Lars Harms)

FPD Konjunkturprogramme fordert: Würden Sie mir bitte mitteilen, wer in den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts in Deutschland regiert hat und wer die Wirtschaftsminister gestellt hat?

- Damals war die FDP auch noch sozial-liberal geprägt. Den Eindruck habe ich derzeit nicht mehr.

(Beifall beim SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]:
Oh! Damals, ja! - Weitere Zurufe von der FDP)

Aber, lieber Kollege Kubicki, wenn Sie es denn wieder werden: Herzlich willkommen im Klub! Dann kann aus uns allen noch etwas werden.

(Zurufe von der FDP)

Lieber Kollege Kubicki, auch wir sind in der Pflicht, die hiesige Wirtschaft durch **öffentliche Aufträge** zu unterstützen. Dazu müssen wir gezwungenermaßen die **Kreditbelastung erhöhen**. In der Abwägung der Folgen erscheint das uns zumindest unausweichlich.

(Unruhe)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat Herr Kollege Harms.

Lars Harms [SSW]:

Wer lediglich Mittel umschichten möchte, der hat wirklich nicht begriffen, welche Belastungen im nächsten Jahr auf uns zukommen.

Die Krise ist keineswegs nur mit einer positiven Grundeinstellung zu meistern. Sie verweist auf massive Strukturprobleme. Damit meine ich nicht nur den Innovationsrückstand der deutschen Autobauer. Kern der Krise ist in Deutschland die Fixierung auf den **Export** unter Vernachlässigung der **Binnennachfrage**. Das rächt sich besonders in Schleswig-Holstein. Unsere Wirtschaft ist mittelständisch geprägt und auf hiesige Kundschaft angewiesen. Durch die Schwäche der Binnennachfrage wird eine fatale Abwärtsspirale in Gang gesetzt. Danfoss ist ein Beispiel für den Nachfrageeinbruch. Dort werden über 100 Leute entlassen, weil sich keiner mehr Kühlgeräte kauft und demzufolge die Kühltischproduzenten keine Kühltischaggregate aus Flensburg mehr ordern.

Darum führt kein Weg an **nachhaltigen Maßnahmen** vorbei, um die Wirtschaft zu unterstützen. Die Binnenkonjunktur wird sich dauerhaft nur verbessern, wenn die Menschen mehr Geld im Portemon-

naie haben. In den Statistischen Monatsberichten ist nachzulesen, dass in einigen Branchen, zum Beispiel in der Gastronomie, die für unser Land ganz wichtig ist, die Bruttogehälter sinken. Ein Ende dieser Talfahrt ist nicht abzusehen und wird uns in einigen Jahren massive Altersarmut bescheren. Darum führt an der **Stärkung der Binnennachfrage** kein Weg vorbei. Wer von der Hand in den Mund lebt, kann sich eben nur das Allernotwendigste leisten. Genau das tun in Schleswig-Holstein viel zu viele Menschen; mit der Folge, dass sie nicht einkaufen. Das können sie sich nämlich schlechthin nicht leisten. Darum fordern wir die Einführung eines **Mindestlohnes**. Das wäre ein wichtiger Baustein, um die Nachfrage anzukurbeln.

(Beifall bei SSW und SPD)

Dass die öffentliche Hand per Aufstockung über Hartz IV Lohndrückerei unterstützt, ist absolut eine Sauerei. Ich weiß, jetzt kriege ich gleich einen Ordnungsruf, es ist aber so.

Präsident Martin Kayenburg:

Sie erhalten keinen Ordnungsruf, sondern ich frage Sie, ob Sie eine Zwischenfrage des Herr Abgeordneten Johannes Callsen gestatten?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Johannes Callsen [CDU]: Herr Kollege Harms, es gibt eine Reihe von Vorschlägen, wie der Wirtschaftskrise zu begegnen ist. Sie haben eingangs von ernstzunehmenden Wirtschaftsexperten gesprochen. Können Sie mir ein ernstzunehmendes Wirtschaftsinstitut benennen, das einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn als Lösung für die Finanz- und Wirtschaftskrise vorschlägt?

- Es gibt nicht nur in Instituten Experten, sondern es gibt auch in Stiftungen Experten. Sehen Sie sich zum Beispiel einmal die Untersuchung der Böckler Stiftung an.

(Heiterkeit und Zurufe von CDU und FDP)

- Sehen Sie, was ich ernst nehme, die Sorgen und Nöte der Menschen, nehmen Sie natürlich nicht ernst.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Ich habe von Wirtschaftsexperten gesprochen und nicht von Institutionen. Die Böckler-Stiftung ist ei-

(Lars Harms)

ne namhafte Stiftung, die vernünftig arbeitet und zu vernünftigen Erkenntnissen kommt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir dürfen diese Lohndrückerei über die Aufstockung nicht zulassen. Jetzt wäre ein guter Zeitpunkt, diesen Fehler endlich einmal zu beheben. Außerdem ist es wichtig, die unteren Einkommen endlich aus der kalten Steuerprogression herauszuholen. Auch da sind wir uns in bestimmten Parteien einig. Neben wünschenswerten Investitionen ist es nämlich besonders wichtig, dass wir diejenigen, die wenig oder mittelmäßig verdienen, auch steuerlich entlasten, das heißt, die Bevölkerungsgruppen, die eine hohe Konsumquote haben, müssen finanziell besser gestellt werden. Das geht einerseits über **Steuererleichterungen** und andererseits über die **Erhöhung von Sozialtransfers**. Hier etwas zu tun, wäre das beste Konjunkturprogramm, das wir uns denken könnten. Dies müsste mit Investitionen in die wirtschaftliche Infrastruktur gekoppelt werden. Steuererleichterungen für den Porsche Cayenne sind jedenfalls nicht der richtige Weg.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung hat der Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herr Dr. Werner Marnette, das Wort.

(Zurufe)

- Das Wort hat der Herr Minister.

Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Debatte ist sehr vieles und auch sehr viel richtiges gesagt worden. Ich habe aus der Debatte insgesamt mitgenommen, dass doch ein weitgehender Konsens erkennbar ist, dass wir uns auf die Schwerpunkte Bildung, Wissenschaft, Innovation und Infrastruktur konzentrieren müssen. Ich glaube, dass der genehmigte Haushalt dem im Rahmen des Möglichen Rechnung trägt.

Wir sind in der typischen Situation am **Ende eines Aufschwungs**. Typisch ist aber auch, dass Dank des robusten Mittelstandes die wirtschaftliche Lage in unserem Land Schleswig-Holstein besser ist als in Deutschland insgesamt. Dies ist auch das Ergebnis einer guten Wirtschaftspolitik,

(Beifall bei der CDU)

was sich auch in den Arbeitslosenzahlen in unserem Land widerspiegelt. Die derzeitige Situation - ich habe ja einen Seitenwechsel vorgenommen - habe ich wiederholt in Industrie- und Unternehmensebenen erleben müssen.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Im Moment möchte ich gern meinen Gedanken zu Ende führen. Sie gestatten das, Herr Dr. Garg?

In einer solchen Situation ist eine **klare Strategie** notwendig, erstens sich darauf zu konzentrieren, die Effizienz zu steigern und natürlich auch Kosten zu senken und die Belastungen vor allem für Unternehmen in den Griff zu bekommen. Dies gilt insbesondere für die **Energiekosten**, die sich zu einem immer entscheidenderen Standortfaktor und inzwischen zu einer Wachstumsbremse entwickelt haben. Wir werden uns daher weiter intensiv um die Senkung und die Wettbewerbsfähigkeit der Energiepreis in unserem Lande kümmern, auch wenn dies für den einen oder andern lästig sein mag.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Zweitens müssen **Investitionen** in allen Bereichen vorangetrieben werden, Investitionen, die einen dauerhaften Ertrag bringen. Investitionen bedürfen immer auch einer kritischen Überprüfung.

Lieber Herr Garg, jetzt wäre ich bereit, Ihre Zwischenfrage zu akzeptieren.

(Zuruf von der CDU: War nett!)

- War nett, Marnette war das, ja.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie die jetzige Situation als das übliche Ende eines konjunkturellen Aufschwungs bezeichnen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben Sie gerade gesagt!)

- Ich habe gesagt: Wir befinden uns am Ende eines konjunkturellen Aufschwungs, nicht am üblichen Ende, sondern am Ende eines konjunkturellen Aufschwungs.

(Minister Dr. Werner Marnette)

Meine Damen und Herren, gezielte Investitionen sind unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit das Gebot der Stunde. Deshalb erlauben Sie mir, folgende Einzelpunkte noch einmal hervorzuheben, zunächst zum **Wissenschaftsbereich**: Der Erweiterungsbau des IFM-Geomar auf dem Ostufer in Kiel mit einem Investitionsvolumen von rund 90 Millionen €, der bereits in Bau befindliche NRoCK in Kiel, die Erweiterung des Fraunhofer Instituts für Siliziumtechnologie in Itzehoe mit knapp 50 Millionen € Investitionen, die Sanierung der Klinik im Forschungszentrum Borstel - um beispielhaft einige Projekte aus dem Wissenschaftsbereich zu nennen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Im Bereich Wirtschaft möchte ich auf unsere Investitionen im Bereich des **Tourismus**, die ich heute Morgen bereits genannt habe, hinweisen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wenn ein Unternehmen in Schleswig-Holstein konkrete Probleme hat - auch das gehört meines Erachtens mit dazu -, stehen wir bereit; ein Anruf reicht. Wir haben zwar nur wenig Geld, aber wir haben gute Ideen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Eine wichtige Rolle spielen auch weiterhin die WTSH sowie die weiteren **Fördereinrichtungen** in diesem Land. Gerade in der letzten Woche haben wir in der gesamten Runde ein gemeinsames Gespräch mit allen Fördergesellschaften des Landes geführt, um für diese schwierige Situation die richtige Strategie zu finden.

Ich darf außerdem an die geplanten Investitionen in dringend benötigte neue **Kohlekraftwerke** an der Westküste erinnern.

(Beifall bei der CDU)

Hier können in den nächsten drei bis vier Jahren insgesamt 4 Milliarden € investiert werden. Dies sichert langfristig stabile Energiepreise und Arbeitsplätze, auch während der Bauphase.

(Beifall bei der CDU)

Was aber noch viel wichtiger ist, weil es dauerhaft wirkt, sind planbare und stabile Energiepreise.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen?

Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Ja.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass bei einem Kohlekraftwerk ein Arbeitsplatz 16 Millionen € Investitionssumme erfordert?

(Zurufe - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er sagt, damit will er Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein schaffen!)

- Genau das. Ich rechne Ihnen das vor.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Matthiessen, Sie haben Ihre Frage gestellt. Nehmen Sie nun wieder Platz!

Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Ich nehme auf diesen Punkt nachher, heute Nachmittag, noch einmal Bezug.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zuruf: Das ist doch egal, was da investiert wird!)

Ich kann die Frage sehr wohl beantworten, Herr Matthiessen. Wir reden nachher noch einmal über die Kohlekraftwerke. Dann werde ich darauf speziell eingehen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Meine Damen und Herren, wir haben aber noch viel mehr Themen. In ihrem Antrag sprach die FDP zu Recht den Ausbau des **Breitbandnetzes** in Schleswig-Holstein an. Unser neu aufgelegtes Breitband-Förderprogramm wird rege nachgefragt. Schon jetzt haben sich 25 Ämter und Regionen mit über 400 Kommunen um Fördermittel beworben, um den Anschluss an die digitale Zukunft nicht zu verlieren. Ich glaube, dass ist ein ganz wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das derzeit wichtigste Mittel zum Zünden konjunktureller Impulse ist aber - da muss ich dem gestrigen Redebeitrag von Herrn Hentschel massiv widersprechen - die Investition in unser **Straßen- und Schienennetz**.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

(Minister Dr. Werner Marnette)

Wir haben immerhin in diesem Land einen Investitionsstau von über 4,5 Milliarden €. Seien Sie versichert, wir sind in dieser Disziplin inzwischen auf der Überholspur. Wir werden in diesem Jahr dank des Einsatzes unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Rekordsumme von rund 217 Millionen € in unser Bundesfernstraßennetz investieren. Das war harte Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Um aufs Tempo zu drücken und Investitionen vorzuziehen, gehen wir bei der **Finanzierung** von **Fernstraßen** auch neue Wege. So haben wir den dringend nötigen sechsspürigen Ausbau der A 7 als sogenanntes Betreibermodell, A-Modell, auf den Weg gebracht. Das hat immerhin eine Gesamtinvestitionssumme von 250 Millionen €.

Wir befinden uns außerdem in aussichtsreichen Verhandlungen mit dem Bund, für den Weiterbau der A 20 eine Sonderfinanzierung auf die Beine zu stellen. Im Rahmen des Investitionsprogrammes des Bundes konnten wir schon jetzt einen Zuschlag in Höhe von 10 Millionen € aushandeln. Das ermöglicht uns immerhin, den A 20-Abschnitt zwischen Geschendorf und Weede ein Jahr früher fertigzustellen als ursprünglich geplant.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Thomas Rother [SPD])

Ich bin unserem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er sich auch in diesem Sinn bei der Bundeskanzlerin eingesetzt hat. Die Bundeskanzlerin hat uns gerade mitgeteilt, dass sie uns im Interesse der Infrastrukturmaßnahmen unterstützen wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Zentrale Herausforderung - das muss ich für mein Haus hier selbstkritisch anmerken - ist dabei, die anstehenden Planfeststellungsverfahren zügig und sauber abzuarbeiten. Das wird ein großer und anstrengender Akt werden.

Gemeinsam mit der Bahn haben wir ein **Stationsprogramm** mit einem Volumen von 40 Millionen € aufgelegt, mit dem landesweit unsere **Bahnhöfe** modernisiert und der öffentliche Personennahverkehr attraktiver gemacht werden sollen. Anders als die Grünen betrachte ich Straßen keineswegs als Investition ohne Return. Straßen, Schienen- und Wasserwege sind für mich vielmehr Lebensadern unserer Volkswirtschaft, ohne die Wachstum und Wohlstand nicht möglich sind.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki mit einer Redezeit von vier Minuten.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich bemühen, das auszuschöpfen. Zunächst einmal bedanke ich mich bei dem Kollegen Harms dafür, dass er erklärt hat, in den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts habe es eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik gegeben. Die damaligen Wirtschaftsminister kamen alle aus der FDP.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Aber nicht aus Schleswig-Holstein!)

- Ach, Herr Stegner, mit Ihnen rede ich doch gar nicht mehr.

(Heiterkeit)

Nun hat Anke Spoorendonk erklärt, das sei eine andere FDP gewesen, das seien andere Leute gewesen. Ich freue mich, dass sie Otto Graf Lambsdorff zu einem Linksliberalen erklärt hat.

(Beifall bei der FDP)

Das wird ihn am Ende seiner Tage freuen. Ich werde ihm das zuleiten.

Dann, Herr Kollege Matthiessen, zu Ihnen. Sie sind ja wirklich ein nettes Kerlchen. Ich versuche Ihnen jetzt einmal den Unterschied zwischen **Deregulierung** und **Marktteilnahme** des Staates zu erklären.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das lohnt sich doch gar nicht!)

In der jetzigen Phase, in der wir uns befinden, reden wir nicht mehr über Zeiträume von einem halben oder von einem Jahr, sondern über Wochen und Monate, in denen sich flächendeckend am Markt etwas abbilden wird. Selbst wenn wir öffentliche Investitionsprogramme beschließen wollen, können wir sie deshalb nicht sofort umsetzen, weil bei uns die Genehmigungs- und die Planungsverfahren so lange dauern. Das heißt, gerade jetzt brauchen wir Deregulierung, um mit den Maßnahmen, die wir beschließen wollen, schnellstmöglich etwas zu erreichen. Also, Deregulierung hat mit der Marktteilnahme des Staates überhaupt nichts zu tun. Wenn wir jetzt aber, wie die Sozialdemokraten das auch vorschlagen - die offenbar Keynes gelesen haben

(Wolfgang Kubicki)

und ihn zitieren, ihn aber nicht verstanden haben -, wenn wir jetzt als Markt - -

(Zurufe von der SPD)

- Herr Kollege Schröder, ich weiß wirklich, wovon ich rede. Sie haben ihn definitiv nicht verstanden.

(Konrad Nabel [SPD]: Herr Oberlehrer, können Sie einmal zur Sache kommen!)

- Ich komme dazu. Wir brauchen gerade jetzt eine Form von **Deregulierung**, die uns in die Lage versetzt, schnellstmöglich am Markt agieren zu können, weil sonst die ganze Geschichte verpufft.

Sie müssen sich das so vorstellen - vielleicht kann Ihnen, Herr Stegner, dieses Bild auch weiterhelfen -:

(Konrad Nabel [SPD]: Ich dachte, sie reden nicht mehr mit ihm! Was ist denn jetzt?)

Es rollt eine Lawine auf uns zu, und Sie haben die Chance, durch die schnelle Errichtung einer Mauer die Lawine abzulenken. Sie diskutieren die Frage, ob wir dafür ein Baugenehmigungsverfahren brauchen oder nicht, bis die Lawine über uns hinweggerollt ist. In der Situation befinden wir uns.

Wir treffen uns alle im nächsten Jahr wieder. Ich sage Ihnen voraus, wir werden im Februar oder März nächsten Jahres die Frage komplett anders diskutieren als heute. Viel von dem, was auf uns zukommt - wir stehen an der Schwelle einer Depression -, ist bei Ihnen im Gehirn noch gar nicht angekommen.

(Zurufe von der SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Die wissen doch gar nicht, was das ist!)

- Ja, Herr Kollege Stegner, mir ist mittlerweile klar, warum Wolfgang Clement ausgetreten ist, wegen Personen wie Ihnen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Torsten Geerds [CDU] - Widerspruch bei der SPD)

Er hat zu Recht gesagt: Früher war wirtschaftspolitischer Sachverstand bei der SPD noch zuhause, das gibt es heute leider nicht mehr, weil Leute wie Ypsilanti und Stegner das Sagen haben. - Recht hat Herr Clement.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Nun noch einmal zu der wirklich schlichten Erklärung des Kollegen Matthiessen, was die **Investitionssumme** und die **Mitarbeiterzahlen** angeht.

Herr Kollege Matthiessen, Sie haben schlicht und ergreifend die Investitionssumme „Kohlekraftwerk“ genommen und in Relation zu der Anzahl der Mitarbeiter gesetzt, die dort arbeiten. Sie sagen: 16 Millionen € für einen Arbeitsplatz. Wenn wir dieses Kriterium anwenden würden, dürften wir keinen Windpark mehr bauen.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Hohe Investitionssumme, kein einziger Arbeitsplatz. Dieses Kriterium würde dazu führen, dass wir sagen müssten: nie wieder Windparkanlagen. Sie sehen, wie schlicht und wie falsch das ist, deshalb ersparen Sie uns bitte künftig solche Beispiele.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erhält Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde die Geschichte des Liberalismus in Deutschland ungemein spannend, möchte das jetzt aber nicht weiter vertiefen. Ich habe aber ein paar Fragen, ganz allgemeine Fragen.

Gestern haben wir hier den Haushalt debattiert und beschlossen. Die FDP hat dieses Wachstumspaket in den Einzelplan 06 gepackt, 240 Millionen € - wenn ich das richtig im Kopf habe.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Pro Jahr!)

- Pro Jahr, das ist klar. Wenn ich die Gegenfinanzierungsvorschläge der FDP richtig im Kopf habe, dann reichen sie hierfür nicht aus.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Okay, aber Kreditaufnahme: ja. Dann frage ich ganz einfach: Was ist der Unterschied zwischen dem, was die Landesregierung tut, indem sie sagt, wir stocken in den Bereichen auf - wie der Kollege Callsen das vorhin sagte -, und dem, was die FDP vorschlägt, nämlich das alles zu bündeln? Ist das nicht einfach ein Symbol, das man gegen ein anderes Symbol ausspielt?

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Nabel, ich wollte nur, weil der ökonomische Oberlehrer des schleswig-holsteinischen Landtages eben Ausführungen zur Windenergie gemacht hat, und zur Arbeitsplatzproduktivität im Vergleich mit Kohlekraftwerken mich meinte belehren zu müssen, kurz etwas sagen.

Ich dachte schon, Herr Kubicki, Sie wären so schlau gewesen, zu unterscheiden zwischen der Betriebsphase und der Errichtungsphase. Denn wenn man beim Bau 1 Milliarde € in die Hand nimmt, kommen ja auch ein paar Arbeitsplätze dabei heraus. Ich habe mich natürlich auf die Betriebsphase, die immerhin 40 Jahre beträgt, bezogen.

Aber das haben Sie nicht gemacht, sondern Sie haben den Schwenk zur **Windenergie** gemacht und gesagt, dort würde sozusagen pro Investitionssumme noch weniger Arbeitsplatzproduktivität erreicht werden. Da müssen Sie sich schlicht einmal mit den Zahlen beschäftigen, Herr Kubicki. Jede 20. Windmühle bedeutet einen Dauerarbeitsplatz in Wartung und Service. Angesichts der Gesamtinvestitionssumme, die niedriger ist als die in Zukunft zu verbauende Investitionssumme im Kohlekraftwerkssektor in Schleswig-Holstein, haben wir ausweislich des freundlichen Berichtes des Herrn Wirtschaftsministers zu dem Antrag, den ich diesbezüglich gestellt habe, **7.000 Arbeitsplätze** in der Windenergiebranche,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nicht mitgerechnet die vielen Pachtverträge, die von Ihren Berufskollegen beurkundet werden, nicht mitgerechnet etwa Firmen, die nur mittelbar damit zu tun haben, und so weiter, und so weiter.

Die Arbeitsplatzproduktivität in der Erneuerbare-Energien-Branche auch in Schleswig-Holstein ist enorm. Die ökologische Energiewende ist ein konjunktur- und arbeitsplatzproduktiver Prozess, wie er im Buche steht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter Matthiessen, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kubicki?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern. Ich finde, wir lernen alle von Herrn Kubicki.

(Heiterkeit)

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Matthiessen, ich bin ja auch dafür, dass alles veröffentlicht wird, was wir hier so treiben. Sie haben allerdings nicht von der Arbeitsplatzproduktivität geredet.

- Ach so. So hatte ich es verstanden.

Sie haben davon gesprochen, wie hoch die Kosten der Errichtung eines Arbeitsplatzes im jeweiligen Gewerbe ist.

- Ja.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist aber ein Unterschied, Herr Kollege Matthiessen!)

Das ist ein großer Unterschied. Sie sagen, wir sollten wissen, dass Service und sonstige Leistungen im nachgelagerten Bereich bei Windenergieanlagen eine erhebliche Bedeutung haben. Dazu kann ich Ihnen sagen, dass das für Kernkraftwerke in noch größerem Ausmaß der Fall ist.

- Nein, Herr Kubicki, die Zahlen liegen ja vor. Wir können das im Ausschuss vertiefen. Das müssen wir jetzt nicht ad extenso hier im Haus machen.

Wir haben aber auch die Zahlen für den Atomsektor nachgefragt. Da sind ungefähr 1.000 Leute beschäftigt, wenn der Betrieb läuft. Das verdoppelt sich durch die Revisionsstillstände. Dem stehen immer noch 7.000 Leute allein in der Windbranche in Schleswig-Holstein gegenüber. Diese Summe wird noch einmal ergänzt um ungefähr 2.000 - vielleicht sind es auch 5.000 - Arbeitsplätze im Bereich Fotovoltaik und so weiter. Das können wir gern im Ausschuss vertiefen. Das ist nämlich ein interessantes Thema, Herr Kubicki.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen voraus: Die fossil-atomare Zeit der harten Energieträger ist vorbei. Sie ist vorbei, weil diese Energieträger unter Arbeitsplatzgesichtspunkten der Holzweg sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/2342 an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 20 auf:

Bericht zum PISA-Ländervergleich

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2341

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein mündlicher Bericht in dieser Tagung erbeten. Diejenigen, die diesen Bericht hören möchten, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit erhält die Ministerin für Bildung und Frauen, Frau Ute Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Schulstudien erzeugen zunehmend Verdross. Der Politik liefern sie aber wertvolle Hinweise. - So fasst Tanjev Schultz in der „Süddeutschen Zeitung“ die Diskussionen nach IGLU, PISA und TIMSS zusammen.

Ja, er hat recht: Auf nationale und internationale Vergleiche sind wir angewiesen, um Schlussfolgerungen für das eigene Handeln ziehen zu können. Ja, wir wären ohne die intensiven Diskussionen nach PISA 2000 nicht so weit, wie wir heute sind. Sie haben das Bewusstsein für die Bedeutung von Bildung gestärkt, und sie haben erhebliche Impulse für die überfälligen Reformen im Bildungswesen gesetzt. Sie legen immer wieder den Finger in die Wunden, die wir nach wie vor haben.

PISA und IGLU liefern aber keine Erklärungen frei Haus. Sie beschreiben und messen, und sie bedürfen der sorgfältigen Interpretation. Einfache Antworten, zum Beispiel auf die Frage, warum in der PISA-Studie national gesehen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen und international gesehen Dänemark, Schweden und Norwegen weit hinter Schleswig-Holstein liegen, gibt es eben nicht. Warum liegen Sachsen, Korea und Japan weit vor-

ne? Ist Dänemark nun plötzlich eine Bildungswüste, und ist Korea auf einmal das Bildungsparadies? Werden Kinder dort besser fürs Leben gerüstet?

Zu **IGLU**. Bis auf Bremen und Hamburg liegen alle deutschen Bundesländer weit über dem internationalen Durchschnitt, und alle Bundesländer bis auf Thüringen - das liegt oben - und Bremen - das liegt unten, und nun zitiere ich aus der Zusammenfassung der vorgelegten Studie - liegen „nicht signifikant vom deutschen Mittelwert“ entfernt. Wie man dann dazu kommen kann, das Ergebnis für Schleswig-Holstein als schlecht zu bezeichnen, bleibt ein Geheimnis. Das tut man doch nur, wenn man auf Faktenkenntnis verzichten will, damit man besser draufhauen kann.

(Beifall bei SPD und SSW)

Was nun die zentrale Kompetenz betrifft, die 2006 bei **PISA** überprüft wurde, so geht es um die **Naturwissenschaften**. Hier zeichnet sich zunächst ein ähnliches Bild ab: Schleswig-Holstein liegt im deutschen Ländervergleich auf Platz 10. Es hat sich nach Punkten verbessert, ist aber auf dem Rangplatz nach hinten gerutscht, weil der Zuwachs bei anderen Ländern höher war. Ähnlich geht es übrigens Hessen und Niedersachsen.

International liegt Schleswig-Holstein immer noch vor den bereits genannten Ländern Dänemark, Schweden und Norwegen. Damit muss man nicht zufrieden sein - das bin ich auch nicht -, aber man muss sich auch nicht verstecken. Das gilt schon gar nicht vor dem Hintergrund der guten und sehr guten Ergebnisse unserer Gymnasien.

Schwer nachvollziehbar und auch enttäuschend ist für mich allerdings, dass die Leistungen in **Mathematik** und im **Lesen** zwar zwischen 2000 und 2003 zunächst besser geworden sind, sich danach aber überhaupt nicht bewegt haben. Ich sah in der Veranstaltung mit den Professoren meinen Kollegen aus Baden-Württemberg, der auch ziemlich ratlos war. Dort hatten sich die Leseleistungen von 2000 bis 2003 verbessert - auf einem höheren Niveau als in Schleswig-Holstein, das gebe ich zu -, sind aber zwischen 2003 und 2006 wieder zurückgegangen. Wie kommt das? Hat das vielleicht etwas mit **Statistiken** und **Schätzfehlern** zu tun? - Ich komme gleich noch darauf zu sprechen.

Ich bitte allerdings, genau hinzuschauen. Zum Beispiel liegen im Fach **Mathematik** zwischen dem elften Platz, auf dem Schleswig-Holstein bei PISA-E liegt, und dem fünften Platz drei Punkte; Sie wissen, dass 500 Punkte der Messwert sind. Wenn man sich dann - das muss man natürlich tun, wenn man

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

sich seriös damit auseinandersetzt - die Klammerwerte in den Tabellen anschaut - Sie haben das gerade getan, Herr Dr. Klug -, dann sieht man, dass dort die Schätzfehler angegeben werden. Bei „Mathematik“ heißt das für Schleswig-Holstein 497 Punkte und damit elfter Platz. Der Schätzfehler liegt bei drei Punkten. Es können also drei Punkte mehr oder weniger sein. So viel zu Statistik, Rangplätzen, ihre Tücken und die Relativität im Mittelfeld.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das gilt für alle!)

- Das gilt für alle Plätze. Das heißt auch, dass Baden-Württemberg deutlich weiter nach hinten rutschen könnte.

Es liegt mir allerdings fern - und da möchte ich nicht missverstanden werden -, das Gesamtergebnis und die Probleme, die wir in Schleswig-Holstein haben, zu relativieren. Dies gilt vor allem für die Befunde, die kritisch sind und besonderen Handlungsbedarf erfordern. Damit meine ich beispielsweise die **Lesekompetenz**, die in allen Schularten und insbesondere im unteren Leistungsbereich deutlich verbessert werden muss.

Ich bin dankbar, dass wir mit dem neuen Haushalt noch einmal über 30 Stellen direkt für die Ausweitung der Leseprojekte zur Verfügung gestellt bekommen haben. In der Lesekompetenz zeigt sich übrigens bei PISA wie bei IGLU das, was besonders fatal ist, nämlich der Zusammenhang zwischen **sozialem Hintergrund** und den schulischen Leistungen. Das heißt, bei allen Projekten und bei aller Sprachförderung vor der Schule, die ausgeweitet werden müssen und sollen, müssen alle einen Beitrag leisten, damit das besser wird.

(Beifall beim SSW)

Die Leseförderung muss in allen Schulfächern beachtet werden.

Es müssen aber auch die **Eltern** einbezogen werden. Wenn Eltern ihren Kindern nie etwas vorlesen, wenn keine Bücher im Haus sind, wenn keine Bibliotheken besucht werden, dann darf man sich nicht wundern, dass das Lesevermögen und das Leseverhalten in der Schule kaum noch aufgeholt beziehungsweise geweckt werden können. Deswegen ist die **vorschulische Förderung** das A und O, das wissen wir inzwischen. An die Eltern muss nicht nur appelliert werden, sondern ihnen muss bei der Unterstützung ihrer Kinder geholfen werden, und zwar beginnend im Kindergarten. Auch die öffentlichen Bibliotheken, Lesepaten und die Medien mit

ihren Beiträgen wie ZiSch und anderem können hier noch mehr beitragen.

Genau hinzuschauen, heißt auch einzubeziehen, dass Schleswig-Holstein auch im Jahr 2006 immer noch den höchsten Anteil aller Schüler mit **verzögerter Schullaufbahn**, wie das auf PISA-Deutsch so schön heißt, hat. Wir sind hier zwar um 5 Prozentpunkte besser geworden, aber es ist immer noch so, dass ein Drittel der 15-Jährigen, die bei uns getestet wurden, sitzengeblieben, zurückgestuft oder verspätet eingeschult worden sind. In den Hauptschulen sind das fast 70 % der Kinder. Sie können sich ausrechnen, dass diese Schüler noch gar nicht im neunten Jahrgang sind, in den sie als 15-Jährige eigentlich hingehören. Sie können allein schon dadurch noch nicht über die Kompetenz ihrer Altersgenossen verfügen. Woher diese tief sitzende **pädagogische Tradition** in Schleswig-Holstein kommt, hat mir in all den Jahren noch niemand erklären können.

Das zeigt einmal mehr, wie notwendig es war, seit 2007 mit der Schulreform entscheidende Weichen in unserem Schulsystem neu zu stellen. PISA 2006 ist sozusagen der letzte Blick auf die alten Verhältnisse. Wir wissen seit 2002 in Bezug auf die 15-Jährigen von der Problematik des **Sitzenbleibens**. Das war aber immer schon - seit Jahrzehnten - in Schleswig-Holstein so. Das muss endlich anders werden. Wir haben jetzt endlich die Konsequenzen daraus gezogen und deutlich gemacht, dass das Sitzenbleiben nicht nur teuer ist, sondern in der Regel auch keinen pädagogischen Nutzen hat.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Buder [SPD])

Wir lassen die **Hauptschulen** auslaufen. Ich könnte auch sagen, wir schaffen sie ab.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und das ändert es?)

- Herr Kubicki, ich hatte mir eigentlich vorgenommen, mich heute mit Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Das Niveau, das Sie in letzter Zeit angeschlagen haben, ist so unterirdisch, dass ich dazu wirklich keine Lust habe.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich passe mich Ihnen an!)

- Das wird ja immer besser. Wir schaffen die Hauptschulen ab. Wir lassen sie auslaufen, um die Schülerinnen und Schüler aus einem weitgehend isolierten Lernumfeld herauszuholen, das oft schon sehr früh von Perspektivlosigkeit gekennzeichnet ist.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

(Beifall bei SPD und SSW)

Nun ist mit der Abschaffung einer Schulform natürlich nichts von vornherein gewonnen, aber die Abschaffung eines isolierten Milieus, in dem keine anregende Lernumgebung herrscht, in dem die besseren Schüler die anderen nicht mitziehen, ist mittlerweile in seiner Notwendigkeit ziemlich klar geworden. Das ist nicht nur den Bildungspolitikern klar geworden, das ist auch den Bildungsforschern und denen deutlich geworden, die sich in der Wirtschaft zu Bildung äußern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dabei muss uns der Erfolg dieser Schülerinnen und Schüler besonders wichtig sein. Das sind nicht von vornherein Problem- und Risikoschüler. Nein, das sind junge Menschen, die wir in unserer Gesellschaft brauchen und die ein Recht darauf haben, dass man ihnen Mut macht, dass man sie aufbaut und dass man sie nicht abschiebt und ihnen das Gefühl gibt, **geborene Verlierer** zu sein. Fragen Sie einmal junge Menschen nach dem vierten Schuljahr, die schon zu diesem Zeitpunkt wissen, sie kommen in die Hauptschule. Sie verstehen sich von vornherein als Verlierer dieser Gesellschaft, und zwar einfach nur durch dieses Stigma, das sie inzwischen glauben, durch den **Hauptschulbesuch** zu haben. Bei aller Vorsicht der Interpretation, auf die ich selbst hingewiesen habe; eines kann man auch aus den sehr guten Ergebnissen der östlichen Bundesländer lernen: In leistungsgemischten Gruppen profitieren alle Kinder.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Umgekehrt gilt: Eine Konzentration von Migranten, von benachteiligten und von lernschwachen Schülern in einer Schulform bewirkt das Gegenteil. Was ist das für ein elendlicher Lernprozess, der da in der Bildungspolitik abgelaufen ist!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Inzwischen kann aber niemand mehr die Augen davor verschließen. Ich bin zutiefst überzeugt davon, dass wir mit der **neuen Schulstruktur** in Schleswig-Holstein auf dem richtigen Weg sind. Über die Schulgesetzänderung hinaus haben wir gerade für diese Schülerinnen und Schüler vieles auf den Weg gebracht, weil wir nicht warten können, bis die Schulstruktur wirklich umgesetzt ist. Ich nenne hier als Beispiele die vorschulische Sprachförderung, das Projekt „Niemanden zurücklassen“ oder auch

das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt. Insgesamt sind natürlich auch die zusätzlichen Bildungsinvestitionen ein starkes Signal an die jungen Menschen in unserem Land, das muss ich nicht weiter ausführen. Wir haben das hier ausführlich getan.

Meine Damen und Herren, nutzen wir mit PISA also weiterhin die Chance, für weitere Kraftanstrengungen zu werben, sie selbst zu unternehmen und uns auf diesem eingeschlagenen Weg weiter zu verbessern. In erster Linie heißt das, die Perspektive von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Hier sind letztlich alle gefragt, so viel wie möglich dazu beizusteuern; das Land selbst und auch der Bund. Ich erinnere noch einmal an die Debatte zum **Bildungsgipfel**. Wenn wir das schaffen wollen, was dort als Perspektive angelegt ist, dann muss der Bund dabei mit unterstützen. Das gilt auch für die Kommunen und für die Wirtschaft.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der sogenannte PISA-Schock des Jahres 2000 hat uns allen vor Augen geführt, dass die Selbstwahrnehmung, die wir in Sachen Bildungsqualität immer hatten, trügerisch war. Er war im wahrsten Sinne des Wortes eine Enttäuschung. Das Gute an Enttäuschungen ist, dass sie den Blick frei machen für die Realitäten. Hören wir auch auf Professor Prenzel, der uns zu einem gelasseneren Umgang mit den Studien rät.

Lassen Sie mich ganz zum Schluss sagen: PISA ist nicht das Maß aller Dinge. Bildung ist mehr als die getestete Kompetenz. Bildung bedeutet Demokratiefähigkeit, Urteilsvermögen und die Aneignung von Werten. Es wäre fatal, wenn wir das aus den Augen verlieren würden, denn die Zukunft unseres Landes hängt mindestens in gleichem Maße auch davon ab.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Ministerin für ihren Bericht. - Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug für die antragstellende FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit der vorletzten PISA-Studie, die 2003 durchgeführt wurde, ist Schleswig-Holstein nicht vorangekom-

(Dr. Ekkehard Klug)

men. Andere Bundesländer haben seither deutlich größere Fortschritte bei den Leistungen der 15-jährigen Schüler aufzuweisen. Dies erklärt, weshalb Schleswig-Holstein in der Rangtabelle der Bundesländer im Testbereich Lesen von Platz 5 auf Platz 12 abgerutscht ist. In der Mathematik rutschten die Schüler in Schleswig-Holstein von Platz 7 auf Platz 11 ab.

Für diese Entwicklung dürfte es mehrere Ursachen geben. Eines aber ist klar: Die Schulpolitik der schleswig-holsteinischen Regierungen war vor und nach dem Wechseljahr 2005 - also genau in dem Zeitbereich zwischen der zweiten und der dritten PISA-Studie von 2003 bis 2006 - auf nichts so sehr fixiert wie auf das Thema **Schulstrukturreform**. Sie sollte der Heilsbringer sein.

Frau Erdsiek-Rave predigt diese Zukunftsverheißung auch heute noch, wir haben es eben gehört. Eine Bildungspolitik nach dem Motto: Wir machen eine Schulstrukturreform, und in einigen Jahren sind die Schüler dann gebildeter, wird aber sicher genauso scheitern wie entsprechende Rezepte in anderen Politikbereichen. Man denke etwa an eine Gesundheitsministerin, die unter dem Motto antreten würde, wir machen eine Gesundheitsstrukturreform, und in einigen Jahren sind die Leute dann gesünder. Keine Gesundheitsministerin käme wohl auf die Idee, den Bürgern eine solche Losung zu verkaufen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Trauernicht schon!)

- Ja, ich weiß, Sie sind da andere Meinung, aber das traue ich Frau Trauernicht dann doch nicht zu, Herr Garg. Für die schleswig-holsteinische Bildungsministerin ist aber genau das in ihrem Bereich angesichts kritischer Befunde wie beim aktuellen PISA-Ländervergleich die Standardausrede. Ich nenne das eine technokratische Illusion. Die weit überwiegende Mehrheit der schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger teilt diese Skepsis. Die Bildungspolitik dieser Landesregierung wird so negativ und so kritisch bewertet wie kein anderer Politikbereich der Landespolitik.

Zu den unerfreulichen Ergebnissen des neuen PISA-Ländervergleichs gehört auch folgender Umstand, mit dem ich ein bisschen mehr in die Details der Untersuchungsergebnisse einsteigen möchte. Die sogenannte Risikogruppe der **Schüler**, die Texte kaum **sinnentnehmend lesen** können, ist mit knapp 25 % noch fast genauso groß wie beim ersten PISA-Ländervergleich aus dem Jahr 2000. Damals waren es in Schleswig-Holstein 26,5 %. Viele Bun-

desländer haben dagegen gerade in diesem Bereich den Anteil der Problemfälle in ihrer Schülerschaft deutlich verringern können. Das hebt in anderen Bundesländern auch den jeweiligen Landesschnitt.

Wir liegen mit unserem Anteil - wie gesagt: PISA-Studie, Ländervergleich 2006 - mit knapp 25 % Anteil der **Risikogruppe** auf dem drittletzten Platz. Nur die Stadtstaaten Bremen und Hamburg haben noch schlechtere Werte, liegen nämlich im 27er-Bereich. Selbst das Bundesland Berlin, die Bundeshauptstadt, hat in diesem Bereich Risikogruppe einen prozentual geringeren Anteil als Schleswig-Holstein. Das ist eine katastrophale Situation.

(Beifall bei der FDP)

Das ist die Seite 113 in dem Buch des PISA-Konsortiums. Da sind die Prozentzahlen der Risikogruppen genau ausgewiesen.

Zweiter Punkt: Zusammenhang zwischen **sozialer Herkunft** und **Lesekompetenz** der Schüler. Das ist die Entwicklung des „sozialen Gradienten“, der erklärt, in welchem Maß das Leistungsergebnis durch die soziale Herkunft der Schüler geprägt und bestimmt wird - Seite 332 in der Buchveröffentlichung. Auch das können Sie nachlesen. Hier hat es in Schleswig-Holstein seit dem Jahr 2000 praktisch keine Verbesserung gegeben. Der Punktwert ist von 46 auf 44 kaum zurückgegangen, während er sich in Niedersachsen von 46 auf 35, in Sachsen von 35 auf 31 verbessert hat. Das heißt, der Rückgang der Auswirkung der sozialen Herkunft auf das Bildungsergebnis zeigt in anderen Bundesländern deutlich bessere Ergebnisse - in Schleswig-Holstein auch hier seit der ersten PISA-Studie Stillstand. Das ist wirklich das größte Debakel sozialdemokratischer Bildungspolitik in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der FDP)

Die sozialdemokratische Bildungspolitik erhebt den Anspruch, den Schwächeren und Benachteiligten in besonderer Weise helfen zu wollen. Sie erreicht in der Schulwirklichkeit dieses Landes nichts als Stillstand. Die neue PISA-Studie bescheinigt gerade hier der Bildungspolitik von Ministerin Ute Erdsiek-Rave ein Totalversagen.

(Beifall bei der FDP)

Ich erinnere daran: Die 2006 beim PISA-Ländervergleich getesteten 15-jährigen Schüler sind im Regelfall 1997, in einzelnen Fällen vielleicht auch erst 1998 eingeschult worden, also in das erste Schuljahr gekommen. Das ist also die „**Generation Ute**“, die ihre gesamte Schulzeit in Schleswig-Holstein unter der politischen Verantwortung der am-

(Dr. Ekkehard Klug)

tierenden Bildungsministerin verbracht hat. Deshalb ist es auch kein Wunder, wenn Frau Erdsiek-Rave heute angesichts so miserabler Befunde in der PISA-Studie nichts anderes machen kann, als die Leute auf bessere Zeiten in der Zukunft zu verweisen.

Die Altersgruppe, die im Blickpunkt der PISA-Leistungsvergleiche steht, zählt im Übrigen in Schleswig-Holstein in besonderer Weise zu den Verlierern der Schulpolitik dieses Landes. Jeder, der sich mit dem Thema Schule beschäftigt, weiß, dass die **Unterrichtsversorgung** in den Jahrgängen, um die es hier geht, also den Jahrgängen in der Sekundarstufe I und insbesondere in den „auslaufenden“ Jahrgängen der alten Schularten, aber auch in den durch hohe Schülerzahlen überfüllten Gymnasien, besonders schlecht ist. Finanzminister Wiegard hat das am 3. Dezember 2008 in seinem Interview im „Flensburger Tageblatt“ ganz offen eingeräumt, als er festgestellt hat:

„Dass wir uns bei der Unterrichtsversorgung an der unteren Grenze bewegen, was nötig wäre, ist nicht zu bestreiten ...“

So Rainer Wiegard. Blickt man in die Analysen der Wissenschaftler, die die neue PISA-Studie durchgeführt haben, wird außerdem deutlich, dass es auch auf die **Art des Unterrichts** ankommt, nicht nur auf den Umfang des Unterrichtsangebots. Ich möchte dazu folgendes Zitat anführen. Da heißt es:

„In allen Ländern erreichen Schülerinnen und Schüler, deren Naturwissenschaftsunterricht traditionell ausgerichtet ist, höhere Testleistungen (zwischen 20 und 52 Punkte) als Schülerinnen und Schüler, die Unterricht des Musters globale Aktivitäten erhalten ...“

Dieser Unterricht mit den **globalen Aktivitäten** macht den Schülern, wie dann gesagt wird, zwar mehr Spaß, aber sie lernen weniger. Oh Wunder!

Am Erfolgreichsten ist nach Aussage der PISA-Forscher übrigens Unterricht, bei dem das Schlussfolgern aus Experimenten, das Generieren eigener Ideen und das Übertragen von wissenschaftlichen Konzepten auf den Alltag häufiger vorkommt. Das ist auch nicht erstaunlich. Oder etwa doch?

Am Erstaunlichsten ist aber, dass den Schulen in Schleswig-Holstein vonseiten der hiesigen Bildungsoberigkeit immer wieder - etwa in einschlägigen Belehrungen, in **EVIT-Berichten** - das Fit-for-Fun-Rezept eines durch globalgalaktische Aktivitäten geprägten Unterrichts geradezu gepredigt wird.

Es wird kritisiert, wenn diese Unterrichtsmodelle an den Schulen fehlen. Sie können EVIT-Berichte quer durch das Land lesen, und Sie werden darauf stoßen.

Solange es diesen misslungenen „Schul-TÜV“, den wir als FDP abschaffen wollen, noch gibt, sollte man vielleicht erst einmal die EVIT-Gutachter zu einer Fortbildung schicken, damit sie den Schulen künftig keine Unterrichtskonzepte mehr empfehlen und nahelegen, die nach dem Befund der PISA-Forscher die schlechtesten Ergebnisse von allen Unterrichtskonzepten hervorbringen.

(Beifall bei der FDP)

Gute Unterrichtsangebote und gezielte Förderung zum Ausgleich von Schwächen - mit diesen Instrumenten bestreiten die besten Länder bei Leistungsvergleichen ihren Erfolg. Sachsen hat die Leseförderung seit Jahren zum durchgängigen Prinzip gemacht, das Land unterstützt die Einrichtungen von Schulbibliotheken und Leseecken, es führt Ferienkurse und andere Fördermaßnahmen für schwächere Schüler durch, und siehe da: Der Rückgang der Risikogruppe von 19 auf unter 12 % ist in Sachsen ein toller Erfolg, hebt in wunderbarer Weise das Landesergebnis.

Ein Blick auf die Grundschulstudie **IGLU**. Der Testsieger Thüringen hat es erreicht, dass in den Grundschulen schon so viele Ganztagsangebote eingerichtet sind, dass 70 % der Grundschüler in Thüringen heute eine betreute Hausaufgabenhilfe bekommen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man braucht sich doch nicht darüber zu wundern, wenn das dann gute Ergebnisse hervorbringt.

Deshalb sage ich noch einmal: Das sind die Ansätze, die erkennbar wirken. Das bloße Versprechen auf die Heilwirkung einer anderen Schulstruktur bleibt das leere Versprechen, das Sie den Bürgerinnen und Bürger dieses Landes jetzt seit Jahren servieren.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug und erteile für die CDU-Fraktion der Frau Abgeordneten Sylvia Eisenberg das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Klug, als Opposition hätte ich mir diese Gelegenheit, der damaligen Regierungskoalition eins zwischen die Hörner zu geben, auch nicht entgehen lassen. Sie haben nicht ohne Grund diesen Antrag auf einen Bericht über die PISA-Ergebnisse gestellt. In der Tat, die Schüler, die 2006 getestet wurden, haben ihre Schulzeit während der damaligen Regierungszeit zwischen 1996 und 2005 absolviert. Daran geht nichts vorbei. Sie als Grüne - wenn ich darauf hinweisen darf - müssten eigentlich insgesamt schamhaft schweigen, denn Sie haben in der Zeit, um die es jetzt geht, Regierungsmitverantwortung getragen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber die Ministerin scheint sich auch nicht zu schämen!)

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zum sachlichen Bericht. Das Ergebnis des **PISA-Ländervergleichs** ist für Schleswig-Holstein nicht befriedigend. Das brauchen wir auch nicht zu beschönigen, wie das zum Beispiel andere Bundesländer durchaus tun. So stellte der Bremer Bildungssenat offiziell fest:

„Unsere Aufholjagd hat sich gelohnt.“

Dabei ist zu bemerken, dass Bremen das dritte Mal in Folge das Schlusslicht im Vergleich der Bundesländer darstellt.

Aber kommen wir zu unseren Ergebnissen: Schleswig-Holstein hat sich seit Beginn der PISA-Untersuchungen im Jahr 2000 zumindest im **Länder-Ranking** - Sie haben auf die Unterschiede hingewiesen - der Bundesländer nicht verbessert. Im Bereich Naturwissenschaften vom 6. Platz in 2000 mit 486 Punkten auf den 8. Platz in 2003 mit 497 Punkten auf den 10. Platz in 2006 mit 510 Punkten. Ich könnte das für Mathematik, Lesen und Textverständnis ähnlich vortragen; ich spare mir das jetzt. Wir haben auf der einen Seite das Länder-Ranking.

Wir haben auf der anderen Seite aber die **Kompetenzpunktzahlen**. Wenn auch die Kompetenzpunktzahlen im Vergleich zu 2003 nicht so große Unterschiede aufweisen, so muss man doch feststellen, dass wir im Länder-Ranking zurückgefallen sind. Das heißt, andere Länder haben in den Jahren 2000 bis 2006 offensichtlich größere Anstrengungen als Schleswig-Holstein unternommen, so zum Beispiel Sachsen, das in dieser Zeit eine ansehnliche Leistungssteigerung, vor allen Dingen im natur-

wissenschaftlichen Bereich, um plus 42 PISA-Punkte aufweist.

Schleswig-Holstein liegt in allen getesteten Bereichen unter dem **PISA-Bundesdurchschnitt** und nur im Hinblick auf die Naturwissenschaften über dem OECD-Durchschnitt. Nach Einschätzung des Bildungsministeriums handelt es sich hierbei lediglich um „Schätzfehler mit beschränkter Aussagekraft“ und ein „breites Mittelfeld auf ähnlichem Leistungsniveau“. Das waren Zitate.

Dieser Einschätzung können wir uns allerdings nur bedingt anschließen. Was für die Ergebnisvalidität für Gymnasien gilt - die hoch gelobt werden -, und denen auch die KMK einen großen Leistungsvorsprung gegenüber anderen Schularten testiert, muss entsprechend auch für die Validität der Ergebnisse in anderen Schularten gelten.

Um gleich von Anfang an mit einem weit verbreiteten Vorurteil aufzuräumen: Das mittelmäßige Abschneiden unserer Schülerinnen und Schüler liegt nicht am Geld. Die **öffentlichen Ausgaben pro Schüler** betragen in Berlin 6.100 € - Berlin, das nur den 11. Platz in Naturwissenschaften und den 12. Platz in Mathematik erreichte, während der PISA-Gewinner Sachsen mit 5.800 € pro Schüler auskam, Bayern mit 5.200 €. Der zum Testzeitpunkt vergleichsweise niedrige Satz in Schleswig-Holstein - ich sage zum Testzeitpunkt - von 4.900 € pro Schüler hat zu besseren Ergebnissen als im Land Bremen geführt, das immerhin 5.300 € pro Schüler ausgibt, das weitere Schlusslicht Hamburg sogar 6.200 €.

Auch die **Schulstruktur** kann nicht allein die Ursache für das Abschneiden der einzelnen Länder sein. Sachsen mit seiner gegliederten Schulstruktur - Mittelschule, das ist unsere Regionalschule, und Gymnasium, wie es bei uns auch vorgesehen ist - steht in der Rankingliste an erster Stelle, kurz vor Bayern und Baden-Württemberg mit einem dreigliedrigen Schulsystem, erst dann folgen die anderen Bundesländer. Dänemark, Frau Spoorendonk, mit Ihrer hoch geliebten Gemeinschaftsschule,

(Anke Spoorendonk [SSW]: Ich sage etwas dazu!)

befindet sich zumindest im Bereich Naturwissenschaften unter dem OECD-Durchschnitt und damit hinter Deutschland, und im Bereich der Lesekompetenz ebenfalls hinter Deutschland, wenn auch knapp.

(Thomas Stritzl [CDU]: Die können zu wenig deutsch!)

(Sylvia Eisenberg)

- Ich glaube nicht, dass es daran liegt.

Einige Äußerungen sollten uns aber zum Nachdenken bringen, so eine Stellungnahme des Staatsministers aus Sachsen auf die Frage, warum Sachsen so viel erfolgreicher als Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sei: „Weil wir seit 1990 einen stabilen Kurs fahren.“ Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben einiges ausprobiert. Sachsen hat von Anfang an einen **stabilen Kurs** gefahren.

Aber auch die KMK macht nachdenkenswerte Äußerungen. Nach deren Ansicht herrschen an Gymnasien günstige Rahmenbedingungen für das Lernen in den Naturwissenschaften, und die Unterschiede zwischen den Ländern sind an dieser Schulart bei der Lesekompetenz eher gering. Die Aussage des PISA-Konsortiums zitiere ich hier auch noch einmal, darauf ist schon hingewiesen worden:

„Der naturwissenschaftliche Unterricht in Schleswig-Holstein zeichnet sich durch relativ häufiges interaktives Lehren und Lernen und globale Aktivitäten aus. Globale Aktivitäten sprechen die Schülerinnen und Schüler motivational an,“

- so heißt es hier schön, das heißt, wecken Motivationen und sind interessant -

„erweisen sich aber als unzureichend für die Sicherung eines fachlichen Verständnisses.“

Vielleicht ist das der Grund, weshalb Schleswig-Holstein auch nur auf Platz 10 der Rankingliste steht. Es gibt viele Erklärungen für die Ursachen.

Welche Lehren können wir in Schleswig-Holstein aus den neuerlich nicht sehr positiven Befunden ziehen? Denn darauf kommt es an und nicht auf ständige Mäkeleien der Opposition, die so oder so nie ein gutes Haar an der Regierung lässt

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- na klar, das habe ich fünf Jahre miterlebt, ich weiß genau, wie Sie arbeiten -

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

und in der Regel außer den Forderungen nach mehr Geld auf der einen Seite und Festhalten am Bestehenden auf der anderen Seite keine machbaren Vorschläge aufweist.

Meine Damen und Herren, es war und ist richtig, an der **Schulart Gymnasium** festzuhalten

(Beifall bei CDU und FDP)

und sie auch entsprechend auszustatten, wie wir es gestern mit dem verabschiedeten Haushalt getan haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das Gymnasium weist eine hohe Qualität auf und bietet die entsprechenden Rahmenbedingungen für gutes Lernen und gute Ergebnisse auch im internationalen Vergleich. Die in Schleswig-Holstein noch notwendigen Planstellen haben wir gestern bewilligt.

Es war und ist richtig, in eine **grundlegende Bildungsreform** seit 2005 einzusteigen, und zwar von der Pike auf, also vom Kindergarten über die Grundschule bis zu den weiterführenden Schulen, von der Sprach- und Leseförderung über die Grundschulbetreuung, über Ganztagsangebote, Lehrerfortbildung und Qualitätssicherung. Das war und ist ein großer - auch finanzieller - Kraftakt, den die Regierungskoalition seit 2005 geleistet hat.

Dass die Reformen jetzt in der Grundschule greifen - von der Pike auf, von Anfang an - haben uns gerade die **IGLU-Ergebnisse** bestätigt. Die im Jahr 2006 getesteten Schülerinnen und Schüler sind im Jahr 2000 oder 2001 - wir können uns da ein bisschen streiten, ob 1998, 1999, 2000 oder 2001 - in die weiterführenden Schulen aufgenommen worden. Die von den Koalitionsfraktionen angestoßenen vielfältigen Reformen seit 2005 konnten noch keine positiven Effekte erzielen. Erst frühestens 2012 oder vielleicht auch erst 2015 werden wir messbare - ich betone messbare - Ergebnisse bekommen können. Bis dahin dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.

Wie die Aussagen aus Sachsen zeigen, brauchen auch wir in Schleswig-Holstein **Ruhe in der Schullandschaft**, damit Eltern, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler sich auf die Veränderungen einstellen können und die **vielfältigen** Hilfen, die das Land in vielfältiger Art und Weise anbietet, auch wahrnehmen können.

(Werner Kalinka [CDU]: Sehr richtig!)

Die Erwartung - und das geht an die Opposition -, dass Deutschland oder Schleswig-Holstein innerhalb von zwei oder drei Jahren nach Einführung der Bildungsreform die Spitze der Bildungstabelle stürmen wird, kann nicht erfüllt werden, jedenfalls nicht nach zwei oder drei Jahren, auch wenn Regierungspolitiker sich das wünschen würden und Oppositionspolitiker genau dieses befürchten.

(Sylvia Eisenberg)

Der **konstruktive Dialog** mit Lehrer-, Eltern- und Schülerverbänden muss fortgeführt werden, um mögliche Schwachstellen der Reform mit den Beteiligten zu erörtern und dann auch Lösungen zu finden. Wir sollten uns - wie vorgesehen - am Siegerland Sachsen ausrichten und Schülern und Eltern vermitteln, dass neben den Gymnasien auch die **zweite Schulart** - und ich halte mich jetzt an die Aussage des Ministerpräsidenten von gestern: „Egal wie sie nun heißt, entscheidend ist, was drin ist“ - einen hohen Stellenwert besitzt und es jedem Kind jederzeit offen steht, in einem durchlässigen Schulsystem eine weiterführende Schule zu besuchen. Echte **Ganztagschulen** und **Ganztagsangebote** sind miteinander zu verknüpfen, um eine frühzeitige und umfassende Betreuung und Förderung - auch der sogenannten bildungsfernen Schichten - zu erreichen. Vorschläge und Maßnahmen dazu sind schon in vielfältiger Weise von der Bildungsministerin genannt worden, die brauche ich nicht zu wiederholen.

Lassen Sie uns ohne destruktive Kritik, sondern mit konstruktiven Vorschlägen die Bildungsreform begleiten. Ich bin sicher, dass diese nach anfänglichen Schwierigkeiten zum Erfolg führen wird. Unterstützen Sie unsere Lehrkräfte in ihrer nicht immer ganz einfachen Arbeit mit den Schülern und Schülerinnen und uns Bildungsreformer.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Sylvia Eisenberg und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Henning Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der IGLU-Studie gute Ergebnisse für Schleswig-Holstein, in der PISA-E-Studie keine Fortschritte. Im Kompetenzbereich Lesen ein 12. Platz. Das ist natürlich bedauerlich. Ich werde mich im Verlauf meines Beitrags ein wenig mit diesem Kompetenzbereich Lesen beschäftigen.

Ich erinnere mich als Elternteil gern an Sitzungen der Konferenzen in den Schulen meiner Töchter. Solche Klassenelternkonferenzen waren für die Eltern immer die Möglichkeit, über die Art und Qualität des Unterrichts und die Leistungen der einzelnen Lehrerkolleginnen und -kollegen zu diskutieren. Und ich erinnere mich an den Bericht einer Mutter, oder besser gesagt an eine Beschwerde über den Unterricht eines Lehrers in der neunten Jahr-

gangsstufe: „Stellen Sie sich vor“, hat sie gesagt, „Herr P. lässt immer noch aus dem Geschichtsbuch vorlesen und verlangt dann, dass die Schüler das zusammenfassen, nacherzählen und erläutern. Das ist doch wohl viel zu einfach, das ist doch Unterricht von vorgestern.“ Das ist eine Meinung, die da viele Elternteile auch vertreten haben. Wahrscheinlich aber - das bestätigen die Studien IGLU und PISA im Zusammenhang mit den Untersuchungen von **Lesekompetenz** - ist diese Methode des Lehrerkollegen P. gar nicht so verkehrt. Lesen und Vorlesen im Unterricht ist meines Erachtens im Stellenwert wahrscheinlich viele Jahre lang unterschätzt worden.

An der PISA-Studie nehmen Hauptschulen, Gesamtschulen, Realschulen, organisatorisch diese verbindende Schulformen, Gymnasien, Berufliche Schulen und wie in Schleswig-Holstein zuletzt auch freie Schulen teil. Förderschulen haben nicht teilgenommen. Sie fallen auch nicht in die Bewertung im Rahmen der Vergleichsliste der Bundesländer PISA-2006-E.

Im Hinblick auf die Bildungsbeteiligung der Schülerinnen und Schüler der einzelnen Schularten im Rahmen von PISA ist es aber durchaus wichtig zu wissen, wie hoch der Anteil derjenigen ist, die in den Bundesländern die **Förderschulen** besuchen. Nehmen wir das Bundesland Sachsen, das zum neuen Star 2006 erklärt wurde. Sachsen hat gut 289.000 Schülerinnen und Schüler auf den allgemeinbildenden Schulen. Das sind etwa 10.000 Schüler weniger als in Schleswig-Holstein. In Sachsen leben aber rund 1.400.000 Einwohner mehr als bei uns. Nach der letzten Statistik gibt es in Sachsen 18.250 Förderschüler, in Schleswig-Holstein bei höheren Schülerzahlen lediglich 9.100, weniger als die Hälfte. In allen neuen Bundesländern, die sich ja so gut entwickelt haben, ist der Anteil der Förderschüler erheblich höher als bei uns. Und gleichwohl ist anzumerken, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migration in diesen Bundesländern erheblich kleiner ist als in Schleswig-Holstein. Beide Aspekte sind also vorteilhaft für die neuen Länder, also im Bundesvergleich.

Lassen Sie mich auch die Rahmenbedingungen für die **Finanzierung der Bildung** in den Bundesländern etwas näher beleuchten. Die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen galten gegenüber Schleswig-Holstein eigentlich immer als Referenzländer: ähnliche Bevölkerungszahlen, ähnliche Strukturen, viel ländlicher Raum, keine besonders großen Oberzentren.

(Dr. Henning Höppner)

Alle drei neuen Länder haben starken **Bevölkerungsverlust** zu beklagen. Sachsen-Anhalt hat derzeit weniger als 60.000 Schülerinnen und Schüler in den Grundschulen, Thüringen weniger als 64.000. Schleswig-Holstein hat so viele Schülerinnen und Schüler in den Grundschulen wie beide Bundesländer zusammen. Noch ein Vergleich: In Sachsen sind es 112.000 Grundschüler, aber, wie gesagt, dort leben 1,4 Millionen Einwohner. Das bedeutet natürlich auch, dass die Frage der Finanzierung von Bildung in den neuen Ländern eine wesentlich größere Rolle spielt als bei uns. Entsprechend sind die Folgen. Die Schulen werden kleiner, die Klassenfrequenzen geringer.

So geht es vielfach in den neuen Bundesländern um den Erhalt von Schulen und Lehrerarbeitsplätzen. Der **Lehrerberuf** ist in den neuen Bundesländern kein **Vollzeitberuf** mehr, außer für Schulleiterinnen und Schulleiter. Die Mitglieder des Bildungsausschusses haben das in Dresden vom damaligen sächsischen Kultusminister Steffen Flath persönlich erfahren. Es gibt grundsätzlich nur 0,8 Stellen in den Schulen im Angestelltenbereich der Vergütungsgruppe E 12. Für diejenigen, die sich an den BAT erinnern: BAT III. Das sind Rahmenbedingungen für den Lehrerberuf, die heute keiner der Berufskolleginnen und -kollegen hier akzeptieren würde.

Es gibt aber unter den Lehrerkollegien in den neuen Ländern den festen Willen, mit viel Einsatz Schulstandorte zu erhalten, wenn eine Regelschule oder Mittelschule an die 120 Schülerinnen und Schüler hat. Wir müssen leider feststellen, dass vielerorts hier bei uns nicht die Bereitschaft der Kollegien zur Weiterentwicklung des Schulsystems besteht.

Es lohnt sich schon, dass man sich in der **PISA-Studie** mit dem - wie ich es nenne - „Kleingedruckten“ beschäftigt, oder mit der **Methode**, und zwar insbesondere, um festzustellen, warum wir denn einen bestimmten Platz auf der Ranking-Liste einnehmen. Ich nehme hier als Beispiel das Thema **Lesekompetenz**. Da stehen wir auf der Länderliste auf Platz 12 mit 485 Kompetenzpunkten - schon oft erwähnt -, drei Plätze vor uns das Bundesland Berlin mit 488 Punkten. Berlin hat von der Schulstruktur her etwas Ähnliches wie wir: Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, integrierte Gesamtschulen.

Ich gehe dann, was die Schularten betrifft, in die **Schularten-Kompetenz-Länderliste**: Berlin verzeichnet bei den Gymnasien 585 Punkte, Schleswig-Holstein ebenfalls 585; da sind wir gleich. Die Realschulen Berlins haben 484 Punkte, Schleswig-Holsteins Realschulen 511 Punkte, also 27 Punkte

mehr als die Berliner. Die Gesamtschulen Berlins haben 451 Punkte, Schleswig-Holsteins Gesamtschulen 503, also 52 Punkte mehr. Die Hauptschulen Berlins 355 Punkte, unsere Hauptschulen 387 Punkte, also 32 Punkte mehr. Alle Schularten in Schleswig-Holstein schneiden besser ab als die Schularten in Berlin.

Angesichts dieser Feststellung ist klar: Entscheidend für die Ermittlung des Kompetenzwertes ist nicht zwangsläufig die Leistungsfähigkeit der einzelnen Schularten in einem Bundesland, sondern entscheidend ist die **Bildungsbeteiligung**, also wie viele Schüler und Schülerinnen insgesamt ihren Anteil in den einzelnen Schularten wahrnehmen. Da steht Schleswig-Holstein noch ganz im dreigliedrigen System mit dem geringsten Anteil an Gymnasiasten und neben Bayern mit dem höchsten Anteil an Hauptschülerinnen und Hauptschülern.

Das heißt: Hast du viele Gymnasiasten, seien sie auch nur durchschnittlich, wird dein Kompetenzwert hoch, und dann spielen auch schlechte Hauptschulen, wenn sie nur in einem geringen Anteil vorhanden sind, keine so große Rolle. So ermittelt sich der PISA-Wert.

Meine Damen und Herren, ich habe das mal untersucht am Beispiel der **Bildungsbeteiligung** des **Kreises Stormarn**. Dort liegt der Anteil der Hauptschülerinnen und Hauptschüler bei 8,8 % im Jahre 2006 und der Anteil der Gymnasiasten bei 45 %. Der Kreis Stormarn läge, wenn man diese Formel zugrunde legte, im Kompetenzwert „Lesen“, wenn wir ihn so übertragen würden, deutlich über Finnland. Es ist also wirklich die Frage: Wie ist die Bildungsbeteiligung in den einzelnen Schularten?

Das kann für uns nur die Schlussfolgerung haben: Wir müssen - wir sind ja auch dabei - die **Hauptschulen abschaffen**! Es gibt weder organisatorische noch pädagogische Gründe, diese Schulform auch als eigenständigen Bestandteil einer organisatorischen Verbindung in die Zukunft zu tragen. Aus diesen Gründen heraus gibt es auch keinen Grund dafür, die Realschule als eigenständige - ich sage mal hauptschülerfreie - Schule zu erhalten. Darüber werden wir noch in dieser Tagung sprechen müssen. Diese Erkenntnis müsste eigentlich inzwischen auch Herrn Dr. Klug erreicht haben, auch wenn er so heftig vom Verband des VdR als vermeintlicher Retter der Realschulen gefeiert wird.

Wir haben mit der Verabschiedung des Schulgesetzes im Januar des letzten Jahres genau die richtigen Weichen gestellt. Leider aber werden wir frühestens im Schuljahr 2013/14 erstmals 15-Jährige

(Dr. Henning Höppner)

haben, die die Regional- und Gemeinschaftsschulen seit dem Aufbau 2008/09 besuchen. So wird es also noch zwei weitere PISA-I- und PISA-E-Studien 2009 und 2012 geben, die in Schleswig-Holstein mit den Schülerinnen und Schülern des dreigliedrigen Schulsystems operieren müssen.

In unseren Schulen wird derzeit viel über neue und eine zu hohe Anzahl von **Regelungsinstrumenten** geklagt, die den Schulalltag zusätzlich belasten. Ich kann den Unmut der Kolleginnen und Kollegen aus der Lehrerschaft nachvollziehen. Ich sehe aber jetzt im Verlauf des letzten Jahres eine wachsende Bereitschaft, den eingeleiteten **Reformprozess** aktiv mitzugestalten. Dieser Prozess motiviert auch zunehmend Eltern, sich innerhalb der Schule zu engagieren. Der Reformprozess motiviert jetzt auch die Schulträger, endlich wieder etwas für ihre Schule zu tun. So wird endlich wieder investiert in Schulen und Ausstattungen und nicht gewartet, was angesichts der demografischen Entwicklung so passieren wird mit den Schulstandorten.

Würden die Schulstrukturen nämlich so bleiben, wie sie sind, so würde bei den Schulträgern das eintreten, was wir seit Ende der 80er-Jahre erlebt haben, als die Schülerzahlen stark sanken: keine Investitionen, sondern eine Nutzung der vorhandenen Substanzen. Das stellt sich heute, insbesondere bei vielen großen Schulträgern, als Mangel in der Sachausstattung dar. Wir haben auch hier aufgrund der Investitionsprogramme des Landes und des Bundes neue Perspektiven.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die Kompetenzentwicklung oder - einfacher gesagt - die Entwicklung der Leistungsfähigkeit unserer Schulen braucht einen langen Atem, auch was die Ergebnisverbesserung in den PISA-Studien angeht. Das war uns bei den Entscheidungen zur Veränderung unseres Schulsystems bewusst. Wir sind aber wirklich auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Henning Höppner und erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben schon sehr viel Zahlenmaterial genau untersucht. Daher kann ich mir einige Passagen sparen. Dafür bin ich sehr dankbar; denn wir brauchen wirklich eine sachliche Debatte.

Fest steht: Noch immer haben die Schulen in Deutschland insgesamt keinen wesentlichen Fortschritt in der zentralen Aufgabe erreicht, **Schichten, die bildungsfern sind**, mehr an einen **Bildungserfolg** heranzuführen. Im Jahr 2006 war unser Bildungssystem insgesamt noch nicht deutlich gerechter als im Jahr 2001. Zwar haben alle Bundesländer im Trend besser abgeschnitten, das heißt die Schülerinnen und Schüler haben höhere Punktzahlen als vor sechs Jahren erreicht, aber die **Durchschnittsbildungsergebnisse** der Bundesländer untereinander unterscheiden sich immer noch erheblich. Das ist heute noch nicht gesagt worden: Sie betragen zwischen dem besten und schlechtesten Bundesland immer noch über zwei Schuljahre.

In Schleswig Holstein sind die **Lernfortschritte** nicht besonders groß ausgefallen. Differenziert sind Herr Höppner und auch die Ministerin hierauf eingegangen. Deswegen ist unser Ranking-Platz da, wo er ist. Man kann sagen, wir seien deutlich abgefallen; man kann auch sagen, wir seien nicht aufgestiegen.

Die Ergebnisse sind zum einen der unterschiedlichen **Zusammensetzung der Schülerschaft** geschuldet. **Großstädte** mit einer hohen Arbeitslosigkeit, krassen Unterschieden zwischen Arm und Reich sowie mit einem sehr hohen Anteil an Migrantenkinder, für deren **Integration** wenig getan wurde, haben eine besonders schwierige Ausgangslage für große Lernerfolge. Diese **sozialen Unterschiede** haben sich seit 2001 sogar verschärft. Vielleicht kann man deshalb doch bescheiden von einem kleinen Gerechtigkeitserfolg sprechen, da sich das, was sich sozial getan hat, nicht auch noch verschärfend in den PISA-Ergebnissen niedergeschlagen hat.

Schleswig Holstein besitzt einerseits die sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen wie Hamburg im Umland oder beispielsweise Westerland, andererseits aber auch die von Mecklenburg-Vorpommern und Dänemark.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

(Angelika Birk)

- Die sozialen und kulturellen Bedingungen: kleine Orte, überschaubare Einheiten; viele Kinder gehen noch zur Hauptschule. In kleinen Dörfern ist das noch kein Stigma. - Auf der anderen Seite besteht eine hohe Arbeitslosigkeit, ähnlich wie in Mecklenburg-Vorpommern, und Schulkinder müssen weit reisen. Insoweit sind unsere Strukturbedingungen denen Mecklenburg-Vorpommerns ähnlich. Auf der anderen Seite ist bei uns eine hohe Verdichtung wie im Hamburger Rand und auch eher eine Großstadtbevölkerung mit einem hohen Migrantenanteil zu verzeichnen. Insofern ist Schleswig-Holstein von allem etwas. Deshalb dürfte es besonders interessant sein, wenn wir in unserem Bundesland die **regionalen Ergebnisse** untersuchen, so wie dies gerade der Kollege Höppner exemplarisch getan hat.

Interessant ist auch, dass die geschlechterstereotypischen Unterschiede nicht abgebaut wurden. Diese Nachricht des PISA-Ergebnisses schafft es leider kaum in die Medienschlagzeilen. Offenbar gelten sie als weniger skandalös als andere Daten. Vielleicht haben deshalb bisher so wenig Bundesländer etwas unternommen, um etwas für mehr **Geschlechtergerechtigkeit** zu tun.

Die CDU im Landtag hat gleich nach der Veröffentlichung der neuesten PISA-Ergebnisse an Sachsens Schulsystem erinnert und misst uns daran. Ich möchte an dieser Stelle nur sagen: In der Zeit, über die wir reden - 2005 und auch noch 2006 - haben Sie von der CDU erbittert allen **Schulreformversuchen** in Schleswig-Holstein widerstanden. Noch heute bekämpfen Sie alle Formen des gemeinsamen Lernens jenseits der 6. Klasse als Fehler. Sie dulden die Gemeinschaftsschule lediglich. Unsere Fraktion hat seit 2003 hier im Landtag für **Gemeinschaftsschulen** gekämpft. Im Jahr 2004 hat sich die SPD dem angeschlossen. Ich kann an dieser Stelle nur bescheiden darauf hinweisen: Frau Eisenberg, unser Verständnis von Opposition wie auch von Regierungsarbeit beinhaltet das Vorlegen von Konzepten und das Unterbreiten von seriösen Finanzierungsvorschlägen.

Das vermissen wir bei der FDP. Herr Dr. Klug, Sie haben heute wieder Ihr Zahlengedächtnis unter Beweis gestellt. Aber ein **Bildungskonzept** für dieses Land habe ich von Ihnen seit 1996 nicht wieder gehört.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie waren ja auch jahrelang nicht im Parlament!)

Sie halten immer am Traditionellen fest. Ich sage an dieser Stelle - wir werden in der Realschuldebatte noch darauf zurückkommen -: Zahlengedächtnis

und Populismus allein reichen nicht für gute Bildungspolitik.

Angesichts der Lesedefizite insgesamt war es richtig, dass das Bildungsministerium schon in der letzten Legislaturperiode begann, in Kitas und Grundschulen die Voraussetzungen für das Lesenlernen zu verbessern.

Damit komme ich zu **IGLU**. Das positive Ergebnis hat alle Bundesländer gefreut. Hier beträgt der Bildungsunterschied - Stichwort Gerechtigkeit - zwischen den Bundesländern nur ein Schuljahr. Auch wenn man zugestehen muss, dass die Testverfahren verschieden sind - es wurden vierte Schuljahre und nicht Kinder gleichen Alters getestet, und in beiden Testverfahren sind, worauf Herr Höppner hingewiesen hat, die **Förderschulen** außen vor gelassen worden; damit müssen wir uns nicht befassen -, ist dennoch ein Fazit wirklich zwingend: Weitgehend gemeinsames Lernen aller Kinder in den ersten vier Schuljahren hat bessere Ergebnisse als Lernen in getrennten Bildungswegen in den folgenden vier Jahren.

Der Skandal der **Grundschuluntersuchung** liegt in etwas anderem. Es gibt eine Zensur durch die Kultusministerkonferenz. Ergebnisse, nach denen die **Empfehlungen** für weiterführende Schulen unabhängig von der Leistung der Kinder vor allem mit Rücksicht auf den **Bildungshintergrund der Eltern** gegeben werden, durften nicht veröffentlicht werden, obwohl darauf hingewiesen werden muss, dass ein Kind, das einen bildungsfernen Hintergrund hat, trotz guter Noten nicht für das Gymnasium empfohlen wird, weil die Grundschullehrkräfte fürsorglich davon ausgehen, dass es keine Schulaufgabenhilfe durch die Eltern hat und versagen muss. Zumindest diese Fakten wollen Herr Professor Wilfried Bos und sein Team nun auf eigene Faust im Februar 2009 veröffentlichen, wie er der „TAZ“ anlässlich der Veröffentlichung der IGLU-Bildungsergebnisse mitteilte.

(Zuruf von Frau Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

- Ich kann Ihnen nur sagen, Frau Erdsiek-Rave: Wenn Sie andere Erkenntnisse haben, ist es schade, dass Sie diese heute nicht vorgestellt haben. Wenn ein Bildungsforscher, der maßgeblich an den Arbeiten für IGLU beteiligt ist, sagt, er dürfe bestimmte Ergebnisse nicht veröffentlichen, und das unwidersprochen bleibt - mir ist kein Dementi der KMK bekannt -, so muss ich das, wie ich finde, vortragen. Das müssen wir zur Wahrheitsfindung einfach wissen.

(Angelika Birk)

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Das stimmt nicht!)

Nun kommen wir zu den **Konsequenzen**, die wir ziehen müssen. Leider hat es die KMK versäumt, den Bildungsgipfel zu nutzen. Sie hat auch nicht die jetzige Diskussion um die Finanzkrise genutzt, um ein konsequentes Bildungsprogramm als nachhaltige Konjunkturlilfe zu fordern. Wir fördern Spritfresser, anstatt in Bildung zu investieren. Ich danke Frau Bundesministerin Schavan, dass sie in den letzten Tagen wenigstens für die Hochschulen ihre Stimme erhoben hat.

Welche Konsequenzen sollen wir also ziehen? Die erste besteht darin, dass wir gemeinsam mit der Ministerin den Bund nach wie vor daran erinnern müssen, steht hinsichtlich der Bildung finanziell in der Pflicht.

Zweitens müssen wir uns für unser Land sehr genau mit den regionalen und geschlechtsspezifischen Ergebnissen fachöffentlich befassen, um gezielt zu Verbesserungen zu kommen.

Drittens müssen wir das **Recht** auf einen **Hauptschulabschluss** - das ist ja unser niedrigster Abschluss, der jetzt in neuen Schulformen erworben werden soll - und das Recht auf einen **Ausbildungsplatz** gesetzlich verankern, und zwar nicht durch ein Absenken der Standards, wie dies einige Bundesländer wollen - die Äußerungen der letzten Tage hierzu waren skandalös -, sondern durch einen besseren Start von Anfang an, schon im Kindergarten, und durch das Recht auf **kostenlose Schulförderung** auch über die Pflichtschulzeit hinaus. Eine Förderung, die nicht in Warteschleifen oder in Ein-Euro-Jobs der Arbeitsagentur endet, sondern tatsächlich in einem **Ausbildungsplatz**.

Die nächste Konsequenz besteht darin, dass wir den Schulen - ganz gleich, was auf dem Türschild steht, ob nun Regionalschule, Gemeinschaftsschule oder Gymnasium - die Ressourcen nach gerechten Parametern zuteilen. Wer mehr Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Schichten unterrichtet, wer mehr Kinder mit Handicaps integriert, braucht hierfür auch mehr **Geld**. Mit diesem **Umverteilungsprozess** wurde begonnen, aber leider gibt es auch den Gegentrend. Wo das Geld vorn und hinten nicht reicht, werden sogar Förderkurse zum Lesen-, Schreiben- und Rechnenlernen für jene, die es besonders schwer haben, wie auch Hausaufgabenhilfe in Ganztagsschulangeboten mancherorts kostenpflichtig. Das darf nicht sein.

Wir erwarten außerdem, dass sich die Konsequenzen nicht nur auf die Fächer beziehen, die bei PISA

getestet werden. Die sogenannten **Kernfächer** sind nicht allein das, was zu Intelligenz, zur Persönlichkeitsentwicklung, zur Sinnwahrnehmung und zum Bestehen in der Demokratie beiträgt. Wir brauchen gerade auch die **Förderung** in den musischen, in den sportlichen und in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern. Das gerät oft ins Hintertreffen, wenn nur noch die Jagd nach guten Testpunkten das Leben im Schulalltag bestimmt. Wir müssen vorsichtig sein, dass wir nicht im Hinblick auf gute Testergebnisse den Unterricht anders strukturieren, als er für die Kinder gut ist.

Wir erwarten, dass die Bildungsministerin zumindest die wenigen Konsequenzen, die wir aus dem Testergebnis ziehen, in den nächsten Monaten und Jahren verfolgt, dass wir den **Ganztagsunterricht** ausbauen, dass wir zu einer integrierten Lösung kommen und nicht zu einem Vormittagsunterricht und nachmittags irgendetwas. Das versteht sich von selbst. Hier ist uns das ganze Haus sehr viel mehr als früher gefolgt.

Wichtig ist für uns: mehr Bildungserfolg für **Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern**. Daran messen wir die PISA-Ergebnisse. Ich hoffe, dass sie das nächste Mal für unser Land besser ausfallen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erhält Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als praktizierende Großmutter bin ich froh darüber, dass meine Enkel in Dänemark und Schweden zur Schule gehen und nicht in Korea oder Japan. Das möchte ich einmal vorwegschicken.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit 2001 und dem Bekanntwerden der ersten PISA-Ergebnisse beschäftigen wir uns im Landtag mit der Leistung unserer Schülerinnen und Schüler. Bei dieser vorerst letzten PISA-Debatte möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, was eigentlich die Zielsetzung der **PISA-Studie** ist.

Erstens geht es um eine Rückmeldung zur **Qualität des Bildungssystems** und der Schulen des jeweiligen Landes. Zweitens geht es darum, einen Vergleich der **Leistungsfähigkeit** der Bildungssysteme

(Anke Spoorendonk)

zu ermöglichen. Drittens geht es darum, der Politik eine Grundlage zu liefern, um **Reformen** für das Schulsystem abzuleiten.

An dieser Zielsetzung wird deutlich, dass PISA ein politisches Instrument ist, ein Instrument, um Aussagen treffen zu können, inwieweit es Bildungssystemen gelingt, junge Menschen auf die Wissensgesellschaft vorzubereiten.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Lieber Kollege Kayenburg, international betrachtet ist die OECD kein politisch neutrales Instrument. Auch das darf man sich manchmal in Erinnerung rufen.

Mit den ersten Ergebnissen und dem darauf folgenden PISA-Schock in Deutschland wurde das Thema Schulbildung ins Bewusstsein der gesellschaftlichen Öffentlichkeit gerufen, und das finden wir gut so. Akteure und Betroffene führten eine leidenschaftliche Diskussion, die deutlich machte, dass die Interpretierbarkeit von **Bildungsdaten** keine Grenzen kennt. Die politische Ebene reagierte teils mit operativer Hektik, teils mit einem durchaus kritisch geführten Dialog für und wider das eigene Bildungssystem, eine Diskussion, die wir im Landtag zur Genüge geführt haben.

Der SSW setzt sich seit Jahren sowohl für eine **Veränderung der Schulstruktur** als auch der **Schulinhalte** ein. Für uns sind dies zwei Seiten derselben Medaille, und dabei bleiben wir. PISA hat deutlich gemacht, dass das dreigliedrige Schulsystem veraltet ist. Das kann man von 2001 bis heute belegen, dass das so ist. Die Einführung der **Gemeinschaftsschule** ist aus unserer Sicht daher zu begrüßen. Mit dieser Schulform erhöhen sich die Chancengleichheit unter den Schülerinnen und Schülern und die Reaktionsfähigkeit der Schulen auf aktuelle Herausforderungen.

Lieber Kollege Kayenburg, das ist die Pointe der Gemeinschaftsschule. Man hat eine Schule für alle und kann gezielt auf Veränderungen, auch Fördermöglichkeiten und neue Herausforderungen reagieren. Man braucht nicht erst abzuwarten, ob das Kind in die richtige Schublade gesteckt wird. Darauf kommt es letztlich an.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Lieber Kollege, das werden wir in der Mittagspause, wenn wir nichts anderes zu tun haben, diskutieren können.

Der faule Kompromiss der Großen Koalition mit der gleichzeitigen Einführung der **Regionalschule** und der verweigerten Modernisierung der Lehrerausbildung ist beklagenswert und nicht tragbar.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vor diesem Hintergrund weist der SSW noch einmal ganz deutlich darauf hin, dass eine Reform der Struktur auch mit einer Reform der Inhalte einhergehen muss. Kesselflickerei allein reicht nicht aus, wenn sich die Leistung unserer Schülerinnen und Schüler in Zukunft verbessern soll.

Schleswig-Holstein landete in den neusten PISA-Ergebnissen wieder im Mittelfeld. Der Kollege Kubicki lief daraufhin völlig aus dem Ruder und - wie der „Spiegel“ so passend titelte - punktete im Wettstreit um den dümmsten Vergleich mit der Nazizeit. Auch das will ich noch einmal sagen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Kollegin Herold gab dagegen Vorschusslorbeeren auf die in Schleswig-Holstein durchgeführte Schulreform, die aber mit den aktuellen PISA-Ergebnissen überhaupt nichts zu tun hat. Denn die Daten des aktuellen PISA-Tests sind im Frühjahr 2006 an den Schulen erhoben worden, und das neue Schulgesetz greift bekanntlich erst seit Anfang 2007. Ein Zusammenhang zwischen den Ergebnissen und den bereits realisierten Reformen lässt sich also nicht herstellen. Das ist auch das, was die Bildungsministerin zu Recht noch einmal hervorgehoben hat. Sie macht deutlich, dass die aktuellen Reformen erst mittel- und langfristig Erfolge zeigen werden.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wissen wir, ob sie Erfolge zeigen werden?)

- Natürlich werden sie Erfolge zeigen.

Darüber hinaus liegen die schleswig-holsteinischen Jugendlichen in ihrem Mathematik- sowie Lese- und Schreibverständnis mit 497 und 485 Punkten knapp unter dem **OECD-Durchschnitt** und in der Naturwissenschaft mit 510 Punkten knapp darüber.

Tatsache ist, dass im Leseverständnis die fünf nördlichsten Bundesländer am schlechtesten abschneiden. Dies ist jedoch nicht nur ein schulisches, sondern ein gesellschaftliches Problem.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

(Anke Spoorendonk)

Die Stiftung Lesen weist in Studien seit 1992 darauf hin, dass tendenziell immer weniger gelesen wird. Die Folgen mangelnder **Lesefähigkeit** zeigen sich dann auch in der Schule, und zwar in allen Fächern.

Aus Sicht des SSW ist es daher notwendig, sich das Umfeld der Jugendlichen anzuschauen. Wir brauchen einen Ausbau des Büchereiwesens und eine ganzheitliche Förderung der Lesekultur.

Nach wie vor stellt auch die **Gleichbehandlung von Mädchen und Jungen** eine besondere Herausforderung im schulischen Alltag dar. Das Gleiche gilt - wie wir wissen - auch für die Verbindung von schulischer Leistung und sozialer Herkunft. Hier liegt aber immer noch ein entscheidendes Handlungsfeld zur Sicherung von Bildungsgerechtigkeit und sozialer Ausgewogenheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise Sie noch einmal darauf hin, dass hier ein Hauptproblem des schleswig-holsteinischen Schulwesens liegt. Dies belegen auch die aktuellen Ergebnisse der **IGLU-Studie**: Die **Grundschule** wird in diesem Zusammenhang als einzige Gemeinschaftsschule in Reinform beschrieben, die international mit einem geschlossenen Leistungsbild ein hohes Niveau vorweist. Darum noch einmal: Der SSW setzt sich für eine konsequente Umsetzung der Gemeinschaftsschulen ein. Das will ich so stehen lassen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD] - Sylvia Eisenberg [CDU]: Das kann man so stehen lassen!)

- Ja, das ist so, das ist wirklich so. Liebe Kollegin Eisenberg, ich kann mich richtig darüber aufregen, dass wir nicht weitergekommen sind.

Wichtig ist auch, dass an der **Qualität** der Schulbildung weitergearbeitet wird. Es ist unverantwortlich, dass wir die Neustrukturierung und Anpassung der **Lehrerbildung** auf die lange Bank geschoben haben. Wir zweifeln an der Ernsthaftigkeit dieser Schulreform, wenn nach wie vor Lehrerinnen und Lehrer an den Hochschulen dieses Landes für Schularten ausgebildet werden, die es gar nicht mehr gibt. Ich kenne ja die Hintergründe dafür, dass das so ist, aber das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine Lehrerbildung, die nicht nur effiziente Fachdidaktik und elementare Inhalte thematisiert, sondern die außerdem den **Schulformen angepasst** ist. Es geht nicht nur um die Lehrerbildung, es geht auch darum, dass die Ressourcen

der Schulen über Menge und Art des Unterrichts entscheiden. Auch das haben wir hier in vielen Diskussionen miteinander debattiert. Auch das darf nicht aus dem Blick verloren werden.

Jetzt bin ich bei dem berühmten Blick über den Tellerrand und gucke einmal auf die Reaktion nördlich der Grenze hinsichtlich der letzten PISA-Studie. Richtig ist - wie die Ministerin auch angeführt hat -, dass **Dänemark** häufiger im Mittelfeld als auf den vorderen Plätzen landet.

(Dr. Henning Höppner [SPD]: Das erschreckt uns aber nicht!)

- Natürlich nicht. - Die Erklärung dafür liegt in den unterschiedlichen Wertesystemen, lieber Kollege Höppner. Die PISA-Studien zielen auf einen Typus von Bildung, der in Dänemark und Schweden höchst umstritten ist. Hier richtet sich der Unterricht nach einem ganzheitlichen Ansatz.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Da war doch Finnland an erster Stelle!)

- Ja, das wissen wir ja.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Sind die Finnen auch aus dem Nordischen Rat ausgeschlossen?)

- Nein, das sind sie nicht.

Bei der ersten PISA-Studie schnitten die dänischen Schülerinnen und Schüler sehr gut ab, wenn es darum geht, das eigene Lernen zu organisieren, das selbstständige Lernen hinzubekommen. Sie treten sehr selbstbewusst auf und freuen sich darüber, zur Schule zu gehen. Das ist meiner Meinung nach etwas, was Eltern gern wollen und von der Schule gefördert werden sollte. Eine demokratische Kultur, **soziale Kompetenzen** und persönliche Entwicklung sind genauso wichtig wie **kognitive Fähigkeiten**.

(Beifall beim SSW)

Nicht vergessen darf man dabei, dass es natürlich auch um Wissen geht. Daher haben die PISA-Ergebnisse auch in Dänemark zu Reformen und weitreichenden Diskussionen unter allen Beteiligten geführt.

An den Ergebnissen der **TIMSS-Studie**, an der Dänemark teilgenommen hat, sieht man, dass der Unterschied hinsichtlich der Mathematikkompetenz zwischen Jungen und Mädchen aufgehoben worden ist. Das heißt, die Mädchen haben aufgeholt, sodass es keinen Unterschied mehr gibt. Darüber lässt man sich nun in den Medien aus, und darüber wird jetzt

(Anke Spoorendonk)

diskutiert. Insofern denke ich, dass man sich an den eigenen Zielen orientieren sollte, und man sollte deutlich machen, was man eigentlich erreichen will.

Wir brauchen keine „Testeritis“ oder eine Kultur des „Teaching to the Test“. Wir brauchen kritische Analysen, und wir brauchen Einsatz, Transparenz und Engagement. Das sind die Herausforderungen an unser Schulwesen, und von daher sollten wir uns daran erinnern, worum es eigentlich geht. Es geht nicht in erster Linie um PISA, sondern darum, unser Schulwesen weiterzuentwickeln.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und menschlicher zu machen!)

- Ja, natürlich geht es auch darum, das Schulwesen menschlicher zu machen. Es geht aber auch darum, Fähigkeiten zu generieren und das Wissen zu vermitteln. Es geht auch darum, dass wir gut ausgebildete junge Leute brauchen. Wir brauchen aber kein Schulwesen wie in Japan.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 16/2341 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. - Weitere Anträge liegen nicht vor.

Ich wünsche Ihnen jetzt einen guten Appetit und unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 13:22 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Ich eröffne wieder die Sitzung. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich auf der Tribüne sehr herzlich Schülerinnen und Schüler der Integrierten Gesamtschule Neumünster und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der EMSR-Technik Brunsbüttel begrüßen. - Seien Sie uns sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Links von mir sehen Sie ein neues Gesicht als Schriftführerin. Ich möchte bekannt machen, dass auf Wunsch der SPD-Fraktion nach § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung Frau Abgeordnete Siegrid Tenor-Alschausky von mir zur stellvertretenden Schriftführerin bestellt wird. Dies geschieht in An-

betracht der Tatsache, dass wir davon ausgehen, dass Frau Ulrike Rodust dieses Amt wegen anderer wichtiger Tätigkeiten nicht mehr wird ausüben können.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Unwirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2351

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! In Schleswig-Holstein sollen mehrere große Kohlekraftwerke neu gebaut werden.

(Beifall bei der CDU)

Damit würden die **Treibhausgasemissionen** im Lande vervierfacht. Das ist nicht nur in Schleswig-Holstein so, sondern auch auf Bundesebene, auf der circa 30 neue Kohlekraftwerke geplant werden, genehmigt sind oder sich im Bau befinden. Diese würden im Jahr circa 180 Millionen t CO₂ emittieren. Schleswig-Holstein würde dazu 18 Millionen t beitragen. Mit der Realisierung dieser Projekte ist die Klimaschutzpolitik in Deutschland beendet.

Gleichzeitig - und das ist der Hintergrund unseres Antrages - wird die **Wirtschaftlichkeit** neuer kohlebefeuerter Kondensationskraftwerke immer fragwürdiger. Dabei spielen mehrere Faktoren eine Rolle. Die Verfügbarkeit von neuen Kraftwerksanlagen ist begrenzt, die **Preise für Kraftwerke** steigen daher enorm an; in den letzten drei Jahren um 25 %. Die **Kohlepreise** ziehen ebenfalls enorm an. Hier hat es in den letzten zwei Jahren eine Verdoppelung gegeben. Herr Minister, zurzeit gibt es eine Entspannung, aber wenn man genau hinsieht, dann ist die Degression der Preise, die wir zurzeit beobachten können, weit entfernt und somit nicht vergleichbar mit der Degression, die wir zum Beispiel im Ölpreisbereich sehen.

Die **Preise für Zertifikate im Treibhausgashandel** sind schwer zu kalkulieren. In Zukunft werden die Zertifikate jedenfalls nicht mehr verschenkt

(Detlef Matthiessen)

werden. Der Bundesumweltminister redet von einer 100-prozentigen Versteigerung. Die **Auslastung** der Kraftwerke steht infrage. Die Laufzeiten werden nämlich durch den Vorrang für Strom aus erneuerbaren Energien - aus der Kraft-Wärme-Kopplung - eingeschränkt. Das unterstreicht auch eine neue Untersuchung der Universität Flensburg, die die Wirtschaftlichkeit der geplanten Investitionen am Standort Brunsbüttel verneint. Sie ist auch begründungsgleich mit dem Gutachten, das für Kiel erstellt wurde.

(Unruhe)

Auch dort wurde gesagt, dass die Kohlekraftwerke ihre Laufzeiten nicht erreichen können,

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Dr. Garg, bitte!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

weil die Netze - um es volkstümlich auszudrücken - durch einen mit Vorrang geregelten Strom verstopfen und damit für Kohlestrom nicht zur Verfügung stehen.

Die Klimakiller sind also nicht wirtschaftlich. Was für die Mark galt, gilt auch für den Euro, man kann ihn nicht zweimal ausgeben. Geld muss daher in erneuerbare Energien und nicht in Kohle investiert werden, sonst sieht es für den Klimaschutz kohlrabenschwarz aus. Privates und erst recht öffentliches Geld darf nur für zukunftsfähige Technik ausgegeben werden. Offensichtlich sieht der Bundesumweltminister dies genauso. Ich darf aus der „TAZ“ vom 27. November 2008 zitieren:

„Energiekonzerne können auf Geld vom Staat für neue Kohlekraftwerke hoffen. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) erklärte am Mittwoch auf der 3. Klimakonferenz des Energiekonzerns EnBW, dass ein Teil der künftigen Einnahmen aus dem Emissionshandel als Beihilfe für den Bau neuer Anlagen genutzt werden solle. Die rechtlichen Voraussetzungen auf EU-Ebene müssten jetzt in Brüssel geschaffen werden, sagte Gabriel.“

Das ist eine gewagte Übung von diesem Konzern.

„Der Minister verwies zur Begründung auf dramatisch gestiegene Anlagenpreise, die die Energiekonzerne vor Investitionen in Kraftwerke zurückschrecken ließen.“

Ich sage aus grüner Sicht: Wat'n Glück.

„Selbst wenn sie in Zukunft alle zur Stromproduktion benötigten CO₂-Verschmutzungsrechte ersteigern müssen, wäre der weitere Betrieb alter und weniger effizienter Anlagen billiger als der Bau eines neuen Kohlekraftwerkes.“

- Hört, hört, sagt man im parlamentarischen Sprachgebrauch.

Der sogenannte Bundesumweltminister will also den **Bau von Kohlekraftwerken subventionieren**. Dabei sollen ausgerechnet die Mittel eingesetzt werden, die eigentlich zur Eindämmung der Treibhausgasemissionen gedacht sind. Das sind die **Einnahmen** aus dem **Emissionshandel**. Die Kohlebegeisterung des sogenannten Umweltministers kennt offensichtlich keine Grenzen, nicht einmal die der marktwirtschaftlichen **Rentabilität**. Wenn Dreckschleudern im Wettbewerb nicht mithalten können, dann sollten sie auch nicht gebaut werden. Einnahmen aus dem Emissionshandel als Subventionen für Kohlekraftwerke zu verbrennen - das kann nur einem Minister des Landes Absurdistan einfallen.

(Johannes Callen [CDU]: Ohne Subventionen würde es auch keine Windenergie geben!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Bitte kommen Sie zum Schluss, Herr Kollege.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren, Kohlekraftwerke sind nicht wirtschaftlich. Billiger Kohlestrom ist ein Märchen. Selbst wenn Kohlestrom verschenkt würde, dürften wir aus klimapolitischer Sicht davon keinen Gebrauch machen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herr Abgeordneten Matthiessen. Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Manfred Ritzek das Wort.

(Claus Ehlers [CDU]: Rück das mal gerade!)

Manfred Ritzek [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der „Grün-Alternativen Liste“ folgt weiter dem bisherigen Ziel, einen Keil zwischen hochwirkungsvolle Kohlekraftwerke und regenerative Energien zu treiben. Ich will gleich mit einer

(Manfred Ritzek)

Aussage des Kollege Matthiessen beginnen, auf die ich eigentlich später kommen wollte. Diese ist absolut falsch, aber Sie benutzen sie immer wieder. Diese Aussage haben Sie auch in Ihren Pressemitteilungen gemacht. Wenn 30 neue oder geplante oder in Bau befindliche Kohlekraftwerke in Deutschland 180 Millionen t **CO₂-Ausstoß** verursachen, dann bedeutet das 6 Millionen t pro Kraftwerk. Diese Zahl ist falsch. Es sind nur etwa 4 Millionen t. Sie sagen, dann sei die Klimaschutzpolitik beendet.

Ich habe Sie auf dem Symposium in Berlin vermisst, als Bundesumweltminister Gabriel den 500 Teilnehmern klarmachte, was es in Bezug auf den **CO₂-Ausstoß** bedeutet, ein **modernes Kohlekraftwerk** zu bauen. Sie, Kollege Schulze, waren auch dabei. Sie hätten das auch vorbringen können. Ich will Ihnen das noch einmal erklären. Wir haben durch den Emissionshandel in Deutschland festgelegte **Emissionsgrenzen**. Für den Zeitraum 2008 bis 2012 sind das 453 Millionen t pro Jahr. Das ist eine festgelegte Menge, die nicht überschritten werden darf. Das gilt für 1.665 Unternehmen in Deutschland, für Industriebetriebe und für Kraftwerke.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Potztausend!)

Wenn ein neues Kraftwerk oder ein neuer Industriebetrieb dazukommt, mit einem **CO₂-Ausstoß** über 25.000 t pro Jahr - nur die sind angesprochen -, dann müssen alte Anlagen dichtgemacht werden. Wenn also 30 neue Kraftwerke geplant oder gebaut werden, die 180 Millionen t verursachen, müssen entsprechend alte Kraftwerke mit dieser Menge dichtgemacht werden, sonst können die nicht „on steam gehen“. Das müssten Sie doch eigentlich wissen, Herr Kollege Matthiessen. Das ist doch eine ganz konkrete Aussage, die Wissensbestand aller verantwortlichen Leute ist, die mit Energiepolitik zu tun haben.

(Beifall bei der CDU)

Von den in Berlin anwesenden 500 Teilnehmern bei diesem Symposium wussten das vielleicht 20. Ich bin stolz genug zu sagen, dass ich das auch wusste.

(Beifall bei CDU und SPD - Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Von den restlichen 480, die Umweltminister Gabriel versuchte zu überzeugen, haben das - so meine ich - auch die meisten verstanden.

(Konrad Nabel [SPD]: Nein!)

Das glaube ich jedenfalls. Ich würde Sie wirklich bitten nachzulesen und sich zu erkundigen, auf welcher Basis von falschen Fakten Sie reden, wenn Sie meinen, dass damit die Klimaschutzpolitik beendet ist. Nein, ganz im Gegenteil: Das **Klimaziel** von Deutschland, nämlich eine **Reduktion der CO₂-Emissionen** um 20 % bis zum Jahr 2020 verglichen mit 1990 wird damit in keinsten Weise gefährdet, sondern ganz im Gegenteil erreicht. Das ist gerade die Aussage der festgezurrten Mengen von 453 Millionen t pro Jahr, die übrigens in der Periode 2007 bei 482 Millionen t lagen. Das ist also schon eine deutliche Verbesserung.

Sie sprechen von einer **Untersuchung der Universität Flensburg**. Das ist keine Untersuchung. Professor Hohmeyer hat eine Diplomarbeit an eine junge Studentin vergeben.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Der Titel dieser Diplomarbeit lautet: Die Auswirkungen von Kohlekraftwerken auf die Windenergie oder umgekehrt.

Wenn Sie eine von Professor Hohmeyer vergebene Diplomarbeit als Maßstab für die Investition eines Großkraftwerkes anlegen, möchte ich Ihnen raten, die Überprüfung der Investitionen den Anlagebauern zu überlassen, die etwas von Investitionsparametern verstehen und die die Verantwortung dafür übernehmen. Tun Sie doch nicht so, als ob hier eine große Arbeit verfasst worden ist, die Basis für die Entscheidung für oder gegen ein neues Kraftwerk sein kann.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Ich will die Diplomarbeit gar nicht bewerten. Professor Hohmeyer hat sicherlich seinen eigenen Standard und auch sein eigenes Ziel mit der Vergabe dieser Diplomarbeit verfolgt.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Ritzek, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Manfred Ritzek [CDU]:

Nein, lieber nicht, weil ich durch meine Erkältung nicht so gut hören kann.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie können mich ja anschreiben, ich gebe Ihnen dann die Antwort.

(Manfred Ritzek)

Auch wenn Sie die Diplomarbeit einmal durchguckt haben - ich nehme an, Sie haben es getan -, weiß ich nicht, ob Sie sie verstanden haben. Ich glaube nicht, dass Sie alle Formeln, alle Gleichungen und alle Grafiken verstanden haben. Das traue ich einem Veterinärmediziner nicht zu. Haben Sie die Arbeit?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] hält ein Schriftstück hoch - Heiterkeit)

- Da ist sie ja.

Auf jeden Fall ist die Diplomarbeit so einseitig ausschließlich auf die Vorteile der Windenergie ausgelegt - ohne Beachtung der Vorteile der Kohlekraftwerke -, dass man Angst haben muss, dass diese Diplomarbeit jetzt als Forschungsergebnis einer Universität bezeichnet wird.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Manfred Ritzek [CDU]:

Ich hätte einen anderen Vorschlag: Man sollte sagen „Vorteile und Risiken der Windenergie und der Kohleenergie“. Das wäre der richtige Titel, darüber können wir sprechen. Überlassen Sie die Entscheidung zwischen Ja oder Nein den Investoren, und bitte treiben Sie keinen Keil zwischen regenerative Energien und Kohlekraftwerke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Olaf Schulze.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen heute vor großen Herausforderungen für die Zukunft. Auf der einen Seite müssen wir eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik betreiben, und auf der anderen Seite brauchen wir, trotz steigender Rohstoffpreise, für die Menschen und Unternehmen in unserem Land **bezahlbare Energie**.

Vor 20 Jahren wurde die ökologische Modernisierung **durch sozialdemokratische Regierungspolitik begonnen**. Damals gab es viele Skeptiker, die inzwischen ruhiger geworden sind. Die Notwendigkeit einer ökologischen Modernisierung hat alle Köpfe erreicht. Dies galt in der Vergangenheit vor

allem für die Windenergie. Als wir 1988 anfangen und die Grundlagen für den Ausbau der Windkraft legten, glaubte niemand an den heutigen Erfolg, den wir durch einen klaren Kurs erreicht haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Eine ähnliche Situation haben wir heute bei der Frage der **Zukunft der Kohlekraftwerke** in der Energiepolitik. Es wird zurzeit viel über zukünftig **unvermeidbare Lücken in unserer Energieversorgung** gesprochen, wenn - wie vereinbart - die Atomkraft entfällt und auch die Kohlekraft nicht mehr erneuert beziehungsweise ausgebaut werden soll. Die erneuerbaren Energien könnten angeblich alleine diese Lücken nicht schließen.

Dieser Denkansatz ignoriert einerseits die gewaltigen **Potenziale**, die in der Energieeinsparung und Energieeffizienz noch nicht erschlossen sind, und basiert andererseits auf einem Denken, das Entwicklungen der Vergangenheit einfach in die Zukunft hochrechnet. Hier brauchen wir mehr Mut und Visionen für eine auf erneuerbare Energien gestützte Entwicklung, die dann Schritt für Schritt in der Politik und in der Wirtschaft umgesetzt werden muss. Nur so können wir die Folgen einer weiter auf die Nutzung der Kohle setzenden Energiepolitik vermeiden.

Bis 2012 sind zurzeit **27 neue Kohlekraftwerke in Deutschland geplant**. Aber wenn wir wirklich in dieser Dimension Kohlekraftwerke mit einer Laufzeit von circa 50 Jahren bauen würden, hätten wir eine Gesamtkapazität von 25.000 MW, die die Atmosphäre mit **151 Millionen t** Kohlendioxid dauerhaft belasten. Das ist anderthalbmal so viel wie der Kohlendioxidausstoß des gesamten Verkehrssektors. Die deutschen Klimaschutzziele von 40 % CO₂-Einsparung bis 2020 und 80 %, Herr Kollege Ritzek, bis 2050 sind so nicht zu erreichen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese „Kohlehandschellen“ dürfen wir uns auf dem Weg in eine wirtschaftliche, ökologische und soziale Energiezukunft nicht selber anlegen.

In diesem Zusammenhang taugt auch der Hinweis auf eine in Zukunft vielleicht mögliche **CO₂-Abscheidung** in Kohlekraftwerken nicht als Begründung für neue Kohlekraftwerke. **CO₂-Abscheidung** wirft schon jetzt mehr Fragen auf als sie Lösungen anbietet. Ungelöste Fragen und umfangreicher Forschungsbedarf bestehen bei der geologischen Speicherung von CO₂, der Nutzungskonflikte und ihrer Bewertung, fehlender Regulierungsrahmen und der

(Olaf Schulze)

zu erwartenden Akzeptanzdiskussion. Die CCS-Technologie wird - so oder so - nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen, wenn die in Deutschland selbst gesetzten Klimaziele erreicht werden sollen. Dieser sehr teure Forschungsirrweg sollte möglichst rasch beendet werden.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stritzl?

Olaf Schulze [SPD]:

Nee, heute nicht.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Es wird Weihnachten!

Olaf Schulze [SPD]:

Die im Antrag der Grünen zitierten Ergebnisse der Universität Flensburg lassen für mich nur den Schluss zu, dass auch heute schon absehbar **neue Kohlekraftwerke nicht wirtschaftlich** sein können. Ökologisch ist Kohlekraft - mit oder ohne CO₂-Abscheidung - nicht verantwortlich und angesichts der durch den Kohleabbau bereits vorhandenen und zu befürchtenden Schäden für viele Menschen in ihrem Wohnumfeld auch unsozial.

Jeder Cent, der in den Ausbau der Kohlekraft gesteckt wird, fehlt bei der Finanzierung zukünftiger Aufgaben der **Energieeffizienz** oder der **erneuerbaren Energien**. Dies sollte auch den Verantwortlichen in Brunsbüttel deutlich sein. Unsere politische Zusage für den Standort Brunsbüttel steht, die letztendliche Entscheidung wird aber am Standort zu treffen sein.

Ich beantrage, den Antrag in den Wirtschafts- sowie in den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Schulze. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Kollege Matthiessen, ich finde Ihren

Antrag mehr als merkwürdig. Wenn es nach Ihnen geht, soll der Landtag feststellen, erstens, dass wissenschaftliche Untersuchungen von neu zu errichtenden Kohlekraftwerken in Brunsbüttel nahelegen, dass deren Wirtschaftlichkeit nicht gesichert ist; zweitens, dass der Neubau von Kohlekraftwerken in Brunsbüttel keine Gewinne auslöst; drittens, dass die Gemeinde Brunsbüttel in diesem Fall aus der Ansiedlung von Kohlekraftwerken keine Gewerbesteuererinnahmen erzielen wird und viertens, dass das Land entsprechend nicht von der Gewerbesteuerumlage profitieren wird. Ich will zu den einzelnen Punkten wie folgt Stellung nehmen.

Erstens. Es gibt ein Gutachten, das feststellt, dass die **Wirtschaftlichkeit** von neuen **Kohlekraftwerken in Brunsbüttel** nicht gesichert sein könnte. Das ist eine Tatsache, das brauchen wir nicht festzustellen. Es gibt dieses Gutachten. Wir müssen ja schließlich auch nicht feststellen, dass der Tag 24 Stunden hat. Das ist schlichtweg so.

Zum Zweiten: Lieber Kollege Matthiessen, der Neubau von Kraftwerken erzielt nie **Gewinne für den Betreiber**, sondern höchstens für den Bauunternehmer. Was der Kollege Matthiessen in seinem Antrag möglicherweise sagen möchte, ist der Betrieb der Anlage. Dieser Punkt wäre also zumindest einmal sprachlich nachzubessern.

Punkt drei: Ob Brunsbüttel in der Zukunft keine **Gewerbesteuererinnahmen** aus dem Betrieb der neuen Kohlekraftwerke erzielen wird, können wir heute überhaupt nicht feststellen. Das wird schlichtweg die Zeit zeigen. Ich denke auch, Kollege Matthiessen kann sich noch so oft in sein Feld vor eine Glaskugel setzen, und er wird trotzdem keine sichere Voraussage darüber treffen können, ob und wie künftige Gewerbesteuererinnahmen in Brunsbüttel ausfallen werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Viertens. In der Frage der **Gewerbesteuerumlage** gilt das Gleiche wie für die Gewerbesteuererinnahmen bei der Gemeinde Brunsbüttel. Ob hier künftig Mittel fließen werden, können wir heute nicht feststellen und können wir auch nicht beschließen. Das werden wir schlichtweg im Laufe der Zeit sehen. Aber eines können wir mit Sicherheit feststellen: Wenn wir gar keine Kraftwerke mehr errichten, wird es mit Sicherheit keine Gewerbesteuererinnahmen aus diesen Kraftwerken geben. Das ist zumindest sicher.

(Beifall bei FDP und CDU)

(Dr. Heiner Garg)

Kurzum, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag ist so formuliert, dass er bei uns auch bei mehrmaligem Lesen, auch zusammen mit meinem Fraktionsvorsitzenden, weil ich mich gefragt habe, ob ich ihn richtig verstanden habe, nicht den Eindruck hinterlassen hat, das er eine beratungsfähige Basis ist und in irgendeiner Art und Weise zur Sachdiskussion taugt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Lieber Kollege Matthiesen, eigentlich müsste man das Ding gar nicht so ernst nehmen, wenn es nicht darum ginge, dass Sie mit Ihrem Antrag eigentlich den **Kommunalpolitikern** schlichtweg das Engagement und die Kompetenz absprechen. In diesem Land - das will ich Ihnen deutlich sagen - gibt es viele engagierte Kommunalpolitiker, die in eigener Verantwortung Entscheidungen für ihren Standort zu treffen haben. Dazu sind sie gewählt. Die Vertreter der Gemeinde Brunsbüttel haben sich dafür entschieden, dass Brunsbüttel Standort für neue Kohlekraftwerke sein soll. Ich sage Ihnen ganz klar: Es steht uns als Landtag und es steht auch Ihnen nicht zu, hier besserwisserisch von oben herab den Brunsbüttelern zu sagen, dass ihre Entscheidung eine unwirtschaftliche und eine falsche war.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich gehe davon aus, dass sich jeder Gemeindevertreter vor Ort ernsthafter mit dieser Thematik beschäftigt hat als Sie, lieber Kollege Matthiesen.

Das Gleiche gilt für die in Ihrem Antrag vorgenommene **Einmischung** in die Führung von **Wirtschaftsbetrieben**, hier der Energieproduzenten. Die Wirtschaftsbetriebe, also die Energieproduzenten, müssen selbst entscheiden, ob der Bau neuer Kohlekraftwerke für sie eine sinnvolle Investition darstellt oder nicht. Das ist unternehmerisches Risiko.

(Beifall bei FDP und CDU)

Auch hier glaube ich, dass sich die dortigen Fachleute im Zweifel besser mit dem Thema beschäftigt haben als Sie.

Ich möchte allerdings auf die in Ihrem Antrag ange deutete Problematik eingehen, weil ich finde, dass die Feststellung des auch von der FDP-Fraktion sehr geschätzten Professor Hohmeyer von der Universität Flensburg nicht in Ihrem plump gestrickten Antrag untergehen sollte.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Erlauben Sie eine Frage des Abgeordneten Matthiesen? Sie holen keine Luft, deshalb kriege ich es nicht gefragt.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ich hätte es trotzdem höflich von Ihnen gefunden, wenn Sie mich den Satz zu Ende hätten formulieren lassen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Da haben Sie recht. Ich habe meine Not erklärt. - Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Matthiesen?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Selbstverständlich, Frau Präsidentin!

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Wunderbar. Die Zeit wird gestoppt.

Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie erklären Sie sich denn die Initiative des Bundesumweltministers, wenn alles privat finanziert werden soll, dass er eine Not sieht und jetzt öffentliche Subventionen für den Neubau von Kohlekraftwerken ankündigt?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Kollege Matthiesen, da Sie noch nicht einmal den Unterschied zwischen dem Bau eines Kraftwerks und dem Betrieb eines Kraftwerks verstanden haben, wie Sie in Punkt 2 Ihres Antrages dokumentieren, lohnt es sich ja wohl kaum, auf Ihre Frage ernsthaft zu antworten.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde, dass Herr Professor Hohmeyer mit seiner These so plump in Ihrem Antrag untergeht, hat weder er noch die Diplomarbeit verdient, von der Sie gesprochen haben. Im Übrigen, Kollege Ritzek, da bin ich anderer Meinung als Sie. Auch eine Diplomarbeit ist natürlich eine wissenschaftliche Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

Die dort angeführte Problematik der nicht ausreichenden **Kapazitäten** der **Stromnetze** ist ja richtig. Die angeführte Problematik hängt eng mit den begrenzten Aufnahmemöglichkeiten der bestehenden

(Dr. Heiner Garg)

Stromnetze zusammen. In der Tat hat natürlich Strom aus Windkraftanlagen bei der Einspeisung in die Netze Vorrang vor Strom aus Kohlekraftanlagen. Wenn die Kapazitäten der bestehenden Netze nicht ausreichen, um die produzierten Strommengen aufzunehmen, dann müssen wir den Ausbau der Netze angehen.

(Beifall bei der FDP)

Abschließend lassen Sie mich Folgendes festhalten. Auch die FDP-Fraktion ist für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien, und sie genießen bei uns Vorrang, Vorrang auch vor Kohlekraftwerken. Aber es macht aus klimapolitischen Gründen Sinn, wenn ein neues Kohlekraftwerk mit geringeren CO₂-Emissionen ein altes Kraftwerk ersetzt. Wir sehen uns darin einig, lieber Kollege Matthiessen, mit dem neuen Bundesvorsitzenden der Grünen, Herrn Cem Özdemir, der genau diese These vertritt und in Ihrer Partei dafür streitet.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Das Wort für den SSW im Landtag hat der Herr Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatten der letzten Monate um die zukünftige Energieversorgung und den Klimaschutz haben gezeigt, dass wir beides nicht unabhängig voneinander betrachten können. Dabei ist immer wieder deutlich geworden, dass wir von den **fossilen Energieträgern** wegkommen müssen. Darin sind wir uns, glaube ich, auch alle einig. Für den SSW steht fest, dass das langfristige Ziel die komplette Versorgung aus regenerativen Energien ist. Bis es jedoch soweit ist, müssen die Weichen entsprechend gestellt werden. Hierzu gehören deshalb auch die Steigerung der Energieeffizienz und die Energieeinsparung.

Die ausschließliche Nutzung von **regenerativen Energien**, von Wind, Wasser, Sonne und Biomasse, ist die Herausforderung der Zukunft. Hierfür ist es notwendig, das Stromnetz, das heute noch zentral ausgerichtet ist, umzustrukturieren und so umzubauen, dass die dezentralen Energieträger erschlossen werden können und der Strom eingespeist und weitergeleitet werden kann. Erzeugung, Verteilung und Verbrauch werden somit in Zukunft zu einer dezentralen Versorgungseinheit.

Für Schleswig-Holstein ist insbesondere die **Windenergie** von maßgeblicher Bedeutung. Schleswig-Holstein ist ein Windland. Wir haben das Know-how, und unsere Wirtschaft wird weiter davon profitieren. Die Produktion von Windstrom gerade im Offshore-Bereich birgt enorme Potenziale. Damit können wir es schaffen, Lieferant von Strom aus regenerativen Energieformen zu werden, sobald die Offshore-Windparks den Strom produzieren und dieser entsprechend transportiert wird.

Aber nicht nur aus energiepolitischen Gründen wird die Windenergie für Schleswig-Holstein die Energieform der Zukunft. Auch aus Gründen des Klimaschutzes wird Offshore-Windkraft ein wichtiger Baustein der künftigen Energieversorgung sein.

Aber bis es soweit ist, kommen wir um einen **Mix** aus regenerativen und fossilen Energieformen nicht umhin. In diesem Punkt verabschieden sich die Grünen jedoch von der Wirklichkeit. Es wird so getan, als ob der Sprung aus dem Atomzeitalter ins Zeitalter der regenerativen Energien ohne Weiteres machbar ist. Für eine Übergangszeit brauchen wir aber diesen Mix, und dabei kommen wir um Kohle nicht herum. Aus Sicht des SSW ist Gas keine Lösung, zum einen, weil wir uns in eine Abhängigkeit begeben, die politisch fragwürdig ist, und zum anderen, weil heute Braun- und Steinkohlekraftwerke rund 50 % der Stromgewinnung ausmachen, und diesen Bedarf können wir auch nicht mit Gaskraftwerken decken. Der Bedarf an Gas wäre unerschwinglich hoch.

Daher bleibt nur die Möglichkeit, auf Kohlekraftwerke zu setzen. Natürlich ist Kohle auch ein endlicher Rohstoff, aber im Gegensatz zu dem vorher genannten Energieträger ist Kohle weltweit vorhanden, und, was wichtiger ist, wir haben sie im eigenen Land. Damit ist zumindest eine gewisse Verfügbarkeit erst einmal sichergestellt.

Wir halten aber daran fest: **Kohle** ist nur eine **Übergangslösung**. Wenn wir uns politisch dazu bereit erklären, diesen Weg der mittelfristigen Energieversorgung zu gehen, dann nur, wenn wir gleichzeitig eine Ausstiegsstrategie für die Kohle festlegen, vergleichbar mit dem Atomausstieg.

Darüber hinaus brauchen wir ein **bundesweit** abgestimmtes **Konzept**, wie und wo neue Kohlekraftwerke in der Bundesrepublik gebaut werden und welche alten Kraftwerke dafür abgeschaltet werden. Dies haben wir auch vor einiger Zeit hier im Landtag beantragt, aber die Koalitionsfraktionen wollten diesen Weg nicht mitgehen. Wenn wir über den Bau eines neuen Kohlekraftwerks in Schleswig-

(Lars Harms)

Holstein sprechen, dann kann dies nur, wenn überhaupt, in **Brunsbüttel** sein. Denn dort haben wir die entsprechende Infrastruktur, die dies überhaupt möglich macht. Jeder andere Standort in Schleswig-Holstein kommt aus Sicht des SSW nicht infrage.

Was nun den Antrag der Grünen angeht, ist festzustellen, dass er nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat. Auch wenn er sich auf wissenschaftliche Untersuchungen gründet, haben wir jedoch keine Handhabe, den Bau eines Kohlekraftwerks zu verhindern. Wenn alle planungs- und baurelevanten Vorgaben erfüllt sind, kann der Bau eines Kraftwerks nicht versagt werden. Die Grünen hätten bei ihrem Antrag an die Erfahrungen aus Hamburg denken müssen, wo eine grüne Umweltsenatorin nun den Bau eines Kohlekraftwerks nach Recht und Gesetz genehmigen muss, und das ist auch so in Ordnung.

Die Landesregierung nun zu bitten, auf den Investor dahingehend einzuwirken, dass die Planungen zum Neubau der Kohlekraftwerke eingestellt werden, falls sich dies wirtschaftlich nicht tragen sollte, ist kein Hinderungsgrund. Dies ist eine Entscheidung, die der Investor treffen muss.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja!)

Ich glaube, dass mögliche Bedenken gegen ein Kohlekraftwerk vom Investor im Vorfeld entsprechend abgeklärt werden. Was bleibt, ist die Tatsache, dass wir ein Übergangs- und Ausstiegskonzept brauchen. Insoweit sind wir wegen der Handlungsunfähigkeit der Großen Koalition keinen Schritt weitergekommen, und das schadet dem Klima mehr als alles andere.

(Beifall beim SSW - Jürgen Weber [SPD]:
Für den letzten Satz hätte ich geklatscht!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Für die Landesregierung hat nun der Herr Wirtschaftsminister Dr. Werner Marnette das Wort.

Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden über eine Diplomarbeit, die zu dem Ergebnis kommt, die **Netzkapazitäten** seien für Strom aus den Kohlekraftwerken und Windenergieanlagen in Brunsbüttel nicht ausreichend ausgebaut, und dies werde die Wirtschaftlichkeit der Kohlekraftwerke verhindern.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja, das steht darin!
Genau!)

Bei einer unkritischen Betrachtung der zukünftig installierten Erzeugungs- und Netzkapazitäten in Schleswig-Holstein und speziell im **Raum Brunsbüttel** ist eine solche Schlussfolgerung im theoretischen Extremfall durchaus richtig.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja!)

Ich freue mich im Übrigen, dass sich junge Menschen mit dem Thema der Energieversorgung, einem zentralen Thema unseres Jahrhunderts, auseinandersetzen. Festzuhalten bleibt aber auch: Angesichts der politischen Tragweite der Energiedebatte bedarf es vielleicht doch anderer Quellen und Bezugspunkte als der Diplomarbeit einer einzelnen Studentin.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [FDP])

Von dem betreuenden Professor hätte ich zudem eine fundiertere Betrachtungsweise erwartet. Denn, meine Damen und Herren, die These der Arbeit beruht - das muss ich leider in aller Deutlichkeit sagen - auf unrealistischen Annahmen. Die in Brunsbüttel **geplanten Kohlekraftwerke** sind im Rahmen bestimmter Annahmen hinsichtlich der Investition, hinsichtlich der Betriebs- und Reparaturkosten, hinsichtlich der Anlagenverfügbarkeit sowie hinsichtlich der Stromerlöse eindeutig wirtschaftlich.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sonst würden sie nicht gebaut werden!)

Andernfalls wäre wohl kein **Investor** bereit, das milliardenschwere Investitions- und Betriebsrisiko zu übernehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich persönlich kann die **Wirtschaftlichkeit** bestätigen, da ich in meiner früheren Funktion jeweils ein Kohlekraftwerk und ein Müllkraftwerk geplant habe. Ich bin gern zu Unterrichtungen privatissime bereit.

Ich habe die Sorge, dass die angesprochene Diplomarbeit lediglich als willkommener Vorwand genommen wird, um über eine Diskussion um Netzkapazitäten die Kraftwerke in Brunsbüttel auszubremsen und die Investoren zu verunsichern.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Eine ähnliche Strategie wie in **Hamburg** ist hier deutlich zu erkennen. Ich erinnere daran, dass es die klare Absicht der Grünen in Hamburg ist, das Kraftwerk Moorburg über den Hebel eines Wärme-

(Minister Dr. Werner Marnette)

lastplans und damit auch über reduzierte Betriebszeiten wirtschaftlich zu gefährden. In eine solche Situation dürfen wir in Brunsbüttel nicht kommen. Sonst stehen wir nachher ohne eine Investition da.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das muss ein ganz klares Signal sein. Eine Betrachtung der Investitionskosten im Verhältnis zu den geschaffenen Arbeitsplätzen, wie sie heute Morgen angestellt wurde, erscheint darüber hinaus wenig sinnvoll und ist in ihrer Konsequenz einfach zu kurz gesprungen. Man muss natürlich die großen volkswirtschaftlichen Effekte eines Kraftwerks berücksichtigen, die durch eine hohe Zahl an in der Wirtschaft indirekt Beschäftigten und auch zum Nutzen unserer Bürgerinnen und Bürger erzielt werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir wegen der Bedeutung des Themas noch einige generelle Anmerkungen.

Durch den Ausstieg aus der Kernenergie und die altersbedingte Stilllegung von Kohlekraftwerken laufen wir ab Mitte des nächsten Jahrzehnts - ich bin bereit, das zu belegen - sehenden Auges in eine **Stromversorgungslücke**, auch in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU)

Hieran wird auch das sehr erfolgreiche Bemühen um Energieeinsparung nichts ändern. Ein weiterer dramatischer Anstieg der Strompreise ist längst vorprogrammiert.

(Konrad Nabel [SPD]: Lesen Sie bei Ihrem Vorgänger nach!)

Das **Stromangebot** wird sich verknappen, und als Ersatz für die wegfallende klimafreundliche Kernenergie müssen für die fossile Stromerzeugung Emissionszertifikate zugekauft werden. Daher muss der Gefahr entgegengetreten werden, dass sich der **Emissionshandel** zum Strompreistreiber und zur Hürde für den Neubau von Kohlekraftwerken entwickelt.

(Beifall bei der CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Emissionshandel abschaffen, aha!)

Ein beachtlicher Teil der **Treibhausgase** entsteht zweifellos bei der Energieerzeugung. Deshalb muss nach Wegen zur **Vermeidung von Emissionen** gesucht werden. Moderne Kohlekraftwerke, wie sie in Deutschland betrieben beziehungsweise für Bruns-

büttel geplant werden, mit Wirkungsgraden von über 45 %, tragen bereits heute in erheblichem Umfang zur CO₂-Vermeidung bei. Ich würde mir wünschen, dass vergleichbare Kraftwerke in China oder in anderen Regionen der Welt gebaut würden.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Ich plädiere für **Strom aus Kohle** immer dort, wo die Kohleversorgung logistisch und umweltmäßig besonders günstig und langfristig gesichert ist. Dies ist in Brunsbüttel eindeutig der Fall.

Meine Damen und Herren, die **erneuerbaren Energien** werden und müssen einen wachsenden Beitrag zur Stromversorgung leisten. Die Substitutionspotenziale müssen aber kritisch bewertet und die Umweltauswirkungen müssen ganzheitlich erfasst werden. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien sind jedenfalls auch wirtschaftliche Aspekte und vor allem die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Energiemarktes zu berücksichtigen.

Schleswig-Holstein - dafür stehe auch ich - definiert die Windenergie als Leitenergie in einem zukunftsfähigen Energiemix.

(Beifall bei der CDU)

Im Jahr 2007 wurden in Schleswig-Holstein 5,2 TWh Windstrom erzeugt. Dies entspricht bei einer installierten Leistung von circa 2.500 MW rechnerisch knapp 40 % des schleswig-holsteinischen Stromverbrauchs. Die Tendenz ist Gott sei Dank steigend.

Leider erreichen wir trotz vergleichsweise günstiger **Windbedingungen** in Schleswig-Holstein zurzeit nur 2.000 **Volllaststunden**. Ich erinnere daran: Das Jahr hat 8.760. Durch **Repowering** unserer Anlagen kann diese Windausnutzung auf vielleicht rund 2.400 Volllaststunden erweitert werden. Der weitere Ausbau der Windenergie setzt allerdings eine erhebliche Ausweitung unserer **Netzkapazitäten** voraus. Das müssen wir einfach sehen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Andernfalls ist die Versorgungssicherheit nicht mehr zu gewährleisten beziehungsweise neue Grund- und Mittellastkraftwerke müssten, wie in der Studie unterstellt, in ihrer Leistung windstromabhängig reduziert werden.

Ich möchte auch noch daran erinnern, dass jedes Windrad ein **Schattenkraftwerk** benötigt; sonst funktioniert es nicht. Das muss in die Bilanz mit eingebracht werden.

(Minister Dr. Werner Marnette)

(Beifall bei CDU und FDP)

Man muss auch einmal über **Zahlen** reden. Aktuell ist in **Brunsbüttel** eine Netzkapazität von 4.800 MW vorhanden. Diese Kapazität ist für die zusätzliche Stromerzeugung aus den geplanten Kohlekraftwerken und aus den durch Repowering erweiterten Windanlagen ausreichend. Ein weiterer Ausbau auf 6.300 MW beziehungsweise 7.100 MW ist technisch möglich. Sofern nennenswerte Offshore-Leistungen mittelfristig installiert würden, müssten die Einspeisepunkte und Netze entsprechend angepasst werden, da dann Leistungsspitzen von bis zu 13.000 MW abgenommen werden müssten. Dies erscheint allerdings aus heutiger Sicht wenig realistisch. Die Diplomarbeit der Universität Flensburg unterstellt sogar, dass bis zum Jahr 2020 alle geplanten Offshore-Parks in einer Gesamtleistung von 11.000 MW am Netz sein werden. Ich würde mir das wünschen, aber es erscheint aus heutiger Sicht wenig realistisch.

Bei allem Respekt: Auch dieser Punkt belegt, dass eine Diplomarbeit wohl nur bedingt geeignet ist, Maßstab und Wegweiser für eine energiepolitische Weichenstellung zu sein.

Im Übrigen habe ich dem Herrn Professor angeboten, dass wir in eine faire und sachliche Diskussion eintreten. Er hat dieses Angebot bis heute nicht angenommen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der CDU: Unglaublich!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für die Fraktionen sind neue Redezeiten entstanden: 3,5 Minuten. Das Wort hat zunächst der Herr Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt sehr vieles in dem Beitrag des Wirtschaftsministers, dem man zustimmen kann, es gibt aber auch ein paar Punkte, die noch einmal einen Debattenbeitrag verdienen. Sie haben recht, dass Diplomarbeiten nicht der Ausgangspunkt für Politik sind, obwohl sie manchmal klüger sind als das, was darüber gesagt wird. Professor Hohmeyer ist einer der weltweit anerkannten Experten in diesem Feld, der - so glaube ich - eher unterschätzt wird und dessen Prognosen sich als richtiger erweisen als manches andere.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, auf das, was Sie zur Energiepolitik gesagt haben, antworte ich: Die Frage von Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaverträglichkeit, dieser **Dreiklang**, muss erreicht werden. Wenn man die Ansicht hätte, Dinge seien völlig unrealistisch, dann wäre man 1988 bei 0,05 % **Windenergieanteil** an der Energieversorgung niemals auf die Idee gekommen, man könnte das erreichen, was wir in Schleswig-Holstein heute schon fast erreicht haben, nämlich annähernd 40 %. Das hat mit politischer Tatkraft und Handlungsfähigkeit zu tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der **Kohlekraft** ist es so, dass die Frage der Wirtschaftlichkeit auch ein bisschen mit dem Thema **Netze** zusammenhängt. Das haben Sie angesprochen, Herr Minister. Das Problem mit den Netzen ist nur, dass die großen Betreiber überhaupt kein Interesse haben, eine bestimmte Form von Strom in die Netze zu leiten. Ich fürchte, wir werden uns mit der Frage beschäftigen müssen, ob wir nicht mehr öffentlichen Zugriff auf die Netze brauchen, damit sich da etwas verändert.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein letzter Punkt, den Sie angesprochen haben: Bei **Atomenergie** fügen Sie immer die Adjektive umweltfreundlich oder klimaverträglich hinzu. Das ist die Atomenergie mitnichten. Sie ist gefährlich, sie produziert jahrtausendlang strahlenden Atommüll. Nicht einmal bei Leichtstrahlen kriegen wir das ordentlich hin. Sie hinterlässt den Nachfolgegenerationen Dinge, die wir nicht hinterlassen dürfen. Sie ist irrsinnig teuer, und sie ist gefährlich, sie ist nicht verantwortbar. Deswegen werden wir sie auch nicht fortsetzen. Auch noch so häufige Forderungen nach **Verlängerung der Restlaufzeiten** werden bei der Sozialdemokratie keine Zustimmung finden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen weiteren Beitrag hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Das Gutachten wollte ich doch noch einmal - -

(Detlef Matthiessen)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Vorlesen! - Heiterkeit)

Vom Titel her war es Ihnen nicht bekannt, aber es stehen unter „Betreuung“ zwei Professoren. Wenn hier gesagt wird, das sei das geistige Minuswerk einer Studentin, möchte ich mich doch etwas schützend vor wissenschaftliche Regularien unserer Universitäten stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Ritzek, so kompliziert ist die Arbeit nicht. Ich habe noch einmal nachgelesen: An acht Stellen sind Formeln, die fast selbsterklärend sind. Ansonsten kann ich Ihnen da auch helfen. Es geht einfach um die Höhe von Windkraftmühlen und darum, dass sie in größerer Höhe mehr produzieren. Das kann man auch - wenn man die Formel nicht begreift - zumindest in dieser Einfachheit nachvollziehen.

Herr Minister, Sie sagten, es sei nur eine Diplomarbeit. Zumindest vom Begründungszusammenhang ist sie jedoch identisch mit dem Gutachten des Öko-Instituts und eines renommierten Wirtschaftsforschungsinstituts, in Auftrag gegeben durch die **Stadtwerke Kiel**. Bei diesem Kraftwerk ist der Begründungszusammenhang, warum hier ein **Moratorium** von fünf Jahren empfohlen wurde, der gleiche, der aus der Diplomarbeit hervorgeht: Wir haben Erzeugungsarten, die rechtlich und im Übrigen auch wirtschaftlich privilegiert sind. Habe ich eine Windmühle mit variablen Kosten in Höhe von null, wird sie immer Vorrang haben, auch wirtschaftlich. Ansonsten gebe ich Ihnen dazu auch gern ein Privattissimum, wie Sie angeboten haben, zum gegenseitigen Austausch.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Matthiessen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stritzl?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitte, Herr Stritzl, es ist ja immer eine Freude mit Ihnen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Wir stoppen die Zeit. Die Geschäftsordnung sieht das vor.

Thomas Stritzl [CDU]: Sehr geehrter Herr Kollege Matthiessen, Sie haben eben ange-

sprochen, dass die Diplomarbeit auf das Moratorium, das in Kiel beschlossen war, eingegangen ist. Können Sie mir bestätigen, dass kurz vor der Kommunalwahl die im Rat der Stadt vertretenen Parteien - also auch die Grünen - diesem Moratorium zugestimmt haben und dass sie dies nach der Kommunalwahl grundlos aufgekündigt haben?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, es gibt den deutschen Spruch: Das Bessere ist der Feind des Guten. Jedoch handelte es sich hier nicht einmal um etwas Gutes.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Mehrheit, an der Sie in Kiel leider nicht mehr beteiligt sind,

(Zuruf: Was heißt hier „leider“!)

hat sich entschieden, die Energie in der Stadt Kiel auf andere Weise bereitzustellen, als durch den **Zubau** eines großen **Kohlekraftwerks**. Dieses Kraftwerk war im Hinblick auf **Kraft-Wärme-Kopplung** viel zu groß dimensioniert. Wir haben schon einmal darüber unterhalten. Sie erinnern vielleicht die Heiterkeit hier im Hause, die meine Nachfrage diesbezüglich bei Ihnen ausgelöst hatte.

Noch einmal zur **Netzverstopfung** durch vorrangig geregelte Energien: Es gibt zwei, neuerdings auch den Kraft-Wärme-Kopplungsstrom neben dem Strom aus erneuerbaren Energien. Ich verweise auf die **Meseberger Beschlüsse** der Bundesregierung, mit denen der Anteil der Stromerzeugungsarten im Bereich KWK bis 2020 auf 25 % und der Anteil der erneuerbaren auf 30 % gesteigert werden soll. Sie sollen also vervielfacht werden. Das ist beschlossen.

Zugleich erinnere ich an die **CO₂-Minderungsziele** von 40 % beziehungsweise 80 % bis zum Jahr 2050. Ich verweise auch auf ein Gutachten der Deutschen Luft- und Raumfahrt im BMU-Auftrag, welches der Minister jetzt tunlichst versteckt, aus dem hervorgeht, dass diese Minderungsziele auch mit dem Zubau modernster Kohlekraftwerke - wie es geplant ist - nicht annähernd erreichbar sind. Sie müssen mindestens auf ein Viertel beschränkt bleiben.

Es ist keine Behauptung von mir, dass die **Unwirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken** droht. Um stranded Investments in Schleswig-Holstein zu vermeiden, wäre es gut, auf die Planer und Gemeinden

(Detlef Matthiessen)

zuzugehen und darauf hinzuweisen. Darauf zielt unser Antrag.

Ich darf noch einmal den Bundesumweltminister zitieren, der zur Begründung von dramatisch gestiegenen Anlagepreisen, die die Energiekonzerne vor Investitionen in Kraftwerke zurückschrecken ließen, darauf verwies, dass, selbst wenn sie in Zukunft alle für die Stromproduktion benötigten **CO₂-Verschmutzungsrechte** ersteigern müssten, der weitere Betrieb alter, weniger effizienter Anlagen billiger wäre als der Bau neuer Kraftwerke. Das sagt der Bundesumweltminister.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, die Zeit!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Darum will er die neuen Kraftwerke subventionieren. Das ist im Moment der Stand der Dinge.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Die Zeit!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Ritzek, bei Ihnen klang es so, dass beim Bau eines neuen Kohlekraftwerks das alte aus ordnungsrechtlichen Gründen verschwinden müsse.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Matthiessen, die Zeit ist abgelaufen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss und sage nur: Die Dinge sind anders, als Sie behauptet haben, Herr Ritzek.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Beitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Kollege Matthiessen, die Dinge sind

auch ein bisschen anders, als Sie sie zum Teil hier darstellen.

(Zurufe des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie müssen sich gerade über hochnäsige und arrogante Stile auslassen, wenn ich an Ihre ausgesprochen charmante Art und Weise denke, wie Sie versuchen, auch junge Leute von Ihren Auffassungen zu überzeugen. Sie sollten sich, was solche Bewertungen angeht, wirklich sehr dezent zurückhalten.

Lieber Kollege Matthiessen, Sie haben sich auf die Frage des Kollegen Stritzl, warum Ihre Fraktion in der **Kieler Ratsversammlung** ohne Not das von allen Fraktionen in der vergangenen Legislaturperiode vereinbarte Moratorium aufgekündigt hat, sehr unelegant herausgeredet. Sie haben nämlich keine Begründung dafür geliefert, warum das **Moratorium** aufgekündigt wurde, und vor allem haben Sie nicht dargestellt, welche tatsächliche Alternative Sie für den Standort Kiel haben, damit in Kiel in Zukunft weiterhin Energie erzeugt werden kann, damit die Kieler Stadtwerke nicht vor dem Problem stehen wie die Lübecker Stadtwerke. Ich hätte eine ordentliche Antwort auf die Frage erwartet, die der Kollege Stritzl gestellt hat.

(Zurufe des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Matthiessen, was ich sehr spannend finde, ist, dass Sie in einer Zwischenfrage und in Ihrem Kurzbeitrag über die noch gar nicht geflossenen Subventionen des Bundesumweltministers herumjammern. Es war Ihre Partei, es war die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die mit am längsten für die Subventionierung des Abbaus von Steinkohle eingetreten ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich finde es schon mehr als merkwürdig, dass Sie sich hier auf einmal hinstellen und jegliche in Aussicht gestellte Subvention für den Neubau möglicherweise deutlich effizienterer und klimaschonender Kraftwerke hier mit Krokodilstränen beklagen. Das passt irgendwie nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich habe das in meiner Rede schon gesagt: Es steht uns nicht zu, die Güte einer wissenschaftlichen Arbeit, gleich, ob es sich um ein Gutachten handelt, um eine Diplomarbeit oder um eine Dissertation, infrage zu stellen, es sei denn, wir haben sie gelesen

(Dr. Heiner Garg)

und sind in der Lage, sie zu bewerten. Ansonsten steht uns das nicht zu.

Die Quintessenz dieser Arbeit ist allerdings, dass wir uns daran machen müssen, erstens politisch alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Aufnahmekapazitäten der Netze zu erhöhen, also den Ausbau der Netze voranzutreiben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Und zweitens - dazu gibt es Vorschläge von meiner Partei, von Ihrer Partei, von den beiden großen Parteien - müssen wir endlich Ernst machen - das muss vor allem auf der Bundesebene geschehen - mit der **Trennung der Netze** von den **Erzeugern**. Damit - und nicht mit einer Diplomarbeit, die kaum jemand von uns gelesen hat - sollten wir uns beschäftigen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Abgeordneter Stritzl hat das Wort.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Will der Kreisvorsitzende auch noch was sagen? - Konrad Nabel [SPD]: Ihr macht hier Kommunalpolitik!)

Thomas Stritzl [CDU]:

Sie haben recht, Frau Heinold, und auch Sie, Herr Fraktionsvorsitzender der SPD: Energiepolitik, die die Menschen betrifft, ist kommunal. Sie ist kommunal, weil sie die Wohnsitze der Menschen betrifft. Und sofern ich es richtig weiß, wohnen Sie nicht allzu weit entfernt von der Landeshauptstadt Kiel. Andere wohnen mittlerweile direkt hier.

Es bewegt die Menschen in **Kiel** natürlich, was auf Dauer - es sind immerhin 240.000 Einwohner, und das ist für Sie vielleicht eine vernachlässigbare Größe - auf sie zukommt.

(Zurufe von der SPD)

- Sie gehen jetzt wahrscheinlich von Haustür zu Haustür, und dann werden Sie sicherlich viele Kie-ler und ihre Sorgen kennenlernen.

Die Menschen interessiert, was in Wohnanlagen passiert, die in **Fernwärme** eingebunden sind. Was passiert mit denen in Zukunft? Was machen Sie mit der Wirtschaft, die berechenbare **Energiepreise** braucht? Was machen Sie mit einer Stadt, die einen städtischen Haushalt hat, der auf Zahlungen von den Stadtwerken angewiesen ist? - Diese Dividendenzahlungen brauchen wir natürlich, beispielsweise für unsere Kindergärten, für Krippenplätze usw.

Wir haben einen Anspruch darauf, und nur darum geht es, Kollege Matthiessen.

Wenn Sie sagen, dass Sie aussteigen möchten - und das war der Hintergrund des Moratoriums -,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Richtig!)

dann frage ich Sie, was die Alternative zum jetzigen Zustand ist. Darüber wollte man sachverständlich miteinander reden. Wenn Sie drei Wochen vor der Wahl sagen, dass dieser oder jener Wege der richtige ist, den wir gemeinsam gehen sollten - ich denke, Gemeinsamkeit ist in dem Bereich ein hohes Gut, weil wir den Menschen nicht Angst machen, sondern ihnen Sicherheit geben wollen -, dann ist das in Ordnung. Dann stellt sich allerdings die Frage, warum Sie eine Woche nach der Wahl wieder aus dem Moratorium ausgestiegen sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es kann doch nicht an Slogans liegen, die beispielsweise „CO₂ ist lebensgefährlich!“ lauten.

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist wieder Kommunalpolitik!)

- Herr Kollege Nabel, es geht nicht nur um Kiel. Es geht um Ihre grundsätzliche Haltung zur **Energiegewinnung mit Kohlekraftwerken**. Sie wollen ja nicht zur Kenntnis nehmen, dass zurzeit 70 % der Energie in Deutschland in Kern- und Kohlekraftwerken gewonnen werden.

Boris Palmer - Oberbürgermeister von Tübingen und den Grünen angehörig - sagt: Wer aus beidem aussteigen will, macht einen verheerenden Fehler. - Herr Gabriel sagt: Aus Atom und Kohle gleichzeitig auszusteigen, funktioniert nicht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Cem Özdemir auch!)

Diese Reflexion vermisse ich bei Ihnen. Deswegen sage ich Ihnen: Wenn Sie wirklich sofort wollen, wie Sie es hier sagen, dann müssen Sie den Menschen auch sagen, welche Alternativen es gibt, damit wir uns über die Alternativen unterhalten können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Insofern starten Sie hier einen riesigen Feldversuch, wenn Sie kompromisslos Nein zu Kohle und Nein zu Atomkraft sagen. Sie sagen dabei nicht, was berechenbar und belastbar an deren Stelle treten soll.

Dann frage ich Sie auch: Was passiert eigentlich, wenn dieser Feldversuch schiefliegt? Was machen Sie dann? - Und damit das nicht passiert, müssen

(Thomas Stritzl)

Sie den Menschen klar und berechenbar sagen, was Sie wollen und wofür Sie eintreten. Jetzt kommt noch ein Stück Kommunalpolitik dazu, Herr Landesvorsitzender der SPD: Sagen Sie den Menschen in Kiel: Wer aus dem Bau des Kohlegroßkraftwerks am Kieler Ostufer mit einem Schornstein für 60.000 von 115.000 Haushalten in Kiel - das ist eine immense Leistung für Kraft-Wärme-Kopplung, wie Sie mir zustimmen werden - aussteigen will, der muss den Menschen in Kiel auch sagen, wo demnächst die Blockheizkraftwerke hier in Kiel gebaut werden sollen und in wessen Nachbarschaft demnächst eines der 50 bis 70 **Blockheizkraftwerke** stehen wird. Sagen Sie das den Menschen vor der Wahl.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn das die Debatte der Kreisvorsitzenden ist, dann will ich in nichts nachstehen.

Herr Stritzl, ich kann verstehen, dass die CDU über das Wahlergebnis in der Landeshauptstadt enttäuscht ist. Das ist bitter. Wir Grüne haben uns im Wahlkampf sehr eindeutig gegen den Neubau eines großen Kohlekraftwerkes ausgesprochen,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das wirft Ihnen auch niemand vor!)

und wir haben die Wahl gewonnen. Wir haben ein super Wahlergebnis. Es gibt im Rathaus der Stadt Kiel eine Mehrheit dafür, dass dieses angedachte Großkohlekraftwerk nicht gebaut wird. Das ist die demokratische Mehrheit, ob sie Ihnen nun passt oder nicht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist richtig!)

Was ist die Folge? - Die Folge ist, dass wir ein neues **Energiekonzept** brauchen; das wissen Sie, und das haben Sie auch angemahnt. Wir sind gerade dabei, dieses Konzept zu erstellen, allerdings unter der modernen Prämisse, dass Strom und Wärme genutzt werden und dass wir - da sind wir uns wahrscheinlich noch einig - keine neuen Atomkraftwerke und auch keine neuen CO₂-Schleudern in Kiel brauchen. Sie wissen, dass die Problematiken der **Nutzung von CCS** nicht gelöst sind. Sie wissen, dass die Kieler Bevölkerung dieses riesige Kraft-

werk nicht will. Und Sie wissen - ich darf noch einmal daran erinnern -, dass gerade das Jahr des Klimaschutzes läuft. Noch nie ist so deutlich geworden, dass wir große Probleme beim Klimaschutz haben und dass die Pole schmelzen.

Wir haben Visionen.

(Zuruf: Das glauben wir Ihnen gerne!)

Wir haben damals gesagt: Wir werden es ohne **Atomenergie** schaffen. - Das sagten wir bereits,

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Sie sagen nur, was Sie nicht wollen! Was wollen Sie denn?)

als Sie den RWE-Präsidenten in den 70er-Jahren darin unterstützt haben, 150 neue Atomkraftwerke zu bauen. Dazu stand Ihre Partei, als wir schon eine Idee dafür hatten, wie es anders gehen kann.

(Zurufe bei der CDU)

- Dazu stand auch die CDU. Distanzieren Sie sich aber ruhig davon. Mir soll es nur recht sein.

So läuft jetzt auch die Debatte über die Kohlekraftwerke. Es ist eine Zukunftsdebatte. Es geht um die Frage, ob wir Klimaschutz ernst nehmen oder nicht, und meine Fraktion nimmt Klimaschutz ernst.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Schön! Das ist das Problem!)

Deshalb haben wir uns von diesem geplanten großen Kohlkraftwerk hier in Kiel sehr schnell verabschiedet.

(Günther Hildebrand [FDP]: Was gibt es denn stattdessen?)

Und ob es Ihnen gefällt oder nicht: Die Bevölkerung unterstützt uns auf unserem Weg. Denn sonst hätte es diese Mehrheit für uns in Kiel nicht gegeben. Sonst hätten Sie gewonnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Thomas Stritzl [CDU]: Das war keine Antwort auf die Fragen!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Ritzek.

Manfred Ritzek [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte ausdrücklich unterstützen, was Kollege Dr. Garg gesagt hat: Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Diplomarbeit zu bewerten. Das ist ausschließlich die Aufgabe des Professors. Denn er hat

(Manfred Ritzek)

die Diplomarbeit mit dem Titel „Auswirkungen der Offshore-Windenergie auf den Betrieb von Kohlkraftwerken in Brunsbüttel“ vergeben. Und wenn die Studentin seiner Überzeugung nach diesen Auftrag erfüllt hat, dann ist es in Ordnung.

Wenn diese Diplomarbeit allerdings die Grundlage für die Entscheidung darüber sein soll, ob eine Investition getätigt wird oder nicht, dann müssen wir tiefer in die Materie einsteigen und auch schauen, welche Aspekte in dieser Diplomarbeit vielleicht nicht behandelt werden. Ich hatte in meiner Rede bereits gesagt, dass Aussagen über die Risiken von Windanlagen fehlen, und es fehlen Ausführungen zu den Chancen von Kohlekraftwerken.

Kollege Matthiessen, es ist in der Tat so: Die 453 Millionen t sind die maximale **Grenze** dessen, was ab dem Jahr 2008 an **CO₂** emittiert werden darf. Darüber geht nichts. Das ist eine Vorgabe der Europäischen Union, und daher unterliegen auch andere Länder entsprechenden Vorgaben. Firmen, die unter diesem Wert liegen, können ihre Zertifikate verkaufen. Firmen, die über diesem Wert liegen, müssen diese Zertifikate kaufen. Ich gebe Ihnen gerne die Rede von Herrn Gabriel,

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die habe ich!)

damit Sie es nachlesen können. Sie hätten auch zu diesem Symposium kommen können, aber vielleicht befürchteten Sie, dass das, was da gesagt wird, nicht so in Ihren Kram passt.

Insofern, meine Damen und Herren, möchte ich Sie auf einige Risiken von Windkraftanlagen hinweisen. Wir alle hier im Haus möchten den Anteil der Windkraftenergie erhöhen; das ist gar keine Frage, und darauf hat auch der Minister hingewiesen. Allerdings hat die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers gerade erst am 4. Dezember 2008 die Risiken betont. Welches sind denn die **Risiken**, die zu Verzögerungen bei der **Windkraftanlagenherstellung** führen? - Unwägbarkeiten bei der Anlagentechnologie, bei der Anbindung an Stromnetze, bei der Anlagenbewertung, Betriebsausfälle mangels Erreichbarkeit zwecks Wartungsarbeiten bei schlechtem Wetter und starkem Seegang.

Meine Damen und Herren, in der Diplomarbeit steht irgendwo im letzten Drittel folgender Drei- oder Vierzeiler: Ich gehe davon aus, dass gut 8.000 Windkraftanlagen gebaut werden, und ich gehe davon aus, dass diese eine Leistung von 5.000 MW haben werden. Ein Feld mit 200 Anlagen à 5 MW bedeutet eine Ausdehnung von 5 x 10 km, 40 sol-

cher Felder - das wären 8.000 - bedeuten 40 Windkraftfelder von 5 x 10 km in unserer Nord- und Ostsee. Da ist zu bedenken, ob das alles so einfach ist und ob es hier nicht auch Risiken gibt. Ich bitte darum, nicht die Diplomarbeit zu bewerten, aber kritisch Stellung zu nehmen, wenn es darum geht, solche Anträge hier zu erörtern oder an den Ausschuss zu überweisen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Ritzek, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg? - Es ist möglich; die Zeit wird nicht angerechnet.

Manfred Ritzek [CDU]:

Ich kann Sie schlecht verstehen. - Ja, wenn Sie deutlich sprechen.

(Heiterkeit und Zurufe)

Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich bemühe mich, deutlich zu sprechen, Herr Kollege Ritzek.

(Heiterkeit)

Ich frage Sie, ob Sie mit mir einig darin sind, dass man in einer Diplomarbeit, die auch eine wissenschaftliche Arbeit ist, eine These aufstellen kann, völlig unabhängig davon, ob man dieser These zustimmt, und dass man mit dieser These arbeiten und entsprechende Schlüsse ziehen kann? Um nichts anderes handelt es sich bei dem von Ihnen erwähnten Tatbestand im Bezug auf die Windkraftanlagen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Es muss eine Frage sein.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Frage lautete: Stimmen Sie mir zu - -

- Ja, ich habe es gehört.

Manfred Ritzek [CDU]:

Lieber Herr Kollege Dr. Garg, ich habe Sie zu Beginn meines Dreiminutenbeitrages gelobt ob Ihrer Aussage zur Bewertung der Diplomarbeit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wollte er nur noch einmal hören!)

Ich stimme Ihnen voll zu. Schade, Sie waren leider draußen. Wenn Sie hier gewesen wären, hätten Sie diese Frage gar nicht zu stellen brauchen.

(Manfred Ritzek)

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Kollege Stritzl, Sie und der Herr Fraktionsvorsitzende fragten: Wie soll es denn in **Kiel** weitergehen? Sie haben suggeriert, würde das Großkraftwerk nicht gebaut werden, würden die Kieler erfrieren. So ungefähr muss ich Ihre Aussagen interpretieren. In Kiel haben wir Heizwerke. Wir haben eine Müllverbrennungsanlage und andere Erzeugungsanlagen. Wir haben 800 MW **thermische Leistung im Netz**. Das ist ein Vielfaches dessen, was die Heizspitze der Stadt Kiel darstellt.

Als bei meiner Zwischenfrage so gelacht wurde - was man vielleicht auch nicht immer tun muss -, war Folgendes gemeint: Das **Kohlekraftwerk**, das da jetzt steht, deckt mit seiner Wärmeabgabe Wirkungsgrade von 60 % überhaupt nicht ab. Das Verhältnis von Stromproduktion und Wärmeabkoppelung stimmt nicht. Die Stromproduktion müsste viel kleiner sein. Dann könnte ich auf Wirkungsgrade von 80 bis 90 % kommen. Würde man hier ein viel größeres Kohlekraftwerk bauen als das, was jetzt dort steht, hat das überhaupt nichts mit Kiel zu tun, sondern mit einem internationalen **Stromhandel**. Dann brauchen wir eine 380-kV-Leitung nach Neumünster und so weiter.

Was sich Sozialdemokraten und die Grünen hier in Kiel vorgenommen haben, ist ein dezentrales Konzept zur Versorgung, zum Beispiel mit Objekt-KWK im Außenbereich, wo nicht mit Fernwärme versorgt wird. Diese Dinge werden jetzt abgearbeitet.

(Zuruf)

- Die Stadtwerke reden von 20 MW elektrisch. Das wären etwa 40 MW thermisch.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Matthiessen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gern. - Das ist eine heiße Debatte hier.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Matthiessen, sind Sie mit mir einer Meinung, dass es, auch wenn Sie hier Ihr Konzept ausbreiten, trotzdem sinnvoll gewesen wäre, das Moratorium einzuhalten, dass beispielsweise ein Gas- und Turbinenkraftwerk, wie wir es vorgeschlagen haben, im Zeichen sich ändernder Rohstoffpreise, im Zeichen sich ändernder Technologien eine Alternative gewesen wäre?

- Ich weiß nicht, ob Ihre Vorstellung jetzt ausgeschlossen ist. Ich glaube, es ist möglich, dort eventuell einen kleiner dimensionierten Ersatzbau auf Gasbasis zu machen. Das ist durch die Beschlüsse nicht ausgeschlossen. Es gibt nur einen B-Plan, der dem entgegensteht.

Herr Minister, Sie haben suggeriert, dass für eine **Windkraftanlage** ein **Schattenkraftwerk** aus Kohle errichtet werden muss. Ich habe das so verstanden; sie haben es nicht differenziert gesagt. Sie haben gesagt, es müsse ein Schattenkraftwerk mit der gleichen Leistung bestehen. Dafür bitte ich um einen Beleg. Zurzeit ist es wie folgt. Mit einem auch räumlichen Ausbau der erneuerbaren Energien wird die notwendige Schattenkapazität immer geringer. Sie liegt heute bei - ich meine - 12 %. Ich verdränge also durch 1 GW erneuerbare Energie 88 MW konventionelle Leistungen. Das wird sich so fortsetzen.

Der Weg in die Energiezukunft geht über die großräumige Erschließung **regenerativer Potenziale** mit großen Netzen. Das ist ein Weg, der uns im Ergebnis - so sagen die wissenschaftlichen Studien - wesentlich billiger kommt als der „atomfossile“ Pfad.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Konrad Nabel das Wort.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Stritzl, es wäre schön, wenn Sie die Kieler Politik wieder in der Ratsversammlung machten. Die alternativen Vorstellungen der CDU dort kenne ich noch nicht.

Ich habe mich eigentlich nur gemeldet, weil der Kollege Ritzek und der Kollege Stritzl gesagt haben, wir hätten keine Alternativen vorgestellt. Das

(Konrad Nabel)

stimmt nicht. Ausweislich des Protokolls verschiedener Debatten zu diesem Thema haben wir dargestellt, dass wir uns für **Kombikraftwerke** einsetzen, dass wir uns dafür einsetzen, Kraftwerke in kleinerem Maßstab in **Kraft-Wärme-Kopplung** zu errichten - auch mit Kohle -, dass wir uns dafür einsetzen, **Gaskraftwerke** einzusetzen, weil diese einen höheren Wirkungsgrad und geringere Errichtungskosten und eine kürzere Laufzeit haben.

Damit bin ich beim eigentlichen Punkt. In der ganzen Diskussion - auch von Ihnen, Herr Minister - wurde vorgetragen - Herr Marnette, ich hätte gern Ihre Aufmerksamkeit: -

Die Bundesrepublik hat sich verpflichtet, bis 2050 CO₂ um 80 % zu reduzieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat doch Konsequenzen!)

Wenn Sie diese Investitionen in Kohlekraftwerke - egal, ob es 27, 16, 9 oder 30 sind - nehmen, wissen Sie alle: Pi mal Daumen 40 Jahre Laufzeit. Wir gehen einmal von einer Planung und Bauzeit von fünf bis zehn Jahren aus. Dann sind Sie weit über 2050 mit dem von Ihnen beschriebenen Szenario, was den **CO₂-Ausstoß** angeht. Bitte, Sie müssen das bis 2050 um 80 % reduzieren. Das schaffen Sie nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der entscheidende Punkt, um den es heute geht. Wir können es ertragen, morgen, übermorgen und vielleicht auch noch in drei oder fünf Jahren Kohle in der jetzigen Form zu verfeuern, aber nicht mehr in 40 Jahren. Das dürfen wir uns nicht mehr erlauben, das können wir uns nicht mehr erlauben, und wir werden es uns nicht mehr erlauben. Da werden alle hinkommen.

Ich nenne ein kleines Beispiel. Das Kraftwerk Wedel, 200 MW, Wirkungsgrad 86 %, wird jetzt irgendwann stillgelegt, weil in Hamburg das Kraftwerk Moorburg gebaut wird. Das ist zwar Hamburg, aber vergleichbare Situationen gibt es auch woanders.

(Zuruf)

- 86 % Wirkungsgrad in Wedel. Das ist so. - **Moorburg** wird, je nach Auskopplung der Wärme, zwischen 56 und 60 % haben. Genau das ist ein Knackpunkt bei der Abschaltung von alten Kraftwerken und dem Anschalten von neuen Kraftwerken. Betrachtet werden müssen immer die Fragen: Was können wir auskoppeln? Wie ist die Kraft-Wärme-

Kopplung? Sie kommen dann mit CCS, meine Damen und Herren. Es gibt noch nichts. Null.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

2020 vielleicht, 2030 wahrscheinlich. Aber bis dahin ist der Weg noch sehr weit. Bis dahin haben wir die Emissionen von 173 Millionen t, von denen Sie sprachen.

Meine Damen und Herren, wir vergessen die Effizienz. Professor Jochem hat auf einer Veranstaltung in der Kunsthalle zum diesjährigen parlamentarischen Abend deutlich gemacht, dass die Betriebe - die **Wirtschaft** - inzwischen erkannt haben, dass sie eine jährliche **Effizienzsteigerung** von 7 % bei Energie hinkriegen, sowohl was elektrische Energie als auch was Wärme angeht, und dass sich das für sie rechnet.

Wir haben uns als politisches Ziel 3 % Effizienzsteigerung pro Jahr gesetzt. Nehmen Sie das und zählen Sie das höchste Potential, das wir überhaupt haben, hinzu, nämlich das Sparen von Energie. Ich bin davon überzeugt, dass wir dann zwischen 40 und 60 % liegen.

Viele sagen, man könne etwa die Hälfte der heute verbrauchten Energie einsparen. Wenn Sie alles zusammennehmen und dann sagen, wir hätten keine Alternativen vorgestellt, dann weiß ich nicht, wo wir hier sind.

Ein letzter Punkt!

Präsident Martin Kayenburg:

Kein letzter Punkt, Herr Kollege Nabel, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Konrad Nabel [SPD]:

Ich bin sofort am Ende, Herr Präsident. Ich hatte mich eigentlich zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet. Eigentlich wollte ich inhaltlich nichts sagen.

Herr Ritzek, als Sie die Arbeit der Studentin als Nichtuntersuchung abqualifiziert haben, habe ich die - zugegebenermaßen auch etwas unqualifizierte - Bemerkung gemacht, das sei ja nur eine Frau. Ich dachte, das wäre Ironie. Mein Chef hat mir aber einmal gesagt: Ironie - erst ab neunter Klasse. Das scheint hier nicht angekommen zu sein. Ich möchte mich dafür entschuldigen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Vielen Dank für die Klarstellung, Herr Kollege Nabel. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/2351 federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist bei zwei Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 42 auf:

Entschließung zum Jugendstrafrecht

Antrag der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1816 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 16/2356

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Werner Kalinka, das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Wir haben den Antrag der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW am 30. Januar 2008 überwiesen bekommen. Wir haben uns in mehreren Sitzungen mit dem Thema beschäftigt und eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Zuletzt haben wir am 3. Dezember 2008 noch einmal beraten.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfehlen wir dem Landtag die Annahme des Antrags in der folgenden geänderten Fassung:

„1. Das derzeit geltende Jugendstrafrecht bietet weitreichende Möglichkeiten, um der Jugendkriminalität zu begegnen.

2. Die ambulanten Familienhilfen, die Schulsozialarbeit sowie die Förderung der Integration von Migranten sind geeignete Maßnahmen zur Vorbeugung von Jugendgewaltkriminalität.

3. Bei Intensiv- und Mehrfachtäterinnen und Mehrfachtätern ist eine frühzeitige verbindliche Intervention notwendig. Das bestehende differenzierte Angebot für die intensive und umfassende Betreuung dieser Kinder und Ju-

gendlichen ist voll auszuschöpfen und weiterzuentwickeln.

4. Verfahren gegen straffällig gewordene Jugendliche sind schnell und konsequent einzuleiten und durchzuführen. Deshalb soll das ‚Vorrangige Jugendverfahren‘ landesweit angewendet werden.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Todesstrafe!)

- Herr Präsident, ich glaube, da war fast ein Ordnungsruf für den Kollegen Kubicki fällig!

„Eine angemessene Ausstattung von Justiz und Polizei verringert die Dauer von Strafverfahren.

5. Ausreichend Personal beziehungsweise eine entsprechende Förderung im Bereich des Jugendstrafvollzugs, der Bewährungshilfe und bei freien Trägern ist die Voraussetzung für die Resozialisierung von jugendlichen Straftätern und für einen geordneten Übergang von der Haft in die Freiheit. Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang die im Haushaltsentwurf 2009/2010 vorgenommenen Weichenstellungen.“

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Bemerkung zu dem Zwischenruf und einem eventuellen Ordnungsruf: Das missbilligende Kopfschütteln des Präsidiums ist - so glaube ich - gesehen worden. Insofern erübrigt sich ein Ordnungsruf.

Auf der Tribüne darf ich ganz herzlich Mitglieder des Sozialverbandes Deutschland aus dem Ortsverband Lohe-Rickelsdorf in Dithmarschen begrüßen. - Seien Sie uns ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Peter Lehnert das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Jugendgewalt** in Deutschland ist ein gesellschaftliches Problem, für das es keine Patentlösungen gibt. Eine Politik des Verschweigens, des Verharmlosens und der Tabuisierung würde mögliche Lösungsan-

(Peter Lehnert)

sätze allerdings verhindern. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich die Lebenswirklichkeit in unserem Land verändert hat. Bürger meiden aus Angst vor Jugendgewalt zunehmend öffentliche Verkehrsmittel und bestimmte Bereiche. Das dürfen wir nicht länger hinnehmen.

Rechtsfreie Räume darf es in Deutschland nicht geben. Die Menschen erwarten mit Recht, dass der Staat alles daran setzt, seine Bürger entschlossen und erfolgreich vor kriminellen Übergriffen zu schützen. Vorrangig müssen alle Maßnahmen, die den Schutz potentieller Opfer von Straftaten zum Ziel haben, umgesetzt werden. Dabei ist es hilfreich, einen Blick auf die Ausgangslage zu werfen: Gefährliche und schwere Körperverletzungsdelikte bei Jugendlichen in Schleswig-Holstein sind in den letzten zehn Jahren um 100 % gestiegen. Nach Auskunft des Innenministeriums gibt es zurzeit landesweit 750 jugendliche Mehrfach- und Intensivtäter.

Die **jugendlichen Täter** werden immer brutaler, wie der Fall zweier Jugendlicher aus Neumünster zeigt, die unlängst den Unterricht der Pestalozzi-Schule in Neumünster stürmten, die Lehrerin in Schach hielten und einen 13-Jährigen Schüler im Klassenraum vor allen Mitschülern so brutal misshandelten, dass er mit doppeltem Kieferbruch im Krankenhaus behandelt werden musste. Dies hat dazu geführt, dass mehrere Schulklassen nur noch bei verschlossenem Klassenraum unterrichtet werden. Außerdem wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft vor dem Vorfall einen Haftbefehl gegen den Haupttäter beantragt hatte, der jedoch nicht erlassen wurde. Warum dies nicht geschehen ist, sollten wir noch einmal einer eingehenden Prüfung unterziehen.

Diese Beispiele machen eindringlich deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Nur mit einem differenzierten **Maßnahmenkatalog** kann das Problem der Jugendgewalt aktiv angepackt werden. Damit der **Staat** seine Bürger wirksam vor Übergriffen schützen kann, müssen präventive und repressive Maßnahmen ergriffen werden, die sich nicht ausschließen, sondern die sich sinnvoll ergänzen. Den Blick nur auf die **Prävention** zu richten, ist hingegen der falsche Weg, denn es gibt keine Erfolgsgarantie; insbesondere dann nicht, wenn Betroffene und ihre Familien für vorbeugende Maßnahmen nicht zugänglich sind. Die Ursachen für Kinder- und Jugendkriminalität sind so vielfältig wie wir Menschen selbst. Dennoch sind einige immer wiederkehrende Ursachenmerkmale festzustellen, die eindeutig mit dem Milieu, in dem die Ju-

gendlichen aufwachsen und sich bewegen, zusammenhängen.

Die Schwierigkeiten im Bereich der **sozialen Rahmenbedingungen** erklären vieles, dürfen aber nicht als pauschale Entschuldigung herangezogen werden. Für die Tat und ihre Folgen ist vor allen Dingen der Täter selbst verantwortlich. Der erfolgreichen Verhinderung von Gewaltkriminalität durch eine systematische und umfassende **Präventionsarbeit** kommt daher eine maßgebliche Bedeutung zu. Eine flächendeckende Fortführung bewährter Programme muss systematisch verfolgt werden. Erfolgreiche Prävention setzt allerdings voraus, dass Probleme erkannt und benannt werden. Wir müssen wissen, wo besondere Präventionsanstrengungen erforderlich sind. Die Benennung der Täter und besonders problematischer Milieus einschließlich der Herkunft darf deshalb nicht länger tabuisiert werden.

Wir müssen jugendlichen Tätern klare Grenzen setzen und durch rasche und konsequente Reaktionen den gesetzlichen Vorgaben mehr Geltung als bisher verschaffen. Die Sanktion muss der Tat auf dem Fuße folgen. Nur eine rasche und konsequente Reaktion auf die Straftat beeindruckt jugendliche Täter. Urteile müssen deshalb schnellstmöglich ergehen, um Wirkung zu erzielen. Die verhängten Sanktionen müssen spürbar sein. Eine Staatsgewalt, die auch schwere Gewaltdelikte lediglich mit Weisungen, Verwarnungen und Auflagen ahndet, weitere Reaktionen aber zumeist ausklammert, wird von vielen jugendlichen Tätern nicht ernst genommen.

Konfliktlösung ohne Gewalt müssen bestimmte jugendliche Straftäter frühzeitig lernen, nicht erst nach einer langen kriminellen Karriere. Dafür sollten wir zusammen mit Fachleuten weitere Maßnahmen diskutieren und im norddeutschen Verbund umsetzen. Insbesondere mit Hamburg gilt es, Gespräche über die Einführung von Jugendeinrichtungen offener und geschlossener Art zu führen. So erleben Jugendliche vielfach erstmals einen Alltag mit fester Struktur und Respekt vor anderen. Der Staat kann nur dann von Bürgern Zivilcourage und Einsatz fordern, wenn er selbst entschlossen genug gegen jugendliche Gewalttäter vorgeht.

Jugendliche und heranwachsende Straftäter spüren heute häufig erst nach einer Vielzahl sehr milder Sanktionen die Härte des Gesetzes. Bei **Serien- und Intensivtätern** verfehlen die uns derzeit zur Verfügung stehenden Maßnahmen nicht selten ihre Wirkung. Das Instrumentarium des **Jugendstrafrechts** sollte deshalb zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger ergänzt werden. Der Staat und die gan-

(Peter Lehnert)

ze Gesellschaft müssen gemeinsam dafür sorgen, dass aus jugendlichen Ersttätern keine Mehrfach- oder Intensivtäter werden. Außerdem muss den immer schlimmer werdenden Gewaltexzessen im Bereich der Jugendkriminalität entschlossener als bisher entgegengetreten werden.

(Beifall des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Dazu bedarf es einer ungeschönten Analyse der bestehenden Problemfelder und der Überwindung ideologischer Blockaden. Nur so können Lösungen gefunden werden, die in der Realität Bestand haben und Fehlentwicklungen beim Umgang mit jugendlichen Gewalttätern vorbeugen. Dafür bietet der vorliegende gemeinsame Antrag von CDU und SPD eine gute Arbeitsgrundlage. Die breite Zustimmung zu diesem Antrag ist ein wichtiges Signal für die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit, dass der Landtag sich des Problems der wachsenden Jugendgewaltkriminalität entschlossen annimmt und konkrete Lösungen erarbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD hat Frau Abgeordnete Anna Schlosser-Keichel das Wort.

Anna Schlosser-Keichel [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in unserem Antrag, der die Grundlage für die Beschlussvorlage liefert, nicht beschrieben, was wir nicht wollen. Da gibt es in der Tat Unterschiede in der Sicht der Koalitionsparteien. Wir beschreiben, was wir gemeinsam wollen, worauf wir im Umgang mit Kindern setzen, die Probleme haben und uns deshalb Probleme machen, und mit Jugendlichen, die mit dem Gesetz in Konflikt kommen.

Wir zeigen auf, was in Schleswig-Holstein bereits gute Praxis, aber zum Teil noch ausbaufähig ist. Sie finden in dieser Aufzählung, die der Herr Ausschussvorsitzende vorgetragen hat, exakt auch die Punkte, die die Oppositionsparteien im Ursprungsantrag selbst als Maßnahmen zur Vorbeugung und als Reaktion auf Jugendgewaltkriminalität vorschlagen, und wir haben diese Forderungen komplett aufgenommen. Wir setzen wie Sie zuallererst auf Familienhilfen, auf Schulsozialarbeit und Integration, denn wir wissen, dass Jugendliche, die uns heute als Intensivtäter begegnen, oft schon in sehr

jugen Jahren durch Regelverstöße aufgefallen sind.

Wir haben in Schleswig-Holstein ein außerordentlich differenziertes Angebot an **Jugendhilfeeinrichtungen**. Es gibt inzwischen gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Jugendhilfe. Das war lange Zeit nicht selbstverständlich. Hier sind aus den Fehlern der Vergangenheit Konsequenzen gezogen worden und es sind Konsequenzen gezogen worden aus Erkenntnissen der Studie über das Modellprojekt, das in Lübeck und Dithmarschen durchgeführt worden ist.

Die Sachbearbeitung in einer Hand und die **Kooperation** der verschiedenen Dienste und Dienststellen bietet die Voraussetzung, dass problematische Jugendliche nicht aus dem Blickfeld geraten und mit den Folgen ihrer Tat unmittelbar und schnell konfrontiert werden. Es ist gut, dass seit der ersten Lesung auch im Bereich Lübeck das „vorrangige Jugendverfahren“ Anwendung findet. Denn wir wissen, dass die schnelle und konsequente Reaktion das A und O im Umgang mit straffälligen Jugendlichen ist. Das ist auch unser Ansatz und auch der wichtigste Ansatz für die Zukunft.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Rother [SPD] - Werner Kalinka [CDU]: So ist es!)

Mit unserem **Jugendstrafvollzugsgesetz** haben wir den Rahmen für die **Resozialisierung** von jugendlichen Straftätern geschaffen, für einen **Vollzug**, in dem Ausbildung, Sport, der partnerschaftliche Umgang miteinander in der Gruppe und - falls nötig - **Therapieangebote** im Mittelpunkt stehen. Der Haushalt 2009/2010 beweist, dass wir mit der Umsetzung dieses Gesetzes ernst machen, indem wir ganz erhebliche Mittel für die personellen und investiven Erfordernisse zur Verfügung stellen.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD], Olaf Schulze [SPD] und Thomas Rother [SPD])

Wir haben also in der Tat weitreichende Möglichkeiten, der Jugendkriminalität zu begegnen, präventive und repressive. Jugendkriminalität bleibt dennoch eine tägliche Herausforderung für Jugendhilfe und Justiz, Polizei und Schule und für uns Politiker. Das will ich gern auch eingestehen.

Aber die Veränderungen der letzten Jahre zeigen, dass sich etwas bewegt, dass alle Beteiligten für mehr Kooperation und neue Entwicklungen offen sind. Ich denke - das ist nur ein Beispiel - an einen Vortrag des Vertreters eines Jugendhelfeträgers im Rahmen der Diskussion um das Jugendstrafvoll-

(Anna Schlosser-Keichel)

zugsgesetz, der im Ausschuss seine Vorstellungen über neue Formen der Jugendhilfe und auch des Jugendvollzugs für jugendliche Gewaltstraftäter eingebracht hat. Diese Diskussion würden wir gern in Ruhe und Sachlichkeit führen und nicht aufgeregt vor dem Hintergrund von aktuellen Gewalttaten, wie sie bedauerlicherweise wieder vor wenigen Tagen in Neumünster stattgefunden haben. Ich denke, dass das der Problematik auch nicht gerecht würde.

Wir diskutieren also gern über die Weiterentwicklung, aber was wir nicht brauchen und nicht wollen, ist eine Verschärfung des Jugendstrafrechts.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch wenn Sie diese Formulierung im Antrag vermissen, wiederhole ich sie für die SPD-Fraktion gern. Ich habe das bereits in der ersten Lesung, im Ausschuss und in diversen Veranstaltungen gesagt, Herr Kubicki. Die Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss, in der die Fachleute aus Justizvollzug, aus Richter- und Anwaltschaft, aus Jugendhilfe und Wissenschaft in wirklich beeindruckender Einigkeit einer **Strafverschärfung** eine Absage erteilt haben, unterstreicht diese Position.

Es wäre fatal, wenn über die Diskussion über unser Abstimmungsverhalten oder über die mangelnde Klarheit, was die Ablehnung angeht, der Eindruck oder schlimmer noch das Signal entstehen würde, im Schleswig-Holsteinischen Landtag gebe es eine Mehrheit für die Verschärfung des Jugendstrafrechts. Das ist nicht der Fall.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben Sie hingeschrieben!)

Präsident Martin Kayenburg:

Da vorhin einige Unruhe zu verspüren war, will ich darauf hinweisen, dass beabsichtigt ist, nach diesem Tagesordnungspunkt nur noch den Tagsordnungspunkt 18 aufzurufen. Das heißt, der Tagesordnungspunkt 5, Landesbauordnung, wird auf morgen verschoben, weil ein Ende der Sitzung für 17:30/18.00 Uhr vereinbart war.

Nun hat der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Sehr verehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geblieben ist nur die Überschrift „Ent-

schließung zum Jugendstrafrecht“. Mehr ist vom Entschließungsantrag von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW nicht mehr da. Kein Ja oder Nein zu unseren Forderungen gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts, stattdessen gibt es jede Menge Weichspüler, sodass nur große Seifenblasen entstanden sind. Selbstverständlichkeiten, die vielleicht keinem unmittelbar schaden, aber die allenfalls denen nutzen, die ein vermeintliches Sicherheitsgefühl durch steigende Strafmöglichkeiten bedienen wollen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Inhaltlich betrachtet ist damit die Beschlussempfehlung, genauer gesagt das, was CDU und SPD aus unserem Antrag gemacht haben, kaum noch das Papier wert, auf der sie geschrieben steht.

Unser Ziel war es, das **geltende Jugendstrafrecht** beizubehalten. Gerade nach den Vorkommnissen in Hessen wollten wir weiterem Wunderglauben, durch Verschärfungen lasse sich die Jugendkriminalität bekämpfen, sozusagen einen Riegel vorschieben. Hinter Schloss und Riegel sehen CDU und SPD in Schleswig-Holstein jedoch leider lieber straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende.

Dabei ist es ein Irrglaube anzunehmen, Kollege Wadepful, Strafverschärfungen in Umfang oder Qualität oder eine frühere **Anwendung des Erwachsenenstrafrechts** würden zu mehr Gesetzestreue, zu weniger Kriminalität oder zu mehr Resozialisierung beitragen. Die Anhörung hat im **Gegenteil** auf vielfache Weise und nahezu einhellig deutlich gemacht, dass derartige Maßnahmen viel mehr zur Entstehung, Stabilisierung und Verlängerung krimineller Karrieren als zu ihrer Vermeidung beitragen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD, nun werden Sie darauf hinweisen, dass in Ihrer Formulierung nicht ein Wort von Strafverschärfung, Höchststrafe, Herabsetzung der Strafmündigkeit oder gar Erziehungscamps enthalten ist.

(Jürgen Weber [SPD]: So ist es!)

- Kollege Weber, formal ist das richtig. Aber was verstehen Sie dann unter - ich zitiere einmal - Notwendigkeit zur „frühzeitigen verbindlichen Intervention“ bei Intensiv- und Mehrfachtätern? Welches „differenzierte Angebot für eine intensive und umfassende Betreuung dieser Kinder und Jugendli-

(Wolfgang Kubicki)

chen“ haben Sie im Kopf, das Sie „ausschöpfen und weiterentwickeln“ wollen? Sprache kann verräterisch sein. Hier ist sie es.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bislang findet das Jugendstrafrecht Anwendung für Jugendliche und Heranwachsende, also Personen, die zur Zeit der Tat wenigstens vierzehn sind. Ihre Intensivbetreuung wollen Sie aber bereits Kindern, also unter 14-Jährigen, angedeihen lassen. Dabei war auch in diesem Punkt die Anhörung eindeutig. Frau Kollegin Schlosser-Keichel, Sprache ist verräterisch. Eine Herabsetzung der Strafmündigkeit von 14 auf zwölf Jahre ist weder mit dem Grundgesetz noch mit dem Erziehungsgedanken des Jugendstrafrechts vereinbar.

Und was verstehen Sie unter einer „frühzeitigen verbindlichen Intervention“? Was halten Sie für eine „intensive und umfassende Betreuung“? Wohl nicht zufällig fehlt hier jede Konkretisierung. Deshalb erlaubt das eine andere Interpretation durch den Kollegen Lehnert, als Sie das vielleicht im Kopf haben.

Erlauben Sie mir deshalb einen Rückschluss. Schließlich gehen Sie auch davon aus, dass die aktuellen ambulanten Familienhilfen, die Schulsozialarbeit oder auch die Förderung der Integration von Migranten bereits ausreichend seien und damit geeignete Maßnahmen zur Vorbeugung von Jugendkriminalität angeboten würden. Leider trifft das in dieser Form nicht zu, aber Ihre Annahme lässt befürchten, dass wenn dieser konstruktive Weg vermeintlich nicht greift, nur noch Härte oder Wegsperrungen helfen, um der Jugendkriminalität begegnen zu können.

Doch dieser Ansatz ist verfehlt. Sicherlich gibt es Fälle, in denen ein Einsperren unumgänglich ist. Der weit größeren Gruppe Jugendlicher und Heranwachsender wäre aber damit geholfen, wenn eine **Schulsozialarbeit** auch tatsächlich stattfinden würde oder wenn die **ambulante Familienhilfe** vor Ort auch besetzt wäre. Aus genau diesem Grund haben wir deshalb deren Ausbau gefordert, weil wir die Arbeit der Sozialarbeiter, des knappen Gefängnispersonals, der Ausbilder und Lehrer für straffällig gewordene Jugendliche anerkennen und eben auch erkennen, dass sie Unterstützung brauchen, um ihren Wirkungsmöglichkeiten zu einem Erfolg zu verhelfen.

Offenbar will das die Große Koalition nicht sehen. Bislang wurden alle unsere Anträge, und zwar egal, ob sie von uns, den Grünen oder vom SSW kamen,

beispielsweise für mehr Schulsozialarbeit oder zum Jugendstrafvollzugsgesetz, inhaltlich oder über den Haushalt abgelehnt, und der Schwarze Peter wurde allenfalls noch den Kommunen zugeschoben. Dabei liegt es geradezu auf der Hand, dass die gesellschaftlichen Kosten bei dieser Sichtweise deutlich höher ausfallen müssen,

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

nicht nur weil jeder Strafvollzug deutlich teurer wird als vorherige präventive Arbeit, sondern auch, weil in der Folge statt weniger neue Kriminalitätsoffer zu beklagen sind.

Ich darf Sie daher herzlich bitten, nicht der Beschlussempfehlung zu folgen, sondern unserem Antrag zuzustimmen. Kriminalität lässt sich nicht durch härtere Sanktionen reduzieren; sie wird dadurch allenfalls gefördert. Deshalb sollten wir uns erst gar keine hessischen Hintertürchen offenhalten. Jugendstrafrecht ist nur das letzte Mittel. Was wir brauchen, ist eine gute Kinder- und Jugendhilfe, eine gute Sozial- und Integrationspolitik.

Herr Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Sie sind ja aus diesem Alter etwas entwachsen, aber ich kann Ihnen sagen, auch aus eigener beruflicher Erfahrung: Im Jugendstrafrecht hat der **Erziehungsgedanke** Vorrang, weil die Jugendlichen noch nicht entwickelt sind, nicht der Straf-, Vergeltungs- und Sanktionsgedanke. Daran sollten wir uns halten und nicht so tun, als dürften wir daran vorübergehen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute vor knapp zwei Wochen stürmten zwei Jungen im Alter von 17 und 15 Jahren eine Schulklasse in Neumünster und verprügelten einen 13-Jährigen. Der Jüngere von beiden war der Polizei als so genannter Intensivtäter bereits bekannt. Dieser Fall ist erschreckend und nicht zu rechtfertigen. Daraus aber nun abzuleiten, dass wir solche Taten zukünftig verhindern könnten, wenn wir das Jugendstrafrecht verschärfen würden, Herr Lehnert, das ist blanker Unsinn. Das deutsche **Jugendstrafsystem** leidet nicht unter mangelnder Härte. Die vorhandene

(Monika Heinold)

nen Möglichkeiten reichen aus, beginnend mit der Ableistung von unentgeltlichen Arbeitsstunden, beispielsweise in gemeinnützigen Einrichtungen über die Verhängung von Arrest bis zur Jugendstrafe von bis zu zehn Jahren. Maßnahmen wie der kurzfristige Wochenendarrest in der Jugendarrestanstalt in Neumünster machen durchaus Eindruck auf unsere Jugendlichen. Bewährt hat sich insbesondere auch die **Beschleunigung** der **Jugendstrafverfahren**. Der direkte und zeitnahe Bezug zur Tat ist für Jugendliche absolut wichtig.

Wenn wir das Ziel haben, Gewalttaten Jugendlicher zukünftig zu vermeiden, gibt es aber nur eine richtige Antwort: Die **präventiven Maßnahmen** müssen gestärkt werden.

Herr Lehnert, Sie sagten, es ist vor allem der Täter selbst zuständig. Ich sage Ihnen, Herr Lehnert: Kein Kind wird als Täter geboren. Wir brauchen faire **Chancen** für alle jungen Menschen durch bessere Integration, durch Bildung und Chancengleichheit und durch Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Jeder Tag, den ein Jugendlicher ohne Schule, ohne Ausbildung oder Arbeit, also ohne Perspektive auf der Straße verbringt, ist ein Tag zuviel.

Kriminelle Jugendliche sind auch immer ein Zeichen von staatlichem Versagen im Vorfeld. Dass Freiheitsentzug in der Regel nicht die versprochene abschreckende Wirkung erzielt, machen doch die hohen **Rückfallquoten** der zu Freiheitsstrafen verurteilten Jugendlichen von bis zu 80 % deutlich. In der Regel verstärkt sich der Frust bei Jugendlichen, wenn sie die erste Erfahrung von Freiheitsentzug machen. Sie empfinden dieses als weitere Ausgrenzung, als endgültiges Zeichen dafür, dass sie in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Die Folge ist, dass sie der Gesellschaft ihrerseits noch weiter den Rücken zukehren, also genau das Gegenteil dessen, was wir bewirken wollen.

Einsperren und abschieben sind keine Mittel zur Lösung gesellschaftlicher und sozialer Probleme.

(Beifall bei FDP und SSW)

Dies gilt insbesondere auch für die Behandlung straffällig gewordener jugendlicher Ausländer. Jugendliche, die in Deutschland aufwachsen und hier straffällig werden, sind ein Problem unserer Gesellschaft, dieser Gesellschaft, das nicht einfach abgeschoben werden kann und darf. Der überproportional hohe Anteil **ausländischer Jugendlicher** in den Jugendstrafvollzugsanstalten ist auch ein Ergebnis gescheiterter Integration.

Wenn Sie sich hier hinstellen, Herr Lehnert, und immer wieder sagen, nun lasst uns doch endlich Statistiken erstellen, woraus wir den Migrationshintergrund von jugendlichen Straftätern erkennen, dann sage ich: Sie wollen die Integration überhaupt nicht!

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Immer wieder merkt er das hier an und sagt, er wolle unbedingt aus den Statistiken ersehen, wer welche Hautfarbe hat.

(Peter Lehnert [CDU]: Das ist doch völliger Blödsinn!)

- Sie haben gerade wieder gesagt, Sie wollen Statistiken, aus denen Sie den **Migrationshintergrund** erkennen können. Das können sie nachlesen.

Das Ziel des Jugendstrafrechts ist nicht die Bestrafung - das ist eben gesagt worden -, sondern der Erziehungsgedanke steht im Vordergrund.

(Jürgen Weber [SPD]: Das ist doch unstrittig!)

Neuen Straftaten des Jugendlichen oder Heranwachsenden soll entgegenwirkt werden. Wir wollen das Jugendstrafrecht nicht ändern, so unser Antrag. Hier bei Ihnen gab es die Diskussion darüber, die Verschärfung hineinzubringen. Die besten Maßnahmen sind immer noch diejenigen, die jugendliche Kriminalitätskarrieren vermeiden.

Eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik muss auf Förderung, Prävention und Integration setzen. Entscheidend dafür ist eine Bildungspolitik, welche Chancen eröffnet und den Kindern Anerkennung zollt, statt Schwächen aufzuzeigen und so lange auszusortieren, bis Kinder und Jugendliche in die Perspektivlosigkeit fallen.

Nach allem, was wir über den Fall in Neumünster wissen, war zumindest einer der beiden Straftäter in genau dieser Situation der vollständigen Perspektivlosigkeit. Der Staat muss - -

(Peter Lehnert [CDU]: Deshalb durfte er das, oder was heißt das?)

- Nein, ich habe das am Anfang sehr deutlich gesagt, dass es keine Entschuldigung dafür gibt. Aber ich sage Ihnen: Wir, der Staat, wir, unsere Gesellschaft, haben eine Verantwortung, die Kinder und die Jugendlichen so zu begleiten, dass sie gar nicht erst in dieser perspektivlosen Situation enden.

(Monika Heinold)

Meine Damen und Herren, der Staat muss handeln, bevor Jugendliche durch Straftaten auf sich aufmerksam machen. Hier sind alle gefordert.

(Beifall bei FDP und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW hat das Wort die Frau Vorsitzende, die Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ergebnisse der Anhörung haben in beeindruckender Klarheit gezeigt: Es gibt keine Defizite im Jugendstrafrecht, und die bisherigen Instrumente der Sanktion sind schon vielfältig genug, um differenziert auf die einzelnen Täter und Taten einzugehen. Wenn es Defizite gibt, dann in der Anwendung der bestehenden Möglichkeiten, was zuerst auf die finanziellen Rahmenbedingungen zurückzuführen ist.

Die Kriminologen und Praktiker unterstützen den Antrag von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Die Innenministerien der CDU-geführten Länder lehnen ihn ab. Insoweit ist es bedauerlich, dass die SPD sich der CDU anschließt und einen neuen Antrag einbringt, dem wir nicht zustimmen werden.

(Unruhe)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich darf daran erinnern, dass die Frau Spoorendonk das Wort hat.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Es bleibt festzuhalten:

(Zuruf von Jürgen Weber [SPD])

Die Forderungen nach **härteren Strafen**, lieber Kollege Weber, mögen der politischen Profilierung dienen. Sie erfüllen aber nicht den Zweck, jugendliche Straftäter auf den rechten Weg zurückzubringen.

Ich bringe noch einmal in Erinnerung, was der Hintergrund dieses Antrags war; der liegt seit einem Jahr in den Ausschüssen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Hintergrund war das, was Roland Koch vor der Landtagswahl in Hessen gesagt hat. Ich bitte, ein bisschen auf dem Teppich zu bleiben.

Wie gesagt, die Forderungen nach härteren Strafen mögen ja der politischen Profilierung dienen, sie erfüllen aber nicht den Zweck, jugendliche Straftäter auf den rechten Weg zurückzubringen; denn es ist und bleibt nun einmal so, dass die Androhung drakonischer Strafen Jugendliche nicht von Straftaten abbringt. Kein Jugendlicher kalkuliert vor dem Zuschlagen den Nutzen und die Kosten und kommt aufgrund der **Höhe der Strafandrohung** zum rationalen Schluss, es dann doch lieber sein zu lassen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andererseits wissen wir auch, dass ein Gefängnis-aufenthalt allein nicht auf den geraden Weg zurückführt. Im **Strafvollzug** lernen sie nicht unbedingt, wie ein anderes, rechtschaffenes Leben aussieht. Im Gegenteil, liebe Kollegen und Kollegen, sie sehen vor allem, wie andere Kriminelle so leben. Das soziale Umfeld der Gleichaltrigen hat den größten Einfluss darauf, ob jemand kriminell wird. Dieser Einfluss wird auch in den hohen **Rückfallquoten** nach der Entlassung aus dem Strafvollzug sichtbar. Das ist ja das wirklich Katastrophale. 70, 80 % so hoch ist die Rückfallquote. Mehr und längere Gefängnisaufenthalte sind also nicht geeignet, um straffällig gewordene Jugendliche von der Begehung weiterer Straftaten abzuschrecken und zu re-sozialisieren.

Wenn es einen **präventiven Effekt** der Strafe gibt, so dann, wenn das Bestrafungsrisiko hoch ist und die Strafe der Tat auf dem Fuße folgt. Mit anderen Worten: Es muss das Ziel sein, möglichst viele Straftaten zu entdecken und sie auch zügig zu ahnden.

(Beifall beim SSW)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschieht in Schleswig-Holstein immer noch nicht genügend. Die Instrumente hierfür sind schon vorhanden. Eine konsequente Verfolgung von Jugendkriminalität erfordert keine Änderung des Strafrechts, sondern entsprechende Mittel im Landeshaushalt für Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte und Bewährungshelfer und für eine bessere Betreuung im **Jugendstrafvollzug**, nicht zuletzt wenn es um den Übergang in die Freiheit geht.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Anke Spoorendonk)

Diese Diskussion haben wir hier im Haus auch schon geführt. Diese Erkenntnisse haben teilweise auch Eingang in den Antrag der Großen Koalition gefunden.

Wir begrüßen, dass die Stärkung des **vorrangigen Jugendverfahrens** und der verschiedenen Dienste zur **Prävention** und **Resozialisierung** im Beschluss der CDU/SPD-Ausschussmehrheit Erwähnung findet. Dennoch bleibt aber der entscheidende Unterschied, dass CDU und SPD nicht eindeutig von Verschärfungen Abstand nehmen, die wir für falsch halten. Das **Jugendstrafrecht** bietet nicht nur, so wie es in dem Koalitionsantrag steht, weitreichende, sondern auch ausreichende Möglichkeiten. Wer etwas gegen Jugendkriminalität unternehmen will, muss von den Jugendlichen ausgehen, die verändert werden sollen. CDU und SPD haben mit ihrer Forderung aber nicht die jugendlichen Täter im Blick. Das ist durch die Anhörung ganz deutlich geworden. Am Ende ist eine solche Politik sogar gefährlich, weil sie offensichtlich ihr Ziel nicht erreichen kann und so in Kauf nimmt, dass weitere Menschen zu Opfern werden.

Wir brauchen keine Verschärfung der Jugendstrafen. Wir brauchen nicht nur Methoden der Sanktionierung, wir dürfen nicht nur bestrafen, sondern müssen auch neue Lebensperspektiven aufzeigen, und wir brauchen eine stärkere **Prävention**. Denn letztlich geht es nicht nur um Strafen, sondern eben um soziale Fragen.

Der Herr Kollege Lehnert hat in seiner Rede zu unserem Antrag im Januar 2008 selbst eine Reihe sozialer Ursachen der Kinder- und Jugendkriminalität aufgezeigt: fehlende Zukunftsperspektiven, mangelnde soziale Kompetenzen, eine schlechte Ausbildungssituation und überforderte Eltern. Solche Probleme lassen sich aber nicht mit Härte oder mit konservativer Werteerziehung bewältigen, sondern nur mit einer ordentlichen Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Jugendpolitik. Das kostet mehr als einen moralischen Zeigefinger.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat die Frau Abgeordnete Anna Schlosser-Keichel das Wort.

Anna Schlosser-Keichel [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kubicki, ich möchte auf Ihren Vorwurf antworten, wir würden durch die Blume von Verschärfungen sprechen. Das ist absolut nicht der Fall. Die Forderung nach frühzeitiger und verbindlicher Intervention stammt zum Beispiel aus der von mir genannten Studie zum Modellprojekt in Dithmarschen/Lübeck, in der eben festgestellt worden ist, dass das Kind oft in den Brunnen fällt, weil zu lange weggesehen und verharmlost wird, weil die Eltern allein gelassen werden, weil zu lange Zuständigkeiten geprüft werden, weil schließlich diverse Dienststellen befasst sind und weil der Jugendliche im Zuge dieser Verfahren aus den Augen gerät. Dass man hierauf reagiert hat, habe ich in meiner Rede deutlich gemacht. Man hat nunmehr die Jugendsachbearbeiter, man hat die Bearbeitung aus einer Hand. - Das wollten wir unter Ziffer 3 sagen. Im zweiten Satz dieser Ziffer wird ausdrücklich ausgeführt: Das bestehende differenzierte Angebot für Kinder und Jugendliche ist auszunutzen.

Schleswig-Holstein ist das Land der **Jugendhilfeeinrichtungen**. Wir haben hier wesentlich mehr Jugendhilfeeinrichtungen, als zur Betreuung von Jugendlichen aus Schleswig-Holstein erforderlich wären. Vielmehr werden hier Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet betreut. Es gibt hier eine so breite Angebotspalette, dass man wirklich für jedes Kind, für das eine Behandlung und Betreuung gesucht wird, einen Platz hat; nur ist dieser oftmals nicht zu finden.

Aus dieser Studie hat sich dann auch ergeben, dass eine Clearingstelle - ich glaube, sie heißt jetzt **Beratungsstelle** - eingerichtet worden ist, sodass in problematischen Fällen die Jugendämter, das Ministerium und die Betroffenen nach der geeigneten Einrichtung suchen, die in der Lage ist, auf die spezielle Problemlage einzugehen und eine intensive und umfassende Betreuung sicherzustellen.

Auch dafür, dass wir die Angebote weiterentwickeln wollen, habe ich ein Beispiel genannt. Dazu sollte man sich noch einmal das **Konzept des Kinder- und Jugendhilfeverbundes** anschauen, in dem nicht nur dargestellt wird, dass man auch Vollzug in freien Formen erproben könnte, sondern in der auch deutlich gemacht wird, dass man eine intensive Betreuung für besonders problematische Jugendliche andenken sollte, von denen es in Schleswig-Holstein nur ganz wenige gibt, sodass man das gegebenenfalls länderübergreifend machen müsste. Darüber würden wir uns gern unterhalten. Ich mei-

(Anna Schlosser-Keichel)

ne damit keine geschlossene Einrichtung, von der Herr Lehnert immer spricht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was denn sonst! -
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was denn sonst!)

- Eine Eins-zu-eins-Betreuung! Lassen Sie uns das weiter beraten, und lassen Sie uns dieses Projekt des Kinder- und Jugendhilfeverbundes einmal ansehen. Dies ist keine geschlossene Einrichtung wie die in Hamburg, die übrigens wegen Erfolglosigkeit jetzt wieder geschlossen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident, ich fasse es nicht! Ich habe gerade SPD-Abgeordnete gesehen, die geklatscht haben. Ich komme zu dem Schluss, dass bei den Sozialdemokraten offensichtlich keine Kommunikation mehr stattfindet.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Frau Schlosser-Keichel, zunächst müssen wir feststellen, dass Kinder nicht dem Jugendstrafrecht unterfallen. Ich denke, insoweit sind wir uns noch einig.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schlosser-Keichel [SPD])

Es ist eine EntschlieÙung zum Jugendstrafrecht, und Sie schreiben jetzt im zweiten Satz der Ziffer 3, das bestehende differenzierte Angebot für die intensive und umfassende Betreuung dieser Kinder und Jugendlichen sei voll auszuschöpfen und weiterzuentwickeln. Wie das weiterentwickelt werden soll, sagt SPD-Innenminister Lothar Hay. Auf einer **gemeinsamen Konferenz** mit seinen Kolleginnen und Kollegen aus Bremen und Hamburg wurde erklärt - Sie kennen diese Erklärung wahrscheinlich; wenn nicht, kann ich sie Ihnen gern überreichen; sie stammt vom Februar 2008 -, die drei **Innenexperten** hätten dafür plädiert, jugendliche Intensivtäter bei Bedarf auch in einer **geschlossenen Unterbringung** zu betreuen. Es solle eine neue gemeinsame Einrichtung aller Nordländer geschaffen werden, die der in Hamburg entspreche.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das ist ja auch angemessen!)

- Das stammt aus der „taz“ vom 8. Februar 2008. Mir liegt die Erklärung im Original vor. Dann müssen Sie das den Menschen auch sagen und nicht bei allen Veranstaltungen so tun, als seien Sie die glorreichen Betreuer von Kindern, und hinterrücks wird genau das Gegenteil gemacht.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Innenminister erklärt, er wolle geschlossene Einrichtungen für Kinder. Sie sagen, Sie wollen das nicht. Der EntschlieÙungstext gibt genau dies her. Wenn Sie das nicht gemeint haben, dürfen Sie so etwas nicht unterschreiben. Ansonsten werden Sie extrem unglaubwürdig.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung hat der Herr Minister für Justiz, Arbeit und Europa, Uwe Döring, das Wort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Döring wird das jetzt richtigstellen! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das kann er gern tun! Ich habe die Erklärung hier!)

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich lasse meinen Redetext einmal beiseite und darf mich zunächst dafür bedanken, dass diese Diskussion sehr engagiert, aber gegenüber dem, was wir Ende letzten Jahres und Anfang dieses Jahres in der öffentlichen Diskussion hatten, außerordentlich sachlich war. Ich denke, das ist wichtig, und das ist auch dem Thema angemessen.

Sie kennen mich. Ich liebe klare Worte, und das auch bei diesem Thema. Zunächst also Folgendes: Der Justizminister ist gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin gegen die Herabsetzung der Strafmündigkeit. Ich bin gegen die Erhöhung der Höchststrafe. Ich bin der Auffassung, dass die Instrumente, die wir haben, ausreichend sind.

(Minister Uwe Döring)

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Aber, bevor Sie klatschen: Diese Instrumente müssen konsequent angewandt werden; nur dann sind sie ausreichend.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir dürfen eines dabei nicht vergessen: Es gibt **unterschiedliche Formen der Jugendkriminalität**. Auf der einen Seite gibt es geringe Formen von Jugendkriminalität. Ich will das jetzt nicht bagatellisieren; aber in der Lebensphase des Erwachsenwerdens gehört es offenbar auch dazu, dass man einmal Grenzen überschreitet. Das ist jetzt nicht in dem Sinne zu tolerieren, dass man sagt: Es ist in Ordnung. Aber hierauf muss eine andere Reaktion erfolgen als gegenüber dem, was wir unter Gewaltkriminalität verstehen. Hier ist der **Erziehungsgedanke** der richtige. Hier ist es nicht richtig, junge Menschen wegzusperren, sondern hier ist es richtig, eine andere Form - Täter-Opfer-Ausgleich, Diversion und Ähnliches - anzuwenden, wie es Schleswig-Holstein kennt.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

- Herr Kalinka, hören Sie genau zu!

(Werner Kalinka [CDU]: Das tue ich!)

Es gibt daneben **Intensivtäter**, und es gibt Gewaltkriminalität. Davor darf man nicht die Augen verschließen. Herr Lehnert, Sie haben recht, es sind etwa 750 junge Menschen in Schleswig-Holstein, die dazu zählen.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

- Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, bitte machen Sie das! - Es gibt 750 Intensivtäter. Das sind junge Menschen, die in 12 Monaten fünf oder mehr Delikte oder zwei oder mehr Gewalttaten - so ist die Definition in Schleswig-Holstein - begangen haben. Bei diesen Intensivtätern kommt es darauf an, dass wir schnell reagieren. Dafür haben wir das vorrangige Jugendverfahren. Ich bin sehr froh, dass das jetzt auch im Landgerichtsbezirk Lübeck eingeführt und durchgeführt wird.

(Vereinzelter Beifall)

Das bedeutet, man soll innerhalb von sechs Wochen eine Verurteilung haben.

Ich bin froh, dass der Kollege Hay eine **Arbeitsgruppe Intensivtäter** gegründet hat, die diese jun-

gen Menschen betreut. Es gilt nicht mehr das Taortprinzip, sondern das **Wohnortprinzip**. Das heißt, jeder jugendliche Intensivtäter hat jemanden in der Polizei - als Gesicht -, der auch einmal vorbeikommt und fragt: Wie sieht es denn aus? Heute wird Geburtstag gefeiert, haut nicht über die Stränge, wir achten auf euch. Den Intensivtätern muss man deutlich machen, dass die Gesellschaft diese Art der Gewalttaten nicht duldet.

Wir haben festzustellen, dass wir eine Verlagerung haben: Es gibt nicht mehr Jugendkriminalität, aber es gibt mehr Gewalt, **Gruppendedikte**. Da sind Intensivtäter festzustellen. - Herr Kubicki, Sie möchten eine Zwischenfrage stellen.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Minister, weil ich Sie schätze, nur zur Klarstellung: Habe ich Sie richtig verstanden, dass das Modell vorsieht, binnen sechs Wochen eine Hauptverhandlung durchzuführen, nicht binnen sechs Wochen zur Verurteilung zu kommen?

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Sie haben mich trotz meiner juristisch unkorrekten Ausdrucksweise richtig verstanden. Es freut mich sehr, dass Sie mich verstehen, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich verstehe Sie, Herr Minister!)

- Das ist sehr schön. Das kann der Beginn einer wunderbaren Freundschaft werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Es ist richtig ausgeführt worden: Der Erziehungsgedanke ist der, der bei jungen Menschen im Vordergrund stehen muss. Dazu gehört eine ausgewogene und abgestimmte Familien-, Schul-, Sozial- und Medienpolitik, die wir in Schleswig-Holstein auf den Weg bringen. Ich hoffe, dass wir uns gerade mit dem Thema Umgang mit Intensivtätern ressortübergreifend weiterbeschäftigen werden. Ich bin mir sicher, dass wir das machen.

Es ist erforderlich, dass Jugendstrafverfahren - wie gesagt - möglichst schnell durchgeführt werden. Wir haben die entsprechenden Diversionsrichtlinien, das **vorrangige Jugendverfahren**. Wir sind

(Minister Uwe Döring)

auch im Jugendstrafvollzug der Verantwortung nach Prävention nachgekommen.

Bei all den Bemühungen, bei denen wir uns noch mehr als bisher anstrengen müssen, sollten wir uns nicht der Illusion hingeben, dass wir damit alle Probleme lösen. Es wird immer Gruppen in der Gesellschaft geben, auf die die Gesellschaft reagieren muss. Liebe Frau Heinold, bei aller Schwierigkeit eines Lebensweges gibt es am Ende auch eine Eigenverantwortung.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Auch jemand, der aus schwierigen Verhältnissen kommt, der sicherlich das eine oder andere hat einstecken müssen, kann sich nicht einfach damit entschuldigen, dass er es schwer hatte im Leben. - Das war es vielleicht, und wir hätten mehr helfen müssen. Aber es gibt am Schluss auch eine Eigenverantwortung. Auch das muss man beim Erziehungsgedanken Menschen beibringen - um da nicht missverstanden zu werden. Wir werden weiter entsprechende Angebote im Justizbereich machen, die sich am Erziehungsgedanken orientieren.

Herr Lehnert, der Hinweis auf die Zusammenarbeit mit Hamburg liegt nahe, weil wir gerade im Hamburger Umland so etwas zu beklagen haben und die Menschen da hin und her wechseln. Die Zusammenarbeit ist für mich jetzt etwas einfacher, nachdem die neue schwarz-grüne Koalition das schleswig-holsteinische Jugendstrafrecht zum Vorbild nimmt und gerade entsprechend novelliert, sodass ich auch hier auf eine gute Zusammenarbeit hoffe.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich lasse über den Antrag Drucksache 16/1816 (neu) in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW in der Fassung der Drucksache 16/2356 angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 18 auf:

EU-Kompromiss zum Umbau der Agrarsubventionen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2333

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2373

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was die EU zu den Agrarsubventionen Ende November beschlossen hat, ist zwar formell ein Kompromiss, aber politisch ist es mehr: Es ist ein Schritt hin zu einer mehr der Nachhaltigkeit verpflichteten Landwirtschaft und vor allem ein Schritt weg von der Einzelförderung hin zur Strukturförderung. Wir als SSW begrüßen diesen Schritt sehr, zeigt er doch, dass die EU hier weiter ist als zum Beispiel die bundesdeutsche Politik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während man hier noch auf Besitzstandswahrung setzte, hat man in **Brüssel** den ersten konkreten Schritt hin zu einer **Umstrukturierung** der Landwirtschaftspolitik gewagt.

Das Ganze geschieht dabei durchaus unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten, in der der einzelne Landwirt stecken mag. **Direkthilfen** unter 5.000 € werden laut EU-Kompromiss nicht angetastet. Das heißt, die Kleinen werden geschont, und die Kürzung der Subventionen trifft nur die, die es verkraften können. Bekommt ein Landwirt oder auch ein Industrieunternehmen - schließlich haben auch diese landwirtschaftlich genutzte Flächen - mehr als 5.000 €, werden die **Subventionen** um 5 % gekürzt. Das heißt, auch hier bleiben 95 % bei den jeweiligen Betrieben und Unternehmen. Nur wenn ein Unternehmen mehr als 300.000 € Subventionen im Jahr erhält, sollen weitere 4 %, also insgesamt 9 %, gekürzt werden.

Betrachtet man dieses Modell, so kann man sagen, dass ein Großteil der Subventionen erhalten bleibt und somit die **marktwirtschaftlichen Herausforderungen** für die Landwirtschaft erst einmal nur begrenzt sind. Somit bleibt die Planungssicherheit bestehen, aber gleichzeitig werden in Schleswig-Holstein 16 Millionen bis 17 Millionen € Agrarsubventionen freigesetzt, die jetzt anderweitig genutzt werden können und müssen.

(Lars Harms)

Die EU hat eindeutig das Ziel ausgerufen, dass die Subventionen für die Landwirtschaft, die eingespart werden, auch wieder dem Land zur Verfügung gestellt werden, aus dem sie entzogen wurden. Allerdings können diese nur abgerufen werden, wenn sie entsprechend kofinanziert werden. Diese **Mittel** müssen nun bereitgestellt werden, damit im ländlichen Raum investiert werden kann. Diese **Investitionen** können wichtige Impulse geben, die in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession nicht unterschätzt werden sollten. Die EU geht hier jedenfalls den richtigen Weg, indem mit dem EU-Geld zusätzliche Investitionen ausgelöst werden sollen, anstatt bestehende Strukturen nur zu subventionieren. Jeder Marktwirtschaftler sollte daher von dieser Idee angetan sein.

Ziel der Brüsseler Umverteilung ist es, Projekte zum Klima- und Naturschutz anzuschieben oder zur Entwicklung neuer Wirtschaftszweige im ländlichen Raum beizutragen. Hier bestehen insbesondere Chancen für Schleswig-Holstein. Bei der **Regionalentwicklung** sehen wir Chancen im Bereich der **Breitbandversorgung** im ländlichen Raum, die für neue Unternehmen sorgen könnte. Auch der **Tourismus** bietet im ländlichen Raum Möglichkeiten, eine Region weiterzuentwickeln. Wenn man bedenkt, dass die Gesamtförderung des Tourismus im unseren Land rund 2 Millionen bis 3 Millionen € jährlich beträgt - was die institutionelle Bezuschussung der Tourismusorganisation angeht -, ist die Gesamtsumme von 16 Millionen €, die zu vergeben ist, immens.

Auch die **Agrar-Umweltmaßnahmen** könnten besser gefördert werden. Würde man dies tun, würde man neue Einnahmemöglichkeiten für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum schaffen. Hier denke ich insbesondere an die Grünlandförderung und an die Extensivierung von Flächen. Schließlich ist in Schleswig-Holstein seit 2003 bundesweit am meisten Grünland umgebrochen worden, mit den entsprechenden nachteiligen Auswirkungen für den Naturhaushalt.

Welche Feststellungen können wir also treffen? Wir können erstens feststellen, dass der EU-Agrarkompromiss vom November nicht die Kleinbauern trifft, sondern eher die Großen der Branche und große Industriebetriebe. Zweitens können wir feststellen, dass die Kürzungen der Subventionen nicht so groß sind, als dass man von einer gravierenden Änderung sprechen müsste, die die Landwirtschaft in den Ruin treibt. Es bleibt somit die Planungssicherheit für die Betriebe bestehen. Drittens sind die

Mittel nicht verloren, sondern können für sinnvollere Maßnahmen als Subventionen genutzt werden.

Das alles ist ein kleiner Kompromiss mit einem deutlichen Fingerzeig, in welche Richtung die EU-Politik in dieser Frage gehen will, und das alles begrüßen wir.

Aufgabe des Landes ist es nun, hier möglichst viel daraus zu machen. Das setzt voraus, dass **Programme** umgestaltet werden und Geld in die Hand genommen wird, damit wir unsere **ländlichen Räume** mit dem frei werdenden Geld unterstützen können.

Dabei gilt es, mindestens die 16 Millionen bis 17 Millionen € wieder ins Land zu holen, die in Schleswig-Holstein bei den Subventionen rechnerisch gestrichen worden sind, und möglicherweise sogar nicht abgerufene Mittel anderer Länder für unser Land zu sichern. Hier erwarten wir im Ausschuss konkrete Angaben dazu, wie die Landesregierung genau dies umsetzen will.

(Beifall beim SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Agrarsubventionen ist höchst undurchsichtig. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben kaum eine Chance, zu verstehen, was da in Brüssel vor sich geht, und das hat auch noch System.

Da ist von einer ersten und zweiten Säule die Rede, von „Modulation“ und „Cross Compliance“. Wer soll da noch durchblicken? - Die Menschen haben allerdings ein Anrecht darauf, zu verstehen, was mit ihren Steuergeldern passiert. Aber dies haben die Regierungsfractionen ja schon einmal abgelehnt, als sie unseren Antrag zu mehr **Transparenz** bei der Vergabe von Subventionen abgebugelt haben.

EU-Agrarsubventionen sind unserer Auffassung nach kein Bauerngeld, sondern Steuergelder, die allen Menschen wieder zugute kommen sollen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir sind also gegen **Direktzahlungen** der sogenannten ersten Säule, wenn sie ohne wirksame so-

(Detlef Matthiessen)

ziale und ökologische Qualifizierung verteilt werden.

(Günther Hildebrand [FDP]: Die haben wir doch!)

Durch die derzeitige Verteilung sind die Betriebe im **Wettbewerb** benachteiligt, die mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stellen oder besondere Produktqualitäten erzeugen.

Wir sind vielmehr dafür, dass solche Betriebe besonders gefördert werden, die nicht auf Masse, sondern auf Klasse setzen. Wir wollen insbesondere solche Betriebe fördern, die etwas für mehr Arten- und Rassevielfalt tun, die sich um eine klimafreundliche und umweltfreundliche Produktion bemühen und die etwas für die Entwicklung der ländlichen Räume tun. Wir wollen also, dass mehr und mehr Geld in die zweite Säule fließt, die die Auszahlung wiederum an Bedingungen knüpft.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Meine Damen und Herren, die **EU-Agrarförderung** muss grüner werden. Die EU hat dies erkannt und beginnt - immerhin in kleinen Schritten -, diesen Weg zu gehen. Dabei hat sie die vier gesellschaftlichen Herausforderungen - Biodiversität, Klima, Wasser und regenerative Energien - zumal verbal in den Vordergrund gestellt. Als echte Reform will ich das nicht bezeichnen, aber es ist immerhin ein „Reförmchen“. Die Mittel sollen von heute 5 % auf 10 % im Jahr 2012 steigen und als Direktzahlungen in Richtung Förderung der ländlichen Räume fließen.

Schleswig-Holstein steht nun in der Pflicht, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes geeignete Programme zu entwickeln, mit denen **Klimaschutz, Artenerhalt und Wassermanagement** in der Landwirtschaft besser verankert werden können. Die Gelder dürfen auf keinen Fall für einen Ausbau der auflagenlosen Investitionsförderung oder einer Beschleunigung der Industrialisierung der Landwirtschaft eingesetzt werden.

Wie schon im **Bundesrat** ist Landwirtschaftsministerin Aigner auch in Brüssel mit ihren Vorstellungen zur Milchpolitik weitgehend gescheitert. Denn die Erhöhung der **Milchquote** um jährlich 1 % bis 2015 konnte sie nicht aufhalten.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung war wichtiger Motor dieses Scheiterns. Sie war erfolgreich gegen die Interessen der ländlichen Wirtschaftsentwicklung in unserem Land. Dies wird die

Situation der bäuerlichen Milcherzeuger in Europa, aber auch weltweit deutlich verschärfen. Schon jetzt ist weit über Bedarf Milch auf dem Markt, organisiert durch eine gezielt zu hoch angesetzte Liefermenge. Das führt zu ruinösen **Erzeugerpreisen** und wird zur **Existenzbedrohung** für viele Betriebe auch in Schleswig-Holstein.

Die beschlossene Überprüfung der **Marktlage** in 2010 und 2012 ist da nur ein kleiner Hoffnungsschimmer und wird hoffentlich zu einer realen Einschätzung der Situation genutzt. Als Trostpflaster wurde der Bundesregierung ein Milchfonds bewilligt, den die meisten **Milchbauern** allerdings so gar nicht wollen und der die Verluste aus der Mengenfregabe nicht im Mindesten auffangen kann. Er ist nicht finanziert, und zudem darf er mit den Mitteln aus der zusätzlichen Modulation gespeist werden.

Das ist mehr als bitter. Denn hier werden Gelder, die dringend für die Herausforderungen der biologischen Vielfalt, den Klimaschutz, den Wasserhaushalt und erneuerbare Energien benötigt werden, für eine verfehlte Milchmengenpolitik geopfert.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heindl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Milchbauern und Umweltentwicklung werden gegeneinander ausgespielt. Wir fordern die Landesregierung auf, die von der EU für die zweite Säule zur Verfügung gestellten Mittel anzunehmen und kofinanzieren. Die Verwendung der Gelder aus dieser **zweiten Säule** ist im Kern Ländersache. Wir appellieren daher an Sie, das Geld sinnvoll und verantwortungsbewusst zu investieren. Ein Milchfonds gehört aus unserer Sicht nicht dazu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Claus Ehlers das Wort.

Claus Ehlers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor kurzer Zeit hat die Europäische Union erneut die Agrarförderung verändert. Nach langen Diskussionen wissen wir nun, dass unsere schleswig-holsteinische Landwirtschaft über 17 Millionen € verlieren wird. Diese Mittel werden von der ersten in die zweite Säule umgeschichtet und fehlen auf den Höfen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

(Claus Ehlers)

Angesichts der jüngsten negativen Entwicklung der **Preise** auf dem **Getreidesektor** und auf dem **Milchsektor** ist dies eine mehr als bedenkliche Entwicklung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich muss uns daran gelegen sein, die dem Land zufließenden **Modulationsmittel** zu binden und sinnvoll einzusetzen. Die dafür erforderlichen **Kofinanzierungsmittel** müssen bereitgestellt werden. Für die zusätzlichen Modulationsmittel müssen dank der neuen Bundeslandwirtschaftsministerin nicht die üblichen 50 %, sondern nur 25 % kofinanziert werden.

Bemerkenswert ist für mich, dass die Reduzierung der Direktbeihilfen für manche Parteien offensichtlich überhaupt kein Problem darstellt und zugleich jeder Cent, um den der Milchpreis fällt, den regierungstragenden Parteien in Bund und Land angekreidet wird.

Fallende **Milchpreise** sind für viele Betriebe ein schwerwiegendes Problem, aber sinkende **Direktbeihilfen** sind es auch. Wer vorgibt, sich für unsere Landwirtschaft einzusetzen, macht sich mit einer selektiven Betrachtungsweise höchst unglaublich. Auch hier gilt: Der Zweck heiligt die Mittel - eben nicht.

So manche Entscheidung der Europäischen Union ist in Deutschland nicht auf viel Gegenliebe gestoßen. Oft genug wurde das, was als zuverlässig galt, umgestoßen. Die neue **Prämienregelung**, die in wenigen Jahren greift, muss längerfristig Bestand haben, um den Höfen verlässliche Plandaten zu bieten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ständige Hin und Her der Agrarpolitik führt auf den Höfen zu Entscheidungen, die nur für den Moment gültig sind und viel Flexibilität erfordern. Das belastet insbesondere junge Betriebsleiter, die Zukunftsinvestitionen planen. Wenn es gelingt, die neuen Modulationsmittel zu binden - und davon gehe ich aus -, dann müssen sie für eine planbare und nachhaltige Landwirtschaft eingesetzt werden. Die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit ist auch von der Politik abhängig. Das zu leisten, sind wir aufgerufen. Ich beantrage daher die Überweisung der beiden Anträge an den Umwelt- und Agrarschuss.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD hat nun Herr Abgeordneter Dr. Henning Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 20. November dieses Jahres hat der EU-Agrarministerrat in einer Nachtsitzung die im Vorfeld heiß diskutierten Beschlüsse zum sogenannten Health Check - auf Deutsch heißt das: die Überprüfung der Gesundheit der gemeinsamen Agrarpolitik - gefasst.

Nun hat sich der Nebel über den Äckern und Wiesen gelegt, und die kontroverse Kommentierung der Beschlusslage über die Inhalte lässt den Schluss zu, dass mit diesen Kompromissbeschlüssen ein tragfähiges Ergebnis erzielt wurde.

Wer mehr für die Landwirtschaft oder den ländlichen Raum erwartet hat, der sei daran erinnert, dass immerhin noch rund 43 % des EU-Haushalts in die Agrarpolitik fließen. Von den Etats der Landwirtschaft und der ländlichen Räume mit zusammen 53 Milliarden € gingen im letzten Jahr 6,8 Milliarden € an deutsche Bauern. Angesichts der erforderlichen Verlässlichkeit für die Landwirtschaft konnte daher nur eine Weiterentwicklung und keine Kehrtwende in der Agrarpolitik vollzogen werden.

Der Weg in eine **zukunftsfähige Landwirtschaft** und eine bessere **Infrastruktur in den ländlichen Räumen** ist klar und wird durch die Beschlüsse unterstrichen: Direktzahlungen werden entkoppelt und mit konkreten Umwelt- und Naturschutzstandards gekoppelt. Das nennen die Fachleute „Cross Compliance“. Der Aufwand für die Betriebe und Behörden wird weiter vereinfacht.

Die **Umverteilung der Direktzahlungen der ersten Säule** in die Entwicklung des ländlichen Raumes, also in die zweite Säule, wird durch neue Modulationssätze, gestuft nach Größe der Betriebe, verstärkt. Hier stehen neue **Mittel** bereit, um in den Bereichen Klimawandel, Wassermanagement, Schutz der biologischen Vielfalt und Erzeugung von Bioenergie und als Mittel für den sogenannten Milchfonds eingesetzt werden zu können.

Diese neuen Modulationsmittel müssen durch Bund und Land kofinanziert werden. Für Schleswig-Holstein sind im Schnitt 16 Millionen € zu 25 % von Bund und Land kofinanzieren, damit die Gelder im Land gehalten werden können. Das ist angesichts unserer Haushaltslage keine einfache Aufga-

(Dr. Henning Höppner)

be. Der Appell im Antrag des SSW ergeht aber auch in unserem Namen.

Weiter entsteht durch die in letzter Minute getroffene Entscheidung, den geplanten sanften **Milchquotenausstieg** in den **benachteiligten Regionen** mit Mitteln aus der zweiten Säule zu fördern, eine Konkurrenz zu den Zielen Biodiversität, Klimaschutz, Wasserhaushalt und erneuerbare Energien. Diese Konkurrenz darf bei allem Verständnis für die schwierige Situation der Milcherzeuger auch in Schleswig-Holstein nicht dazu führen, dass alle anderen **Ziele** vergessen werden. Wir wollen eine zukunftsfähige Milchproduktion und Landwirtschaft in einem intakten ländlichen Raum mit guter Infrastruktur.

Angesichts der großen Probleme für unsere Milchbauern dürfen bei dem Weg raus aus der Milchquote bis zum Jahr 2015 mit dem **Milchfonds** von über 300 Millionen € bundesweit keine zu großen Hoffnungen genährt werden. Der „Spiegel“ spricht in seiner aktuellen Ausgabe bei einem **Zuschuss** von 0,5 ct/l - wenn Sie das nachrechnen, stellen Sie fest, dass das bei einer 500-l-Kuh, die wir haben, ungefähr 42,50 € pro Euter und Jahr wären; das ist natürlich keine Größenordnung - etwas spöttisch von einem sogenannten Sterbegeld für die Milchbauern. Dies ist angesichts der Schwankungen auf dem Milchmarkt keine wesentliche Stütze.

Schleswig-Holstein hat als guter Milchproduktionsstandort mit seinem Produktionswert von knapp 800 Millionen € jährlich gute Chancen und muss seinen eigenen Weg gehen, um die **Milchproduktion** zu steigern. Dazu gehören einzelbetrieblich betrachtet erhebliche Anstrengungen und strukturelle Anpassungen in überbetriebliche Kooperationen, dies selbstverständlich auch bei den Meiereien. Dieser Weg des aktiven Wachstums wird durch die leicht erhöhten Milchquoten gestützt, denn er macht die Milchquoten als solche billiger.

Wir beantragen, beide vorliegenden Anträge dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen und auf besondere Bitte der Kolleginnen und Kollegen aus dem Europaausschuss auch dorthin.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP hat der Herr Abgeordnete Günther Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht muss man Zyniker sein, um angesichts der jüngsten Berichterstattung in den Medien über die „Reform der gemeinsamen Agrarpolitik“ nicht die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. In der Berichterstattung heißt es, dass Europas Landwirte bis 2012 auf weitere 5 % ihrer **Direktbeihilfen** verzichten müssen und ab 2013 insgesamt 10 % weniger Direktzahlungen erhalten.

Jedenfalls darf man kein Landwirt sein oder - wie ich - deren Leistungen wertschätzen. Denn wer Belastungen allein für die deutschen Bauern in dreistelliger Millionenhöhe als „Verbesserung des Bestehenden“ vermarktet - genau das heißt das Wort „Reform“ -, der missachtet wahrlich jegliche Wertvorstellungen unserer Landwirte.

Ich kann daher auch die Begeisterung für den jüngsten **EU-Kompromiss** zum Umbau der Agrarsubventionen, wie sie der SSW und die Grünen heute oder die neue Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner von der CSU äußern, in dieser Form nicht teilen. Dabei stimme ich der Grundidee, die seinerzeit mit der Einführung der Modulation verfolgt und für die Gegenwart zuletzt 2006 in den sogenannten strategischen Leitlinien schwerpunktmäßig festgelegt wurde, durchaus zu.

Schwerpunkt der Förderung kann heute infolge der Entwicklungen auf dem Nahrungsmittelmarkt nicht mehr die Sicherstellung der allgemeinen Versorgung mit Lebensmitteln sein. Heute liegen die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen neben der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft ohne Frage auch beim **Klimawandel**, der **Bioenergieerzeugung**, der **Wasserbewirtschaftung** oder dem Erhaltung der **Biodiversität**.

Gleichwohl müssen wir berücksichtigen, dass wir in Deutschland und in Schleswig-Holstein den Weg weg von den betriebsindividuellen und produktionsabhängigen Prämien hin zu einheitlichen **Flächenprämien** schon sehr konsequent gegangen sind. Die aktuellen Zugeständnisse an die europäischen Partner betrachte ich daher eher kritisch. Denn durch die aktuelle Reform werden die Agrarsubventionen tatsächlich insgesamt nicht gesenkt. Sie sollen nur nicht mehr wie bisher beim Landwirt ankommen, sondern bevorzugt für eine ländliche Entwicklung im Allgemeinen eingesetzt werden.

Dafür mag es im Einzelfall gute Gründe geben. Nur, in der Summe fehlt dieses Geld den Landwirten - und das in einer Zeit, in der sich die Agrarmärkte weltweit ohnehin in einer äußerst schwierigen

(Günther Hildebrand)

gen Absatzlage befinden, und das nicht nur, wenn auch im besonderen Maß bei der **Milch**.

Insbesondere der Forderung des SSW, „die Mittel sollen ... für die Regionalentwicklung ... zur Verfügung gestellt werden“, muss ich an dieser Stelle bereits deutlich widersprechen. Wir brauchen, gerade in einem Agrarland wie Schleswig-Holstein, die Förderungen dicht bei den Landwirten. Das schließt mögliche Anreizprogramme beispielsweise für umweltschonendere Bewirtschaftungsformen nicht aus.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Hartmut Hamerich [CDU] und Klaus Klinckhamer [CDU])

Es sollte aber **Programme** ausschließen, die allenfalls geeignet sind, einer Form des idyllischen Landlebens Vorschub zu leisten, bei dem der realen Landwirtschaft nur eine Statistenrolle, im besten Fall noch eine Nebenrolle zukommt.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Landwirte sind Unternehmer, kleine und mittelständische Betriebe. Sie brauchen Planungssicherheit. Sie müssen auf die **Rahmenbedingungen**, wie sie zuletzt 2006 für den Zeitraum bis 2012 festgelegt wurden, als verlässlich und sicher vertrauen können.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Hartmut Hamerich [CDU] und Klaus Klinckhamer [CDU])

Die haben investiert und müssen die Finanzierung, also auch die Zinsen, entsprechend sicherstellen. Wenn im Lauf eines Planungszeitraumes die **Förderung** geändert wird, kommen diese Landwirte in Schwierigkeiten. Weil sie nur dann Eigenkapital bilden können, um investieren zu können, um konkurrenzfähig zu sein, im laufenden Betrieb aber auch in künftigen Generationen. Weil sie nur dann in der Lage bleiben, ihren Kapitaleinsatz in den kalkulierten Zeiträumen bedienen zu können. Schließlich sind die gesamten Investitionen, die ein Betrieb leistet, um nach den Regeln der guten fachlichen Praxis zu wirtschaften, kein Pappenstiel.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Genau diese **Planungssicherheit** nehmen wir den Landwirten aber, wenn wir nunmehr im Zug der aktuellen Reform der Reform neuerliche Umschichtungen vornehmen - weg vom Landwirt, hin zur Regionalentwicklung. Im Interesse unserer leistungsfähigen Landwirte und im Interesse des Agrarstandortes Schleswig-Holstein hoffe ich daher

sehr, dass wir uns in dieser Frage im Ausschuss einig werden können. Der grundsätzlichen Idee einer soliden Kofinanzierung der EU-Agrarmittel stimme ich ohne Weiteres zu. Das ist Voraussetzung.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Hartmut Hamerich [CDU], Klaus Klinckhamer [CDU] und Manfred Ritzek [CDU])

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Dr. Christian von Boetticher, das Wort.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Name „Health Check“ lässt sich vielfach interpretieren. Wenn man ihn anwendet, könnte man in der Analyse am Ende sagen: Die verarbeitete Medizin ist bitter, aber nicht ganz so bitter, wie man es beim ersten Löffel erwartet hat. - Der „**Health Check**“ geht weiter, als der SSW-Antrag das vorsieht. Er bezieht sich auf mehr als nur die **Modulation**, auch wenn das vielleicht der Kern ist. Es wird die gesamte Agrarreform von 2003 überprüft.

Erinnern wir uns daran, wer damals im Agrarrat für Deutschland die Hand gehoben hat. Das war die offensichtlich auch bei den Grünen in Vergessenheit geratene Frau Künast. Sie hat damals mit dafür gesorgt, dass es zu einer **entkoppelten Prämie** gekommen ist, dass es zu mehr Marktwirtschaft gekommen ist und dass wir bis 2013 Prämien für Ackerland und Grünland angleichen werden. Das ist ein langfristig angelegter Prozess bis 2013.

Das, was unsere Landwirte heute einfordern, ist nichts anderes als Verlässlichkeit in genau diesem Prozess, den Sie einmal mit der grünen Partei unterstützt haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

350 Millionen € fließen in die **schleswig-holsteinische Landwirtschaft**, und - ich sage es ganz deutlich - das in einer ganz schweren Zeit. Wir kennen die Milchmarktdebatte. Der eine oder andere kennt auch die Situation auf dem Sauenmarkt. Hinzu kommen niedrige Erzeugerpreise, gestiegene Futtermittel- und Energiepreise. Ich sage Ihnen eines: Diese 380 Millionen € sind nicht irgendwo dumm verteiltes Geld, sondern das ist Geld, das anschließend in unserem Land bleibt.

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

Im Unterschied zu vielen anderen gehen die Bauern nicht an den internationalen Finanzmarkt. In den meisten Fällen spekulieren sie auch nicht mit Aktien, sondern sie legen das Geld ganz gezielt wieder in ihren Betrieben an. Sie reinvestieren es. Aufträge schreiben sie auch nicht europäisch aus, sondern sie vergeben sie an örtliche Handwerker. Das ist echtes Geld für die Region Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dieses Geld wird nun für den **Durchschnittsbetrieb** um bis zu 5 % gekürzt. Daran kann ich zunächst einmal nichts Erfreuliches finden; zumindest dann nicht, wenn ich das Geld nur dann zurückerhalte, wenn ich eigenes Geld aus dem Landeshaushalt mit dazugebe.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen zu echtem Geld?

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Sehr gern.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, könnten Sie mir einen schleswig-holsteinischen Dünger- oder Treckerhersteller nennen? Ich frage dies, weil Sie sagten, alles Geld würde von den Bauern hier im Lande ausgehen.

- Nein, wissen Sie, das Wort „alles“ kann ich an dieser Stelle sicherlich einschränken. Es gilt aber für einen sehr großen Anteil des Geldes. Es gilt für den Anteil, der in die **Investitionen** fließt. Das wird deutlich, wenn Sie einmal gucken, wie Ställe gebaut werden, wo das Handwerk sitzt, wo die Wertschöpfung in diesem Land liegt. Dann sehen Sie, dass zum Glück auch noch nach langer grüner Politik viel Wertschöpfung in der Landwirtschaft in unserem Land liegt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Auch das.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Minister, wären Sie so freundlich, dem Kollegen Matthiessen schriftlich die Anzahl der Händler in Schleswig-Holstein mitzuteilen, bei denen man Trecker und Düngemittel kaufen kann?

- Ich finde, das ist eine hervorragende Idee. Herzlichen Dank, Herr Kollege Kubicki.

(Beifall bei der FDP)

Herr Matthiessen, Sie lassen sich gern als den Retter der schleswig-holsteinischen Milchwirtschaft feiern. Vielleicht können Sie zur Kenntnis nehmen, dass uns die Beschlüsse ab dem Jahr 2010 8 Millionen € ansteigend bis auf 20 Millionen € kosten werden. Diese Gelder erhalten wir nur zurück, wenn wir **eigenes Geld** beitragen. Ich freue mich schon auf die Debatte, wenn ich in meinem Haushalt beispielsweise umschichte und vielleicht bei grünen Lieblingsprojekten Geld sparen muss, damit ich dieses Geld überhaupt abrufen kann. Das wird nicht einfach werden. Wir werden mit dem Bund noch über die GAK-Mittel verhandeln, damit unser Anteil möglichst klein ist. Wir wollen die Gelder aus Brüssel abrufen, aber das ist in diesem Fall deutlich schwerer als in einem Fall von Direktzahlungen an die Landwirtschaft. Diese kommen - wie gesagt - direkt bei den Bauern an.

Wir sind jetzt in einer **Überprüfungsphase**. Bis Ende Juni prüfen wir, welche Konzepte wir für die Umsetzung dieser Mittel einsetzen werden. Wir werden natürlich das Gespräch mit dem Landtag suchen. Wir werden auch mit dem Bauernverband und mit den Verbänden insgesamt sprechen. Wir werden der Kommission dann bis Juni 2009 ein Programm vorlegen müssen, das darlegt, wie wir diese Mittel verteilen. Es gibt viele Dinge, die in Betracht kommen. Ich nenne nur den Milchfonds.

Herr Kollege Matthiessen, das ist sehr interessant. Ich glaube, ich habe im letzten Jahr niemanden erlebt, der sich so schnell in seinen Positionen um die eigene Achse gedreht hat, wie Sie und auch die Grünen insgesamt das haben. Es gab zunächst eine Aussage, die hieß: Raus aus der **Milchquote**. Sie stammte von Frau Künast und Herrn Müller. Diese Aussage schwebte zunächst über allem. Dann kam Ihr großer Auftritt. Sie sagten, wir müssen die Milchquote behalten. Wir als Landesregierung sollten die Zusammenkunft der Agrarminister mit dem BDM und die dort gefassten Beschlüsse unterstützen, in denen der Milchfonds enthalten ist. Heute erzählen Sie, Sie wollen doch keinen Milchfonds mehr. Wenn man Sie danach beurteilt, wie schnell Sie sich drehen, dann müsste man Sie eigentlich

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

„Propeller-Matthiessen“ nennen. Das, was Sie in diesem Bereich leisten, ist schon atemberaubend.

Wir haben neue Herausforderungen, das haben Sie beschrieben. Ich nenne den Klimaschutz, Biodiversität und erneuerbare Energien. Ich glaube ebenfalls, dass das wichtige Felder sind. Ich erinnere noch an den ländlichen Wegebau in Schleswig-Holstein. Es gibt eine ganze Menge an Themen, die wir jetzt aufarbeiten werden. Am Ende erinnere ich daran, dass das **Programm** auch von der Kommission unterschrieben und genehmigt werden muss. Ich sage noch einmal: Es gibt eine Menge an Anwendungsbereichen. Über diese werden wir uns im nächsten halben Jahr gemeinsam in diesem Land verständigen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Minister, ich unterstelle, dass die Formulierung „Propeller-Matthiessen“ scherzhaft gemeint war. Üblicherweise nutzt die Regierung derartige Formulierungen gegenüber Abgeordneten nicht.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann gar nicht anders gemeint sein! - Weitere Zurufe)

- Nachdem nun die Vorbereitungen für die Abstimmung getroffen sind, stelle ich fest, dass beantragt worden ist, die Anträge Drucksachen 16/2333 und 16/2373 federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh, 10 Uhr, und wünsche allen Kolleginnen und Kollegen einen angenehmen Abend und eine schöne Weihnachtsfeier.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:26 Uhr